

Karl-Heinz Ohlig

Zu den Gründungs- oder Entstehungsmythen der großen Religionen

In allen Religionen gibt es Erzählungen über die eigene Entstehung, meist in literarischer Form. In der Regel wird die Entstehung auf eine Gründung seitens eines Stifters zurückgeführt.

Diese „Berichte“ haben alle ein Manko: Sie stammen nicht aus der Entstehungszeit selbst, sondern sind oft Jahrhunderte später abgefasst worden. Und sie können sich nicht auf nachprüfbare Quellen stützen. So sind sie historisch nicht zuverlässig, und man merkt ihnen an, dass sie die Jahrhunderte später dominierende religiöse Entwicklung begründen oder absichern wollen. Sie sind somit zur sog. Heilsgeschichte zu zählen und bieten keine historischen Informationen.

Die historisch-kritische Beschäftigung mit diesen Texten zeigt, dass sie keine geschichtlichen Grundlagen haben. Die erst viele Jahrhunderte nach der fraglichen Zeit abgefassten Erzählungen zu Zarathustra können die Existenz eines solchen Mannes nicht erhärten, die Quellen, die vom Leben des Buddha berichten, sind mehrere Jahrhunderte später geschrieben worden und können nicht durch zeitgenössische Quellen gestützt werden. Die in der islamischen Traditionsliteratur gegebenen Erzählungen von einem arabischen Propheten namens Muhammad, der in Mekka und Medina gepredigt habe und somit den Islam gestiftet habe, sind zwei- bis dreihundert Jahre nach dessen behaupteter Lebenszeit entstanden und werden nicht von zeitgenössischen Quellen gestützt – im Gegenteil.

Historisch-kritisch bleibt kein anderer Weg, als die Existenz der genannten Gründerfiguren ins Reich des Mythos zu platzieren, und die Erzählungen von ihnen für Versuche anzusehen, die die viel spätere religiöse Entwicklung sichern sollen.

Diese Beobachtungen gelten auch für das Christentum, wenn auch glücklicherweise

in recht gemilderter Form: die Überlieferungen zu Jesus von Nazareth sind nicht erst Jahrhunderte später, sondern nach Jahrzehnten geschrieben worden. Paulus ist der erste Zeuge, ab zwanzig Jahre nach dem Tod Jesu, von 70 bis 90 oder 100 n.Chr. werden die vier Evangelien ver-schriftet.

Die Existenz Jesu muss also nicht in Frage gestellt werden. Aber die Beschäftigung mit dem Neuen Testament zeigt, dass die Texte nicht der historischen Information, sondern dem Zweck der Verkündigung dienen, also kerygmatisch sind. Diesem Ziel werden auch die anscheinend historischen Anklänge untergeordnet, so dass es auch hier zu dem Problem der Spannung zwischen heilsgeschichtlicher und historischer Erzählung kommt. Immerhin lässt sich historisch herauschälen, dass Jesus nicht die Intention hatte, eine Kirche zu gründen; dies ist erst nach seinem Tod durch seine Anhänger erfolgt. So muss die Religionsgeschichte Abschied nehmen von der Vorstellung von sog. Stifterreligionen, diese gab es nicht.

Das heißt aber nicht, dass die Religionen auf den Gebrauch der Anfangsmythen verzichten müssten. Sie sind teilweise so gut formuliert und bieten religiöse Hilfen, so dass sie weiterhin verwendet werden müssen. Das gilt vor allem für die buddhistischen und die christlichen Erzählungen, für die Zarathustrareligion und den Islam weniger. Die Feiern und Predigten von Weihnachten etwa wären kraftlos, wenn nur das historische Gewisse referiert würde, z.B. dass Jesus zwischen 7 und 4 v. Chr., wohl in Nazareth, geboren wurde, der Tag seiner Geburt unbekannt ist und erst später, seit der konstantinischen Zeit, auf das Fest des römischen Sonnengottes verlegt wurde, das verdrängt werden sollte. Das hält keinen Vergleich aus mit den traditionellen Weihnachtserzählungen. So sollten die alten Anfangsmythen weiterhin benutzt werden, aber es sollte Predigern wie ihren Zuhörern bewusst sein, dass es sich um schöne Mythen handelt, nicht um die Schilderung der tatsächlichen Abläufe. So bleibt das ästhetische Erlebnis, ohne sich zur historischen Schilderung zu mutieren.

Karl-Heinz Ohlig

Zur Transsubstantiationslehre

Alle drei Jahre verleiht die Stadt Alzey den Elisabeth-Langgässer-Literaturpreis. Diese „kirchliche“ Schriftstellerin und Lyrikerin ist in Alzey geboren (gest. 1950). In diesem Februar erhielt der Schriftsteller Daniel Kehlmann diesen Preis, seine Dankesrede druckte die FAZ am 02.04.22 auf einer ganzen Seite (S. 16) ab. Diese trägt den Titel „Unter Kröten. Schön wäre es schon: Über die Herausforderung des Glaubens“. Nur im ersten Teil geht es allerdings um den Glauben, der zweite Teil setzt sich mit Elisabeth Langgässer auseinander.

Im ersten Teil nennt Kehlmann Probleme, die er mit dem Glauben hat. Dabei steht die Lehre von der Transsubstantiation im Vordergrund: „Ich wage zu vermuten, dass auch die meisten Menschen, die sich zu Katholiken erklären, kein tief bejahendes Verhältnis zur Idee der Transsubstantiation, also der Verwandlung von Brot und Wein in den Leib und das Blut Christi während der Messfeier haben. Denn nach katholischem Dogma ist es ja wirklich so: Das Brot wird zum Leib des Erlösers, nicht metaphorisch, nicht symbolisch, sondern physisch, im Akt der Verwandlung, wir essen also den Erlöser, und wir trinken sein Blut, zu dem der Wein wirklich geworden ist ...“.

Diese Vorstellung, die tatsächlich viele Katholiken der Kerngemeinden haben, ist recht unerträglich. Sie basiert – auch bei Kehlmann – auf einer Unkenntnis verfloresener Theologiegeschichte und einer Primitivinterpretation der heute missverständlichen Begriffe. Ich wollte eine Kritik dazu schreiben, aber ich erinnerte mich, dass ich das schon einmal getan hatte, und zwar 1986 in imprimatur (S. 64-68). In diesem Beitrag wird dargelegt, dass Transsubstantiation durchaus eine andere Bedeutung hat und heute wohl besser mit „Gedächtnis Jesu Christi in der Eucharistiefeyer“ oder „Gegenwart Jesu Christi im Gedächtnis an ihn“ bezeichnet würde. Auch die Begriffe „symbolisch“ oder „zeichenhaft“ wären möglich.

Weil der damalige Beitrag wohl weithin vergessen ist, wird er im Folgenden noch einmal abgedruckt.

Was heißt „Transsubstantiation“?

Ein kompliziertes Wort für eine einfache Sache

Mehr als tausend Jahre lang lebte das Christentum ohne den Begriff der „Transsubstantiation“, d.h. der substantiellen Wandlung von Brot und Wein in Fleisch und Blut Jesu Christi. Immer aber schon waren sie überzeugt, bei der gläubigen Feier der Eucharistie die wirkliche Gegenwart („Realpräsenz“) des Herrn zu erfahren. Wie haben sie diese Realpräsenz verstanden?

Zunächst einmal fällt auf, dass die schreibfreudigen Theologen des kirchlichen Altertums keine einzige Monographie zu diesem Thema abgefasst haben – das geschah erst in karolingischer Zeit -, obwohl sie sich sonst zu beinahe allem und jedem äußerten. Das hat seinen Grund darin, dass die Realpräsenz kein Problem war. Zu einem solchen wird sie erst, wenn sie auf Brot und Wein, die „Gestalten“ bezogen wird.

Das aber ist im Altertum weithin nicht geschehen. Vielmehr stand ganz im Vordergrund die Eucharistiefeyer als ganze, als heilige Feier, in der Jesus Christus in Wort und Zeichenhandlung dem Glaubenden begegnet. Diese reale Gegenwart Jesu Christi in der ganzen Feier wurde im Altertum – vereinfacht – auf eine zweifache Weise verstanden: Einmal in judenchristlichen Kreisen und in der syrischen Kirche nach dem Modell des jüdischen Kultes, in dessen Feiern vergangene Heilsereignisse (Auszug aus Ägypten, Paschah usf.) erinnert (kommemoriert) und in der Erinnerung präsent gesetzt wurden (Geschichtsmemoria, kultische Präsenz vergangener Geschichte). Der Übergang des Christentums in die hellenistische Welt brachte es, zweitens, mit sich, dass Geschichte keinen großen Stellenwert mehr besaß und an ihre Stelle der Kosmos trat: Gottes Handeln wurde nicht mehr so sehr in der Geschichte lokalisiert, sondern ereignete sich im Einbruch transzendentaler Wirklichkeit in diese endliche Welt hinein. Hier und jetzt

wurde – präsentisch – die Realität des Göttlichen erfahren in heiligen Orten, heiligen Zeiten, heiligen Handlungen, vermittelt durch sakrale Priester.

In der Eucharistiefeier trat der Gedanke der Geschichtsmemoria zurück zugunsten der unmittelbaren, präsentischen Erfahrung der Gegenwart des Allherrschers, des göttlichen Logos, im heiligen Mysterium. Allerdings vermischten sich beide Motive – reale Präsenz Jesu Christi durch Erinnerung und durch präsentischen Einbruch des Göttlichen – oft miteinander.

Die Gegenwart des göttlichen Herrn in der heiligen Handlung war nicht schwierig zu deuten, weil für die damalige Zeit ohnehin die sichtbare Welt nur ein schattenhaftes Abbild der allein wirklichen geistigen Welt war. Nichts galt als „realer“ denn die Ideen, der Geist, die Seele. Die „geistliche“ Gegenwart im Zeichen wurde als sehr real empfunden.

Ein neues Denken kündigte sich aber noch in dieser Epoche an: In der seit 200 beginnenden, seit der Mitte des vierten Jahrhunderts sich entfaltenden lateinischen Theologie findet sich ein bisher ungewohntes Interesse an Brot und Wein und was mit ihnen passiert. Die lateinische Vorliebe für Klarheit, Definitionen und definierbare Sachverhalte bewirkte, dass nicht mehr die ganze Mysterienfeier, sondern mehr und mehr „die Sachen“ in den Blickpunkt gerieten. Auf diese, auf Brot und Wein und die Worte des Priesters wurde zunehmend die reale Präsenz Jesu Christi bezogen.

Das griechische Erbe aber war noch so stark, dass es auch jetzt noch weithin bei einer „geistlichen“ Interpretation der Realpräsenz blieb (z.B. Augustinus und auch die römische Liturgie). In manchen Regionen aber fing man an, sie „realer“, sachhafter zu verstehen und – in welchen Vokabeln auch immer – von einer „Wandlung“ zu sprechen (Ambrosius und die mailändische Liturgie).

Das neu entstehende abendländische Christentum war vor allem lateinisch geprägt, und diese Eigenart verstärkte sich im Lauf der weiteren Entwicklung. Deswegen gehört es zu den Erbstücken, die das Mittelalter mitbekommen hatte, die Realpräsenz auf die „Gestalten“ Brot und Wein zu beziehen. Diese Tradition wurde aber in den folgenden Jahrhunderten immer mehr verstärkt.

Hierzu haben verschiedene Faktoren beigetragen, die ihre Wurzeln in der germanischen und keltischen Vergangenheit haben (sie sollen hier beiseite gelassen werden). Vor allem aber hat der Umstand, dass immer mehr – endgültig seit der angelsächsischen Mission (Bonifatius) – die lateinische Liturgie und Kirchensprache die Volkssprachen verdrängte, dazu beigetragen. Kein normaler Christ verstand etwas bei der Messe, nur die lateinisch erzogenen Kleriker. Alle aber konnten Brot und Kelch sehen und empfangen. Die Priester aber sagten ihnen, dass Jesus Christus gegenwärtig sei und von ihnen empfangen werde – was lag da näher, als die Realpräsenz ganz auf die „Gestalten“ zu beziehen und eine „Wandlung“ durch das mächtige Wort der Priester anzunehmen?

So bilden sich bald im Volksglauben recht drastische Deutungen der Realpräsenz durch die Wandlung aus. Es konnte nicht lange dauern, bis diese auch in die Theologie Eingang fanden. Zum erstenmal werden sie literarisch greifbar in einem Buch „Über Leib und Blut des Herrn“ eines Mönchs des Klosters Corbie namens Paschasius Radbertus, der den „Ersten Abendmahlstreit“ (9. Jahrhundert) auslöste: In der Messe geschieht durch das Wort des Priesters ein Wunder „gegen die Natur“, indem er eine Art Neuschöpfung bewirkt; aus Brot und Wein werden Leib und Blut Christi. Der Leib Christi in der Messe aber ist der wirkliche Leib, mit dem er gelebt hat und jetzt im Himmel sitzt.

Allerdings handelt es sich (noch) um eine „innere“ Wandlung (*interius commutatur*), äußerlich bleibt es bei Brot und Wein, und es handelt sich um eine „geistliche“ Wirklichkeit, die nur der Gläubige empfängt.

Anders aber als das Volk war wohl die Mehrheit der Theologen damals stark von der Theologie des Augustinus und somit von einer geistlichen Deutung der Realpräsenz geprägt. Deswegen fand die obige These auch literarische Gegner (Rhabanus Maurus, Ratramnus) Zwar gebe es eine „Wandlung“, aber diese sei „geistlich und zeichenhaft“ (*spiritualiter et figurative*).

Aber die Vertreter der theologischen Tradition hatten die Zukunft schon verloren. Der Volksglaube hatte für solche Feinheiten kein Gespür. Wirklich ist wirklich, und deswegen muss auch die Wandlung so verstanden werden. Wie sehr diese Entwick-

lung weitergegangen war, bezeugt der „Zweite Abendmahlstreit“ im 11. Jahrhundert. Dieser wurde nicht mehr von einem theologischen Vertreter des Volksglaubens ausgelöst, wie noch der erste, sondern von einem Theologen aus augustinischer Tradition.

Berengars von Tours fasste die Wandlung (noch einmal) „symbolisch“ auf. Brot und Wein bleiben, was sie sind. Durch die Einsetzungsworte aber werden sie zu Zeichen (*figura, similitudo, signum*) für die Gegenwart Christi und verweisen auf eine geistliche Wirklichkeit, die sich im Glauben ereignet, die Gegenwart des Herrn. Berengars fand heftige Gegnerschaft (Erzbischof Lanfrank von Canterbury): Es gibt eine wirkliche Verwandlung in den realen Jesus Christus, auch der Ungläubige empfängt deswegen Christus. Berengars wurde auf einer römischen Synode verurteilt (1059) und musste ein Bekenntnis unterschreiben: „Brot und Wein sind nach der Konsekration nicht nur ein Zeichen, sondern auch wahrhaftiges Fleisch und Blut unseres Herrn Jesus Christus, dieser wird sinnlich, nicht bloß zeichenhaft, sondern in Wahrheit durch die Hände der Priester angefasst, gebrochen und von den Zähnen der Gläubigen zerkaut.“

Als der arme Berengars wieder zuhause war, widerrief er seine Unterschrift und wiederholte seine Thesen in einem Buch. Der neue Papst Gregor VII. neigte persönlich den Auffassungen Berengars zu, musste ihn aber auf Druck seiner Gegner auf einer Synode 1079 noch einmal verurteilen und zur Unterschrift zwingen, diesmal unter einer Formel, in der zum ersten Mal kirchenamtlich von einer „substantiellen“ Wandlung (*substantialiter converti*) die Rede ist.

Der Volksglaube hatte gesiegt, die beiden römischen Formeln verbreiteten sich in der lateinischen Kirche und wurden überall zum Ausgangspunkt der Theologie. Es ist der beinahe einzige Fall, in dem Augustinus sich nicht durchsetzen konnte.

Zwar gab es auch später noch Versuche einer gewissen Abschwächung des Wandlungsbegriffs (z.B. Abälard und einige Schüler, die die Grundlagen der späteren Konsubstantiationslehre legten), aber es blieb im Wesentlichen bei einem recht drastischen Wandlungsbegriff, der lediglich bei Überlegungen zum heilbringenden Emp-

fang ein wenig modifiziert wurde (nur wer glaubt und liebt, empfängt Jesus Christus zu seinem Heil). Die philosophische Reflexion der Wandlung führte dazu, diese mehr und mehr als Wandel in den Substanzen anzusehen, wobei die Qualitäten bestehen bleiben. Jetzt auch erst setzte sich die Meinung durch, der ganze Jesus Christus sei in jeder Gestalt, also auch nur im Brot und nur im Wein, vollständig vorhanden, so dass die Kommunion unter einer Gestalt sich zu verbreiten begann.

Dennoch aber brauchte es seine Zeit, bis aus all diesen Anschauungen eine verbindliche Lehre wurde. Erst in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts verbreitete sich der Begriff „trans-substantiatio“ (den Roland Bandinelli, später Papst Alexander III., zum erstenmal 1140 als Substantiv in einer juristischen Schrift verwendet hatte); förmlich dogmatisiert wurde er vom Vierten Laterankonzil 1215: Jesus Christus ist unter den Gestalten von Brot und Wein gegenwärtig „nachdem das Brot in den Leib und der Wein in das Blut Christi verwandelt wurden“ (*transsubstantiatis pane in corpus et vino in sanguinem*).

Damit war die Sache entschieden. Ganz neue Frömmigkeitsformen kamen auf, die um die Anbetung der konsekrierten Hostie kreisten: Man bewahrte sie von jetzt an in Sakramentshäuschen oder Tabernakeln auf, erfand die Monstranz, um sie zeigen zu können, bei der Messe wurde (bei Wandlung und „Durch ihn und in ihm ...“) die Hostie sehr lange hochgehoben, 1264 wurde das Fronleichnamfest eingeführt und ab 1330 mit Prozessionen verbunden usw. Die Reformatoren nahmen im 16. Jahrhundert Anstoß an den oft absurden Frömmigkeitsformen und an der Transsubstantiationslehre. Vor allem haben sie den Gedanken der Realpräsenz wieder ausdrücklich mit dem Glauben und der Eucharistie als Mahl verbunden (so dass davon unabhängige Kultpraktiken entfielen). Untereinander aber unterschieden sie sich stark: Calvin und vor allem Zwingli sahen die Realpräsenz grundlegend als eine geistliche Wirklichkeit an, für die Brot und Wein (und Worte) nur Zeichen sind, während Luther sie „realer“ (?) verstand und zu ihrer Charakterisierung auf den mittelalterlichen Begriff „Konsubstantiation“ zurückgriff (Brot und Wein bleiben, was sie sind; aber es tritt eine neue, zweite „Sub-

stanz“ dazu: der wirkliche und leibhaftige Jesus Christus). Gegen die Reformatoren bekräftigte noch einmal das Konzil von Trient die Transsubstantiationslehre.

Dieser knappe – und sehr vereinfachte – Überblick mag hier genügen. Jetzt soll es, wiederum in aller Kürze, um die Frage gehen, was denn „trans-substantiatio“ bedeutet. „Sub-stare“ heißt auf latein „darunter oder zugrunde liegen“. Dieser Begriff hat damals ganz allgemein die letzte Wirklichkeit jeden Seienden charakterisiert im Unterschied zu seinen Qualitäten. Ein Tisch ist substantiell ein Tisch, sei er in den Qualitäten noch so verschieden (drei- oder vierbeinig, aus Holz oder Stein, hoch, niedrig usw.). „Verwandelt“ werden also in der Messe nicht Qualitäten von Brot und Wein, diese bleiben, sondern deren Substanz; an ihre Stelle tritt auch „nur“ die „Substanz“ Jesus Christi, nicht dieser konkrete Mensch mit seinen faktischen Qualitäten. Allein schon dieser Begriff brachte also einen Fortschritt gegenüber den drastischen Vorstellungen des Volksglaubens und der Synode von 1059 (vgl. o.).

Der Terminus „Substanz“ wurde im Mittelalter auf alles Mögliche angewendet, auch auf Wirklichkeiten, bei denen wir dies heute nicht mehr ohne Weiteres tun. Was darunter zu verstehen ist, ergibt sich aus der jeweiligen Anwendung. In unserem Fall aber ist von der „Substanz“ von Brot und Wein gesprochen, die in die Jesu Christi „gewandelt“ wird.

Hier muss also an etwas Anderes gedacht sein als etwa bei einer „Wandlung“ von Blei in Gold. Letztere sind unabhängig vom Menschen existierende Elemente, sie finden sich in der Natur; von Brot und Wein kann man dies nicht sagen. Es „gibt“ sie nur, weil es die Menschen gibt; von ihnen sind sie geschaffen: In einer langen Kulturgeschichte brachten sie es fertig, durch Ackerbau und Veredelung Getreide zu züchten, dieses zu Mehl zu verarbeiten und zu Brot zu backen. Und die Kultivierung des Weinstocks und die Herstellung von Wein sind noch mehr Produkt menschlichen Handelns.

Was bedeutet das? Brot und Wein sind in ihrer letzten Realität, in ihrer „Substanz“ keine Größen, die unabhängig vom Menschen existieren. Ohne ihn – etwa für eine Maus – handelt es sich nicht um „Brot“ und „Wein“. Ihre „Substanzialität“ wird ge-

tragen von der menschlichen Kulturgeschichte, sie erst „macht“ Brot und Wein zu dem, was sie sind. Anders gesagt: Die „Substanz“ von Brot und Wein besteht – unabhängig noch von den jeweiligen Qualitäten – in einer Relation der Menschen zu diesen Gegenständen, die sie selbst hervorgebracht haben zur – kultivierten – Stillung von Hunger und Durst (Diese „relationale Substanzialität“ ist auch der Grund für die Schwierigkeiten, die Afrikaner oder Asiaten mit Brot und Wein in der Eucharistiefeyer haben: in ihren Kulturen sind Brot und Wein unbekannt, deswegen kommt aus ihren Reihen immer wieder der Vorschlag, andere Zeichen zu benutzen, z.B. Reisfladen und Reiswein o.ä.).

Vergleichbares gilt auch für die „Substanz“ Jesu Christi. Hierbei ist ja nicht der Mensch Jesus „als solcher“ gemeint, der ja eine – von uns unabhängige – Substanzialität besitzt, sondern Jesus Christus, also Jesus, insofern er von uns als Christus geglaubt wird. Jesus ist nur für den der Christus, der an ihn glaubt; der Glaube „macht“ aus Jesus: „Jesus Christus“. Deswegen hielt selbst die mittelalterliche Theologie in der Regel daran fest, dass ein Ungläubiger in der Eucharistie nicht Jesus Christus empfangen könne. Jesus kann man auch „bloß historisch“ commemorieren, wie Cäsar oder Sokrates; erst durch den Glauben aber gibt es das Gedächtnis Jesus Christi, seines heilbringenden Leidens und Sterbens.

Daraus folgt, dass die „Substanzen“, die in der Eucharistiefeyer „gewandelt“ werden, relationale Substanzen sind. Eine anthropologische Relation (die der Kulturgeschichte) wird durch eine andere (die der Jesustradition oder des Glaubens) ersetzt (oder nach Luther ergänzt): Was „normalerweise“ in unserem Kulturraum zentrale Elemente eines halbwegs festlichen Mahles sind, Brot und Wein, und zum (kultivierten) Stillen von Hunger und Durst dient, verliert durch den Gebrauch in der Eucharistiefeyer und die Kommemoration des Abendmahlsberichts diese Funktion und wird für uns Leib und Blut Christi. Wir essen und trinken Brot und Wein – in der Eucharistiefeyer – nicht so, wie wir es sonst tun, und nicht zum gleichen Zweck, zur Stillung von Hunger und Durst. Wir feiern Mahl zur Erinnerung Jesu Christi. Durch den Glauben und für die Glaubenden sind

Brot und Wein dann nicht mehr „Brot“ und „Wein“, sondern Vehikel der präsentischen Gemeinschaft mit Jesus Christus. An der Transsubstantiationslehre ist also nichts Mirakelhaftes festzustellen, erst recht ist sie nicht etwas, dessen der Katholik sich schämen müsste. Zwar legen die Begrifflichkeiten viele Missverständnisse nahe und laden zum Missbrauch ein, und vor allem sind sie unnötig kompliziert. Die Sache ließe sich auch einfacher sagen. Der Substanzbegriff hat sich – gegenüber dem Mittelalter – verändert, man sollte ihn nicht mehr gebrauchen.

Die Kompliziertheit hat nicht ihren Grund in der Tiefe eines Mysteriums, sondern in der kulturgeschichtlich bedingten Blickverengung von der ganzen Feier als Gedächtnisses Jesus Christi auf die Elemente. Dadurch wird es unausweichlich, die alte Lehre von der Realpräsenz Jesus Christi in der Feier der Eucharistie exklusiv auf Brot und Wein zu beziehen. Allen Versuchungen aber des mittelalterlichen Volksglaubens zum Trotz ist mit der Transsubstantiationslehre damals gewissermaßen das Beste aus der vorgegebenen Situation gemacht worden. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen und muss nicht schamhaft verschwiegen werden. Nur: es muss beim Wort genommen und durchdacht werden. Danach mag man die Bedingtheit und Kompliziertheit der Sprache hinter sich lassen und – ohne „die Sache“ aufzugeben – einfacher und umfassender, im Blick auf die ganze Mahlfeier, formulieren.

Hermann Häring

Die heiligen Mächte und ihre hilflosen Opfer

Zum Erbsündenmythos in der katholischen Kirche

Seit dem 4. Jahrhundert präsentiert sich die römisch-katholische Kirche als eine machtförmige Institution. Ihre unverzicht-

baren internen Autoritätsverhältnisse sind nicht mehr organisch in ihre Grundfunktionen (Jesuserinnerung, Diakonie, Gottesdienst) eingebettet, sondern haben sich verselbständigt. Im Laufe der Jahrhunderte wurde ihre Macht zum konstitutiven Medium ihrer Botschaft. Rom und die Bischöfe etwa erwarten den gebotenen Gehorsam nicht, weil sie ihre Anordnungen wohl begründen, sondern weil sie sich auf eine „apostolische“ Autorität berufen. Ihre Kennzeichen der Macht haben sie vom byzantinischen Hof übernommen, der seine Anordnungen mit Gewalt durchsetzen kann. Nach Recht und Gesetz wird Zwang ausgeübt, belohnt und bestraft. Parallel zu dieser Entwicklung wurde aus dem Mitmenschen und Propheten, dem „Knecht“ Jesus (Apg 3,13) der Herr (Kyrios) und Allherrscher (Pantokrator); die Gemeindeleitung beansprucht eine göttliche Vollmacht, die Begegnung mit Gott führt zum göttlichen Gericht. Was hat es mit dieser Macht auf sich?¹

1. Verselbständigte Macht

In der Regel denken wir Macht in den Mustern, die uns Max Weber vorgegeben hat, nämlich als die Fähigkeit, das Verhalten anderer Menschen oder Gruppen zu beeinflussen. Im familiären Alltag sind diese Einflüsse meist so selbstverständlich, dass sie nicht als Macht wahrgenommen werden, sondern organisch in gewachsene Beziehungen (Zuneigung oder Abhängigkeit, Wertschätzung oder Austausch von Argumenten) eingebettet sind. Auch Paulus setzt in 1 Kor 12-14 über die Charismen diese Selbstverständlichkeit voraus.

Anders verhält es sich in den Großkirchen seit dem 4. Jh. Natürlich wird auch in ihren Beschlüssen argumentiert, bis ins 19. Jh. bleiben das bischöfliche und das theologische Lehramt miteinander verschwimmt, aber die Gültigkeit bischöflicher Erklärungen, Dogmen eingeschlossen, entsteht durch amtliche Beschlüsse. Mehr noch, im Laufe der Jahrhunderte wurden die herausragenden Ämter immer differen-

¹ Zum umfassenden Problemhintergrund: Hermann Häring, *Trauma - Konstruktionsprinzip einer zeitgemäßen Theologie. Zu einem bahnbrechenden Buch von Michael Pflaum*, <https://www.hjhaering.de/trauma-konstruktionsprinzip-einer-zeitgemäessen-theologie-zu-einem-bahnbrechenden-buch-von-michael-pflaum/>

zierter von ihren Machtbefugnissen her definiert. Im Mittelalter wurde die „Vollmacht“ (*plena potestas*) zum tragenden Standardbegriff.

Der moderne Einfluss der Soziologie hat dafür gesorgt, dass diese *Formalisierung* zu verselbständigten Machtinstanzen als eine selbstverständliche Entwicklung gilt. Doch ist nicht zu vergessen: In der langen Zeitspanne von gut 1600 Jahren erfuhren die kirchliche Macht ein hochkomplexes Netz von Begründungen, und mit jeder Begründungsebene wurde der Widerstand gegen die Akkumulation von Machtmotiven schwieriger. Folgende Schlüsselepochen sind von Bedeutung:

- Im 4. Jahrhundert wird die Kirche zur *Staatskirche*, die Bischöfe übernehmen byzantinisch-sakrale Machtinsignien.
- Zur selben Zeit entsteht ein imperiales Gottes- und Christusbild; Christus wird zum Pantokrator.
- Im frühen *Mittelalter* begreift die westliche Kirche sich zentral als eine von Gott so gewollte Rechtsgestalt.
- Im mittelalterlichen Reichssystem ordnen sich die Bischöfe in den *Adelsstand* ein und übernehmen dessen männerbündische Regeln.²
- Die *Gregorianischen Reformen* verrechtlichen auch die zentralen spirituellen Vorgänge, insbesondere die Sakramente.
- In Reaktion auf die *Reformationsbewegungen* des 16. Jhs. wird dieser Prozess erfolgreich verstärkt und zum katholischen *marker*, zu einer wehrhaften Identität ausgebaut.
- 1870 wird ein absolutistisches Strukturverständnis installiert.
- Das 2. *Vatikanum* kommt bei seinen Erneuerungsversuchen zu höchst ambivalenten, ineffektiven und stark polarisierenden Ergebnissen.

Als Folge dieser Entwicklungen denken die römisch-katholischen Bischöfe heute primär in dogmatisierten autoritären Rechtsstrukturen, auch wenn sie sich – dem Druck der Öffentlichkeit geschuldet – menschenfreundlich und offen geben und vielleicht darauf hoffen, die Fehlentwicklungen in Lehre und Struktur könnten durch spi-

² Zum männerbündischen Charakter der Hierarchie: Hermann Häring, *Was ist Klerikalismus?*, <https://www.hjhaering.de/was-ist-klerikalismus/>

rituelle Impulse ins rechte Lot gerückt werden. Bischof Kohlgraf etwa erklärt das kirchliche Amt großzügig als ein „Beziehungsgeschehen“, zugleich verwehrt er den Frauen die Ordination.

Natürlich wird dadurch nicht jeder Bischof zum machtbesessenen und narzisstischen Typ, aber die Türen zu einer solchen Entwicklung sind geöffnet. Denn ihre theologische Sozialisation und die permanente feudale Selbstdarstellung bleiben wirksam; psychische Tiefenwirkungen werden kaum selbstkritisch aufgearbeitet.³ Vermutlich sind die Hierarchen sich ihrer Verflochtenheit in die dichten Netzwerke der Macht nicht mehr bewusst; umgekehrt sind diese Machtsignale zu unverzichtbaren Stabilisatoren ihrer verselbständigten Würde geworden.

Es reicht allerdings nicht, diese Entwicklungen einfach festzustellen und anzuprangern. Die Vielfalt von Diagnosen hat bislang zu keiner gezielten Erneuerung geführt. Es stellt sich die grundsätzlichere Frage: Warum hat sich die katholische Kirche trotz aller Krisen und Reformbemühungen auf diesem hochambivalenten Weg immer weiterentwickelt? Warum wurde ihr nicht irgendwann klar, dass sie langfristig damit auf einem Holzweg landet, der im Gestrüpp endet? Es ist ja nicht zu übersehen: Die entscheidenden Begünstiger von Sexualverbrechen, Strafbehinderung, spiritueller Übergriffigkeit und amtlichem Narzissmus sind in der römisch-katholischen Kirche diese verfestigten Machtverhältnisse. Sie sind nicht nur allgegenwärtig, sondern werden paradoxerweise auch als Problemlöser benutzt.

2. Politische Macht

Dass die Kirche ihre Machtinstitutionen als heilig qualifizierte, leuchtet unmittelbar ein, denn als Religion hat auch das Christentum konstitutiv mit der Sphäre des Göttlichen zu tun. Doch an sich ist auch Heiligkeit ein formaler Begriff. Er signalisiert Erhabenheit, Unberührbarkeit, Erfüllung oder Heil. Rudolf Otto umschrieb ihn als das erschreckende und faszinierende Geheimnis (*mysterium tremendum et fascinans*). Doch das Heilige können wir auch

³ Dazu gehören Grundausstattung mit Purpur, vor-moderne Gewänder, Mitra, Stab, Wappen und Wappenspruch, gegebenenfalls das Pallium, ein zur Attitüde gewordener pharaonischer Segensgestus.

erfahren in der Natur und ihren Erscheinungen, im Anblick der Sterne und in der Einsamkeit, im Weg durch eine Landschaft oder Aufstieg auf einen Berg, in der Meditation oder in der überbordenden Freude, im schmerzlichen Verzicht, im Anblick geliebter oder hilfeschender Menschen.⁴

Gewiss kennt auch das Christentum zahlreiche Erfahrungsorte des Heiligen: das Gebet, die Liturgie, die Stille, Tempel bzw. Kirchenräume und das gemeinsame Mahl, die Liebe und den Abschied von einem geliebten Menschen. Diese Erfahrungsorte werden nicht aussterben, denn als geistliche Lebensquellen leben sie weiter. Es fällt aber auf, dass in den Großkirchen alles unbändig Vitale, Unkontrollierbare und Anarchische einschließlich der Sexualität schnell in Misskredit gerät. Der Grund scheint darin zu liegen, dass die Großkirchen sich jetzt als wohlgeordnete, durch Macht geregelte Systeme präsentieren. Ihre politisch öffentliche Macht gilt als Prototyp des Heiligen schlechthin.

So schloss sich die spätantike Kirche einer (damals neuen) Kollektiverfahrung an, die sich in der *Pax Romana*, dann im hellenistischen Imperium konstituieren konnte. Sie garantierten großräumige Sicherheit, politische Stabilität und einen kollektiven Frieden. Diese neuen Errungenschaften kulminierten seit dem 4. Jh. in Konstantinopel/Byzanz, dem zweiten, östlichen Rom.

Die damalige Entscheidung zur Staatskirche ist hier nicht zu beurteilen, denn die spätantike Kirche übernahm auch eine große kulturelle Verantwortung. Doch es lässt sich nicht leugnen, welche ambivalenten Potentiale dieser Vorgang auslöste. Die elementaren Erfahrungen des Heiligen wurden durch ein sakralisiertes Leitungsamt gefiltert und herrschaftlichen Partikularinteressen verfügbar gemacht. Man lese nur die *Kriminalgeschichte des Christentums* von Karlheinz Deschner.⁵ Seit dieser Zeit ist in den Großkirchen alle Heiligkeit mit politischer Macht verschwistert. Zentrale Leitungsämtel nehmen an dieser unberührbaren Sakralität teil und partizipieren daran bis zum heutigen Tag. Der „Allmächtige“ wird zum zentralen Gottestitel.

⁴ Eine sehenswerte Einführung in diese Vielfalt bietet die TV-Serie von arte: *Was uns heilig ist*.

⁵ Band 1-10, Hamburg, 1983-2013.

Zu welchen brutalen Folgen diese Geschwisterschaft führen kann, sehen wir aktuell in der Figur des Moskauer Patriarchen, der sich noch immer als Repräsentant des Dritten und endgültigen Rom versteht und für dessen großkirchlich-patriarchale Interessen ein ganzes Volk massakriert werden darf.

3. Erlösende Macht

Doch es kommt eine zweite Machtqualität hinzu, die die Kirche ebenfalls der spätantiken Öffentlichkeit entlehnt. In einer langanhaltenden Entwicklung korrodierten damals die offiziellen Stadt- und Staatsreligionen. Die Stadttempel mit ihren Opferritualen wurden funktionslos. Das Berufsbild des offiziellen „Kultmanagers“ (Ebner), der die Opferdienste versah, wurde frei. Es war wohl ein langer, aber wenig erforschter Prozess, in dem sich die Presbyter (Mitglieder eines bischöflichen Beratungsorgans) dem Berufsbild der *sacerdotes* anglichen. Bald wurden sie *Priester* genannt.⁶ Im Namen des Bischofs spendeten sie außerhalb der Stadtbezirke die Sakramente und vollzogen das öffentliche Opfer. Mit beginnendem Mittelalter verfestigte sich diese Funktion.

Doch lief diese Entwicklung auch mit einer theologischen Neuorientierung Hand in Hand; Jesu Tod wurde vornehmlich als Sühneopfer begriffen. Gewiss, diese Deutung war schon in frühen christlichen Zeugnissen grundgelegt, doch dort ging es um eine Metapher neben anderen und sie diente eher der Unterscheidung als der Angleichung an die außerchristliche Opferwelt. Martin Ebner spricht aus exegetischer Perspektive von der „feindlichen Übernahme“ des Tempelprivilegs der Sündenvergebung. Bald aber begreift man das anschauliche Opfermodell als die entscheidende Realwirklichkeit von Heil und Erlösung, die in jeder Eucharistie (wie Trient sagt) „un-

⁶ Martin Ebner, *Braucht das Christentum Priester? Eine Vergewisserung aus dem Neuen Testament*, Teil 1 und 2, in Feinschwarz vom 21. und 22.01.2022. Es erstaunt allerdings sehr, dass die lange Geschichte der theologischen „Priesterkritik“ aus den letzten Jahrzehnten faktische vergessen ist. Zu erinnern ist an Namen wie Hans Küng, Edward Schillebeeckx und Herbert Haag, ganz abgesehen von den zahllosen evangelisch-theologischen Analysen, die man offensichtlich nicht gelesen hat (Vgl. z.B. Hermann Häring, *Kirche und Kerygma. Das Kirchenbild in der Bultmannschule*, Freiburg 1972)

blutig wiederholt“ wird. Damit wird ein archaisches Bild aufgenommen: Jesus wird zum *Sündenbock*, also zum Befreier von allen Sünden der Welt.⁷

Bis heute hat diese Entlastungsfigur eine geradezu universale Geltung, denn sie transportiert nicht nur die Sehnsüchte des Heils, sondern entlastet auch von allen Gewalttaten und macht Gewalt zugleich verfügbar; die Kirchen lernen es, damit umzugehen. Seitdem aber hat der christliche Priester nicht nur teil an der geheiligten Gewalt des öffentlichen Gemeinwesens, sondern auch an der heilend-jenseitigen Heilungskraft des Todes Jesu. Diese *Verschränkung* von Leitungsgewalt über ein Kollektiv und einer Versöhnungsmacht im Namen Gottes verleiht den „geweihten“ (männlichen) Amtsträgern eine ungeheure Macht, weil sie doppelt abgesichert ist. Nicht nur äußerer Widerstand ist da untersagt, sondern auch innere Ablehnung tabuisiert.

4. Das unheilige Dreieck

Doch diese doppelte Konfiguration von kirchlicher Macht reicht nicht aus, um den gewaltigen Narzissmus des kirchlich sakralen Amtes zu erklären. Im Gegenteil, an sich könnten die beiden Konzeptionen von Gewaltkompetenz und Gewaltüberwindung einander im Schach halten. Die Wege zu Heil und Versöhnung müssten einer öffentlichen Vollmacht immer in die Quere kommen. Die Heilsfunktion der Kirchenleiter hätte dieser Machtkompetenz widerstehen müssen.

Hier kommt meines Erachtens die *Erbsündentheorie* ins Spiel, deren zentrale Bedeutung seit Jahrzehnten unterschätzt wird. Wer nämlich sind die „Objekte“, die Gegenpole dieser staatsheiligen und zugleich sündenerlösenden Potenzen? Das sind – seit Augustinus – eben keine selbstbestimmten Subjekte und keine beziehungs-fähigen Partnerinnen und Partner mehr. Die Inhaber der so disparaten Mächte treten jetzt Menschen gegenüber, die vor Gott macht- und rechtlos sind, prinzipiell schon schuldig, bevor sie überhaupt geboren wurden, heilsbedürftig, in elementarer

Weise aus dem Lot geraten; sie stehen in der Erb-*schuld* Adams. Im bischöflichen Handeln agiert jetzt eine Macht, die zur Korrektur eines moralisch sündigen Menschenhandelns aufgerufen ist, im priesterlichen Handeln ein Vermögen, das prinzipiell *über* den erbsündigen Menschen steht, der sein Heil und seine Gerechtigkeit ja verloren hat. Dieses Vermögen *muss* den Menschen vorgeordnet sein.

Deshalb hat sich der Stand der ordinierten Kleriker entwickelt, die sich von den normalen Menschen (Laien genannt) „dem Wesen, nicht nur dem Grade nach“ unterscheiden. Worin dieses unterscheidende Wesen besteht, wurde nie schlüssig erklärt, doch das Kernproblem besteht darin, dass die Retter aus dem erbsündlichen Unheil selbst erbsündige Menschen sind, so sehr sie sich in ihrer Amtsführung auch in priesterliche Gewänder hüllen. Deshalb müssen bei Klerikern die erbsündlichen Verdrängungsleistungen enorm sein und man stellte sicher, dass ihre amtlichen Befugnisse und sakramentalen Vollmachten objektiv (lateinisch: *ex opere operato*) garantiert sind. So trifft also Macht auf absolute Machtlosigkeit, Heilsangebot auf prinzipielle Korrekturbedürftigkeit. Gegenüber dem geborenen Sünder kann diese Macht nur korrigierend, sozusagen ein- und übergriffig zu Werke gehen. Gerade bei den pastoral Eifrigen muss dieses sündige Menschenbild einen Sog ausüben, weil ihre Anbefohlenen ja am Abgrund stehen. Schließlich sind den Amtsträgern die Heilmittel anvertraut, um uns, die Opfer von Adams und Evas Ekstase, aus unserer „objektiv schweren defizitären Situation“⁸ herauszuholen.

Gemäß diesem Menschenbild nützt es einem aufgeklärten Menschen auch nichts, sich auf seine Freiheit und Würde zu berufen. Aus der Perspektive des glaubens- und kirchentreuen Heilers beweist er damit nur, dass er seine Sündigkeit noch nicht eingesehen hat. Bis heute bietet dafür die Biographie Martin Luthers ein anschauliches Beispiel. Exakt diese vertrackte Situation, dieses tiefe Missverständnis von christlicher Würde ist auch heute noch nicht überwunden. Ein streng kirchengläubiger Hierarch *muss* dem Freiheitspathos kritisch gegenüberstehen, von dem

⁷ Vgl. Dazu die Analysen von Raimund Schwager (*Brauchen wir einen Sündenbock? Gewalt und Erlösung in den biblischen Schriften*, München 1978) im Anschluss an René Girard (*Das Heilige und die Gewalt*, Zürich ³1999).

⁸ J. Ratzinger, *Dominus Iesus* (2000) Nr. 22.

auch gutwillige Katholikinnen und Katholiken beseelt sind. Diese lähmende Paradoxie haben die Reformwilligen unter uns noch nicht hinreichend durchschaut; sie müssen ihre Strategien ändern.

So entsteht eine Atmosphäre, die manche Kleriker zu spiritueller Übergriffigkeit prädisponiert, woraus sich - die permanente sexuelle Überdrucksituation mancher Zölibatärer eingerechnet - eine somatische Übergriffigkeit ergeben kann. Es ist also diese unselige Konstellation, dieses unheilige Dreieck, von zwei konkurrierenden Machtformationen und einer prinzipiell sündigen Population, in der sich beste Absichten unversehens in eine trübe *Sargassosee* (Die *Sargassosee* ist, nach Wikipedia, der Ort, an dem sich die Amerikanischen Aale und die Europäischen Aale treffen und laichen) verwandeln können, weil man in heiliger Absicht Sinnlichkeit und Leiblichkeit ignoriert, die gerade so ungezügelte Blüten treiben und zu Streubomben unübersehbaren Ausmaßes mutieren. Die Potentiale dazu sind grundgelegt.

5. Toxisches Menschenbild

Natürlich ist auch das augustinsche Unheilmodell nicht einfach vom Himmel gefallen. Die Nährlösungen, in denen es überzeugen und seine Wirkungen entfalten konnte, seien nur kurz angedeutet. Im Grunde erwächst diese Geschichte aus unausgegorenen Konflikten, von denen keiner zu Ende diskutiert wurde. Sie beginnt mit dem paulinischen Streit über die Ambivalenz der Thora, die Paulus - zur Verteidigung seines thorafreien Christentums gezwungen - letztlich als „Fluch“ diskriminierte (Gal 3,13) und damit eine unselige Geschichte des Antijudaismus initiierte. Sie geht weiter mit der grenzwertigen, leider undifferenzierten These, alle Menschen hätten gesündigt (Röm 5,12). Ihre Beiträge lieferten später der Neuplatonismus, die Stoa und der Manichäismus, die je auf ihre Weise zu einem undurchdringlichen Komplex von Weltferne, Leibverachtung und Himmelssehnsucht führten. So fiel es Augustinus leicht, in seinem Erbschuldmythos diese Ansammlung unverdauter Projektionen von Ungenügen, Versagen und Bosheit zu einem *Knoten des Unheils* zu schnüren, den niemand mehr auflöste.

Umso wichtiger wurden die unersetzlichen Heilmittel der Kirche. Einerseits legte sie

die erbsündige Menschheit auf ihre Verzweiflung fest, andererseits bot sie sich als der einzige mögliche Heilsweg aus diesem Elend an. Der Seelsorger und Traumatherapeut Michael Pflaum hat recht: Zunächst traumatisiert das kirchliche Menschenbild die Menschen, statt ihnen von Anfang an in ihren Verwundungen beizustehen.⁹ Nach Augustinus sind wir „Nichts und Sünde“, eine „verdammte Masse“ und gemäß dem katholischen Katechismus befreit schon die Säuglingstaufe vom drohenden Unheil der Sünde.¹⁰ Allen aber, die nicht getauft sind, fehlen die „ursprüngliche Heiligkeit und Gerechtigkeit“. Herabwürdigender kann man von denen, die am Beginn eines verletzlichen Lebens stehen, kaum reden.¹¹

Im Laufe der Jahrhunderte führte der Erbsündenmythos zu einer kollektiven Traumatisierung, die schon seit Jahrhunderten von der Religionskritik ausführlich kommentiert wurde.¹² Unbewusst stabilisiert er eine doppelte Verzweiflung. Zum einen bestätigt er die innere Hoffnungslosigkeit zahlloser Menschen, zum andern schiebt er den Hilflosen auch noch die Schuld für ihr Versagen zu. Eine neue Würde kann nur erlangen, wer seine selbstverschuldete Würdelosigkeit bekennt. Dieser Mythos hat ein *kollektives Trauma* verursacht. Doch dessen Opfer sind auch die hierarchischen Amtsträger, die im Eifer ihrer Erlösungskunst vielleicht noch intensiver als „normale“ Gläubige in dieser Selbstverstrickung gefangen sind.

Fassen wir zusammen: Es ist höchste Zeit, diesen Komplex der Selbstzerstörung aufzulösen, denn eine säkularisierte Gesellschaft ist nicht mehr bereit, diese destruktiven Mechanismen zu akzeptieren, und die Kirche wird ohne diese Fundamentalsanierung nicht zur Ruhe kommen. Überdies kann der beschriebene Sachverhalt auch

⁹ Michael Pflaum, *Für eine trauma-existential Theologie. Missbrauch und Kirche mit Traumtherapien betrachtet*, BoD 2021 Norderstedt, ISBN: 9783751984546.

¹⁰ *Katechismus der Katholischen Kirche* (Nr. 1263).

¹¹ Ebd. (Nr. 417) erklärt: „Adam und Eva haben ihren Nachkommen die durch ihre erste Sünde verwundete, also der ursprünglichen Heiligkeit und Gerechtigkeit ermangelnde menschliche Natur weitergegeben. Dieser Mangel wird ‚Erbsünde‘ genannt.“

¹² S. Günther Doliwa in verschiedenen Veröffentlichungen.

erklären, warum auch die Kirchen der Reformation so reformbedürftig sind. Dass in Deutschland der christliche Bevölkerungsanteil auf unter 50% geschwunden ist, obwohl das Interesse an religiösen Fragen eher steigt, kann nicht einfach an der Dekadenz unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger liegen. Es liegt am negativen Menschenbild, das sich im offiziellen Erbsündenmythos spiegelt. Der Mythos ist mit der Botschaft von der unbedingten Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes sowie mit den Seligpreisungen Jesu nicht vereinbar.

Hans Maier

Zinsgroschen. Thesen zur christlichen Säkularität

I. Die christliche Scheidung der Gewalten (Zinsgroschengleichnis Mk. 12, 13 17) hat die Moderne, hat vor allem die demokratische Welt geprägt. Diese Scheidung steht in fundamentalem Gegensatz sowohl zu den antiken wie zu den in der Gegenwart neu erstehenden Gottesstaaten.

II. Aus der christlichen Scheidung der Gewalten folgt nicht zwingend ein „Staat ohne Gott“.

III. Das Christentum trat ins Leben als ein die Welt „entdivinisierendes“, säkularisierendes Element. (Römisch-griechischen Verteidigern der alten Religionen galten die Christen als „atheoi“.) Historisch löste das Christentum die im Altertum selbstverständliche Einheit von Religion und Politik auf, es überwand die antiken Staatskulte, es gab die Politik als Feld des Menschen frei. Durch seinen die Welt transzendierenden Gottesbegriff durchbrach es den Bann religiös-politischer Immanenz. Neben die polis, die civitas – die „Kirche“ der antiken Religion - trat die christliche Gemeinde als Volk der Erlösten; sie verweigerte dem Kaiser den Götterkult und stellte im Namen Gottes die Eigenmacht irdischer Herrscher „zur Schau“ (Paulus, Augustinus).

IV. Diese Bewegung setzt sich im Mittelalter - Europas „Erster Moderne“ – und in der Neuzeit fort; im lateinischen Westen freilich stärker als im byzantinischen Osten. Der abendländische Kaiser verliert als Anwalt der Kirche seine numinosen, aus archaischen Quellen stammenden Qualitäten - aus Geblütsheiligkeit wird ein geweihtes Amt. Die Zweigewaltenlehre – und das reale Gegenüber von Papst und Kaiser, Kirche und Staat - setzen sich im Westen dauerhaft gegenüber den Modellen der Theopolitik und des Cäsaropapismus durch. Langfristig verschwindet im Wachsen christlicher Säkularität das alte Modell des Gottesstaates.

V. Freilich überwindet selbst das Christentum die traditionell übliche Immanentisierung des Göttlichen nur langsam. Rückfälle bleiben nicht aus; die leidenschaftlich-gewalttätige Versicherung der Welt in Gott (unter Leugnung des „eschatologischen Vorbehalts“) bleibt ein lange anhaltendes menschliches Bedürfnis. Das reicht von der Rom- und Reichstheologie nach Konstantin bis zu den Staatskirchen im modernen Europa, vom bundestheologisch unterströmten Auserwähltheitsglauben radikaler religiöser Gruppen bis zu den abgeschwächten Formen heutiger „Zivilreligionen“. Freilich können solche „Brechungen“ der christlichen Botschaft die grundsätzliche christliche Unterscheidung („Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“) nicht dauerhaft in Frage stellen. Geschichtlich misslingt - trotz der heftigen Anstrengungen der totalitären „politischen Religionen“ - die „Redivinisierung“ (Eric Voegelin) des modernen Staates. Zumindest misslingt sie - mit dem historischen Zusammenbruch von Faschismus, Nationalsozialismus, Kommunismus - in Europa und der westlichen Welt.

VI. Ist die vom Christentum mit geschaffene säkulare Welt also eine säkularistische Welt? Zieht der moderne Säkularismus nur die letzten Konsequenzen aus der christlichen „Entgötterung der Welt“? Keineswegs. Denn einmal genügt die moderne Welt im Unterschied zum antiken Kosmos nicht mehr einfach sich selbst; nach christlichem Verständnis ist sie geschaffen, endlich, vorläufig - kein Letztes, sondern ein Vorletztes. Leben in ihr führt nicht, wie in der Antike, entweder in Heroisierung (Divinisierung) oder ins Vergessen (Lethe), also bei-

desmal aus der Zeit heraus - es vollzieht sich vielmehr in der Zeit, einer endlichen, unumkehrbaren und unwiederholbaren Zeit. Für Christen und ihr Weltverhalten in der Moderne gilt: „Die Zeit ist edeler als tausend Ewigkeiten“ (Angelus Silesius).

VII. Die christliche Auffassung der Zeit ist das spezifisch Neue der Neuzeit. Sie relativiert sowohl die antike Vorstellung einer ewigen Wiederkehr des Gleichen (trotz der von Nietzsche ausgehenden Erneuerungsversuche) wie auch die gegenläufige Vorstellung eines unbegrenzten chiliastischen Fortschritts (vertreten vor allem durch Karl Marx und seine Schule). Das christliche Kirchenjahr und die Zeitrechnung nach Christus werden zu Modellen für das profane Jahr im Abendland, seine Feste und Rituale. Die Gegenmodelle (neue Zeitrechnungen, die Einteilung des Jahres in Dekaden anstelle der Woche, wie in der französischen und der russischen Revolution versucht) scheitern nach kurzer Zeit.

VIII. Dem christlichen Blick auf die Zeit entsprechend wandeln sich auch Staat und Gesellschaft. Das Christentum macht politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen (Fürstenspiegel, Tugendlehren). Der moderne Verfassungsstaat, der auf diesem Fundament aufbaut, schafft klare Verantwortungsräume und Verantwortungszeiten, er macht deutlich, wer sich zu verantworten hat, in welchen zeitlichen Abständen, vor welchen Instanzen, mit welchen Verfahren der Bestätigung oder Verwerfung. Analog zur Verantwortung vor Gott bilden sich eine Reihe rechtlich-politischer Verantwortlichkeiten in der Zeit heraus, die sich in der modernen Demokratie allmählich auf die ganze Breite des Staatslebens ausdehnen.

IX. So ist „Gott“ in modernen Verträgen und Verfassungen kein sakrales Überbleibsel, kein Trümmerstück, das es zu entsorgen gilt. Der Name Gottes erinnert vielmehr an auslösende Momente säkularer Modernität. So begegnet Gott in Urkunden und verwandten Schriftdenkmälern seit der frühen Neuzeit als Beglaubiger und Vertrags-Bürge - was dann aus dem privaten ins öffentliche Recht hinüberwirkt. Friedensschlüsse erfolgen im Abendland jahrhundertlang (bis 1815) in den rituellen, der Liturgie entnommenen Worten „In nomine sanctae et individuae trinitatis“: als

Erinnerung an eine - wenn auch oft minimale - Gemeinsamkeit der Streitenden. Und auch in den modernen Verfassungen ist Gott keineswegs ein Unbekannter. Die klassische *Invocatio Dei* bestimmt nach wie vor die Verfassungen der Schweiz, Irlands und Griechenlands. Indirekt darf man die Gotteserinnerung auch bei den protestantischen Staatskirchenländern des Nordens (von Skandinavien bis Großbritannien) voraussetzen. Aber auch die „bloße“ Nennung Gottes, die *Nominatio Dei*, hat nach dem Ende des Nationalsozialismus - und wiederum in der Zeit nach 1989/90 - neuen Zuspruch gefunden; bekannte Beispiele sind die Gottesbezüge der Verfassungen mehrerer deutscher Länder (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen) sowie die Präambel des Grundgesetzes von 1949 („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“).

Die Zukunft ist offen: In Niedersachsen sammelten christliche und jüdische Gruppen 1994 über 100 000 Unterschriften, um die Aufnahme des Gottesbezuges in die niedersächsische Verfassung zu erreichen - was auch gelang. Bedenkt man weiterhin, dass sich Gottesbezüge nicht nur in Verfassungspräambeln finden, sondern indirekt auch im Festtagskalender, in den Erziehungszielen der Schulen, in dem - wenigstens fakultativ - mit religiöser Beteuerung zu leistenden Eid (Tine Stein), so wird deutlich, dass Gott auch im 21. Jahrhundert in europäischen Verfassungen und Verträgen präsent ist - wenn auch gewiss auf unterschiedliche Weise.

X. Wie geht man mit diesen Überlieferungen um? Empfiehlt sich die Haltung des Abräumens, der Demontage (das klingt in der Formel „Staat ohne Gott“ an!)? Oder sollte man eher an eine Haltung der Ressourcenschonung denken (in Parallelität zur heute gebotenen „Bewahrung der Schöpfung“!)? Wäre sogar an manchen Stellen die Neubelebung, ein religiöses „*rinascimento*“, denkbar?

Bei der Reflexion über diese Fragen sollte stets die heutige geschichtliche Situation und die zeitgenössische Umwelt mitbedacht werden.

XI. 1. Religion verschwindet in der gegenwärtigen Welt keineswegs, sie bildet sich auch kaum zurück - wovon noch die (euro-

päische) Soziologie im 20. Jahrhundert ausging. Vielmehr verdichtet sich Religion in den meisten Kontinenten in neuen Orthodoxien und Fundamentalismen und kehrt an „verlassenen Stellen“, in Oppositions- und Diasporasituationen, vielerorts massiv in die Öffentlichkeit zurück – zum Teil in militanten archaischen Formen (Krieg und Tod auf „Befehle Gottes“). Zahlreiche Gottesstaaten entstanden in jüngster Zeit neu oder sind im Entstehen begriffen, vor allem im islamischen Bereich, aber nicht nur dort. Religionswechsel wird in ihnen prinzipiell in Frage gestellt und z. T. mit hohen Strafen bis zur Todesstrafe bedroht. Damit verbindet sich die „zurückgekehrte“ Religion zunehmend mit territorialen und konfessionellen Abgrenzungsmustern; friedliches Zusammenleben mehrerer Religionen und freigewählter Wechsel zwischen ihnen wird schwierig, ja unmöglich. So läuft etwa das in der UNO-Menschenrechts-Deklaration von 1948 ausdrücklich garantierte „Recht, die Religion zu wechseln“, in der heutigen Welt zunehmend ins Leere.

2. In Europa dauern ältere Erosionsbewegungen noch fort: religiöse Geschlossenheiten lösen sich auf, das Religiöse unterliegt einer säkularen Transformation. Die katholischen Staatskirchen (Spanien, Portugal, Italien) sind nach dem Zweiten Vaticanum allesamt verschwunden, die protestantischen im Norden und Nordwesten verloren mit der Aufnahme der Religionsfreiheit in die Verfassungen ihren konfessionellen Alleinvertretungsanspruch. Die mögliche Alternative zu beiden, der radikale laizistische Trennungsgedanke, hat sich jedoch im gegenwärtigen Europa nicht durchgesetzt; er unterliegt inzwischen selbst einer Erosion (selbst in seinem Mutterland Frankreich) und hat im Augenblick weder im Osten noch im Norden und Süden Europas eine Mehrheit. Immer stärker wird „Religionsneutralität“ in der Rechtstheorie und in Gerichtsentscheidungen in der Mitte zwischen Gottesglauben und Agnostizismus (Laizismus) gesucht, während man sie früher einfach mit der agnostischen Position gleichsetzte.

3. Die geschilderten Vorgänge haben zu Veränderungen auch im wissenschaftlichen Beobachtungsfeld der Religion geführt. Kaum ein Soziologe rechnet heute noch ernsthaft mit dem „Verschwinden der Reli-

gion“, wie dies früher fast unbefragt geschah. Die Religionssoziologie – lange Zeit fast ausgestorben, jedenfalls in Europa – ist in jüngster Zeit neu erstanden. Die Säkularisierungstheorie, früher ein Selbstläufer mit festen Prämissen, hat sich gleichfalls historisiert und differenziert. Sichtbares Zeichen der epochalen Wandlung sind die deutlichen „Kehren“ führender Säkularisierungstheoretiker (Charles Taylor, Jürgen Habermas) in ihren jüngsten Veröffentlichungen.

XII. Christliche Säkularität grenzt sich ab von der „Wiederkehr der Götter“ in der gegenwärtigen Welt. Den neuen Götterkult, die neuen Gottesstaaten stellt sie ebenso entschieden „zur Schau“ wie die alten der vorchristlichen Zeit. An der Präsenz des trinitarischen Gottes in Politik und Kultur der freien Welt hält sie jedoch fest. Gott ist, für Gläubige, der Beglaubiger, die Bürgerschaft (in diesem Sinn ist auch Böckenfördes bekanntes Dictum zu lesen). Für Agnostiker kann er wenigstens ein „limitatives Prinzip“ verkörpern, eine Schranke menschlichen Handelns und menschlicher Allmachtsversuchungen. Religion als Hüterin des Gottesgedächtnisses, „Politik unter Gott“ in dem Sinn, dass der Gottesbezug den großen Vorbehalt für alles menschliche Handeln bildet – das sind, schlagwortartig verkürzt, die vom Christentum geschaffenen „neuen Konditionen“ der Politik, gestern wie heute.

Ausführlicher zum Thema: Hans Maier (Hg.): Totalitarismus und Politische Religionen, Bde. I-III, Paderborn 1996-2003, engl. London 2004-2007. - Ders.: Die christliche Zeitrechnung, Freiburg, 6. Aufl. 2008. - Ders.: Gottesformeln. Zum Streit um den Namen Gottes in Verfassungen und Verträgen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20. November 2011. - Ders.: Das Christentum und die Dialektik von Kirche und Welt, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 106. Jg (2012), 453-457. - Ders.: Christentum und Gegenwart. Gesammelte Abhandlungen, Freiburg 2016. - Ders.: Die katholische Kirche und die Religionsfreiheit, in: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft 104. Jg. (2020), 9-19, 166-177.

Gedruckt mit Genehmigung des Nomos-Verlags.

Karl Josef Wendling

Priester – ein Berufsbild im Wandel

Predigt am Welttag für geistliche
Berufungen

(Samstag, 7.5.2022 in Hostenbach)

Liebe Gemeinde!

Heute ist der Weltgebetstag um geistliche Berufungen. Gemeint sind vor allem Priester und Ordensleute. Da erleben wir schon seit vielen Jahren – vor allem in Europa – einen starken Einbruch. Viele Klöster mussten und müssen geschlossen werden. Der Rückgang bei den Priestern ist noch verheerender. Dieses Jahr haben wir in unserem Bistum Trier keine einzige Weihe. Zu meiner Zeit waren es jährlich dreißig!

Wir fragen nach den Ursachen. Liegt es am mangelnden Glauben? Das mag ein Grund sein. Liegt es an dem Bild, das unsere Kirche schon länger abgibt? Das kann mit dem ersten zusammenhängen. Ich frage aber auch: Was nützt das Beten, wenn wir die nicht zulassen, die wollen? Das ist einmal das Zölibat, die verpflichtende Ehelosigkeit der Priester. Es ist ein Haupthindernis für den Zugang zum Priesterberuf und verliert immer mehr an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz.

Und dann: die Hälfte aller Katholiken ist automatisch ausgeschlossen, weil sie das falsche Geschlecht haben, weil sie Frauen sind. Dabei sind es gerade die Frauen, die das Gemeindeleben mittragen – im Ehrenamt, z.B. in den Frauengemeinschaften, in den Gremien oder als Katechetinnen für Kommunionkinder. Dann natürlich in den kirchlichen Berufen als Küsterin, Sekretärin, Gemeindereferentin usw. Ohne die Frauen könnten wir unsere Kirche dicht machen. Aber in ein Weiheamt will man sie partout nicht reinlassen. Jesus habe das so gewollt. Aber das ist Unsinn. Die Evangelien zeigen ein anderes Bild von ihm. Jesus beauftragte Frauen, seine Auferstehung zu

bezeugen. Das war eine Revolution – und ist es noch. Bei dem Reformprozess „Synodaler Weg“ unserer deutschen Kirche ist mit großer Mehrheit – auch der Bischöfe – ein Vorstoß nach Rom formuliert worden. Er sieht vor, Frauen als Diakoninnen zuzulassen, auch verheiratete Priester und eine Mitsprache von Gläubigen bei der Bischofswahl. Mittlerweile geht die Diskussion aber weiter. Sie wird grundsätzlicher. Hat sich da mit dem Klerus, mit den Priestern und Bischöfen samt dem Papst und seinem universalen Machtanspruch im Laufe der Kirchengeschichte nicht etwas eingebildet, was gar nicht auf Jesus zurückgeht und was nicht in seinem Sinn ist? Jesus war kein Priester. Er hat auch keine Priester geweiht. Er hat das Reich Gottes in Wort und Tat verkündet und Jünger und Jüngerinnen gesammelt. Die haben nach seinem Kreuzestod und seiner Auferweckung seine „Sache“ weiter geführt. So ist eine neue Bewegung, unsere Kirche, entstanden.

Natürlich braucht jede Gemeinschaft eine Organisation. Sonst funktioniert sie nicht. Eine Kommune braucht ihren Bürgermeister und Gemeinderat. Die frühen Christen waren da sehr kreativ. Sie haben sich die Dienste und Ämter gegeben, die sie brauchten. Ein Dienst waren in der Urgemeinde die Diakone. Wir kennen sie aus der Apostelgeschichte (Apg 6). Im Übrigen haben sie sich an jüdische und griechische Vorbilder gehalten. In den Schriften des NT ist oft die Rede von Presbytern. Das waren Älteste, die sich um die Belange der Gemeinden kümmerten. Diese Presbyter haben nichts mit den Priestern im Alten Testament zu tun. Sie hatten einen normalen Beruf und haben sich nach Feierabend für Anliegen der Gemeinden ehrenamtlich eingesetzt.

So ähnlich machen es heute in den evangelischen Gemeinden die Presbyter. Mit unseren Pfarrgemeinderäten haben wir nach dem 2. Vatikanischen Konzil ein bisschen nachgezogen. Daneben gab es den Sog. Episkopus (unser Wort Bischof) als Leiter der Presbyter. Aber eine Zwei-Klassen-Gesellschaft von Klerus und Laien gab es in der frühen Kirche nicht... Das ist eindeutig eine Fehlentwicklung. Wie sie zustande kam, darauf kann ich aber in der Predigt nicht eingehen. Aber wenn wir heute über

den eklatanten Priestermangel sprechen, dann muss auch über das Amtsverständnis des Priesters und des ganzen Klerus neu nachgedacht werden. Von Klerikalismus und Machtmissbrauch haben die Gläubigen die Nase voll. Eine Rückbesinnung auf die Anfänge und auf Jesus tut not. Von IHM ist das Wort überliefert: „Einer ist euer Meister. Ihr alle aber seid Brüder und Schwestern.“ (Mt 23)

Einen Schritt in diese Richtung hat der „Synodale Weg“ der Kirche in Deutschland gemacht. Weitere müssen folgen. Aber es ist wohl noch ein weiter Weg und Kampf mit Rom und Sympathisanten des Gewohnten...

Ich wünsche und erhoffe mir eine Reform in unserer Kirche, die mit dem „Mythos“ des Priesters und Klerikers überhaupt, mit manchen magischen und archaischen Vorstellungen aufräumt und einer ungesunden Dominanz, die wesentlich zu dem Missbrauch an Kindern und der Vertuschung beigetragen hat. Die Hierarchie muss einem neuen Miteinander weichen.

Ich bin jetzt 57 Jahre Priester und blicke in meinem Alter dankbar auf meinen schönen Beruf als Pfarrer zurück – samt der Kaplanszeit. Ich habe mich nie als „Kultpriester“ verstanden und nie als „Hochwürden“. Ich fand es eher lustig, so angesprochen zu werden. Ich habe mich immer als Christ, als Katholik verstanden, der in der Kirche seinen „Traumberuf“ gefunden hat aus innerem Antrieb und bestätigt durch die Weihe des Bischofs. Ich habe mich immer verstanden als jemand, der für seine Gemeinde Verantwortung übernimmt, mit ihr den christlichen Glauben lebt, verkündet und feiert in frohen und in schweren Zeiten. Ich habe nie Angst gehabt, dass ich nicht genug Macht habe, sondern war dankbar für meine tüchtigen Mitarbeiter/innen. Ich bin überzeugt, dass Pfarrer so wieder ein erstrebenswerter und erfüllender Beruf werden kann für Männer und Frauen, mit und ohne Familie. Amen.

Adolf Kannengießer

Nachdenkliches zu einigen Sakramenten

Fortsetzung zum Beitrag in imprimatur Heft 1, 2022, S. 16-19

Priesterweihe (Gewalt der Priester)

Ich bin überzeugt, dass es keine Berufsgruppe gibt, die sich so feiert wie die Priesterschaft. Es ist die Frage, warum sie das tut? Eines ist klar: wer sich so in der Öffentlichkeit feiern darf, indem ganze Dörfer sich in Marschmusik, Messdienergruppen, ganze Schulen usw. aufmarschieren und sogar die Presse Artikel über das Event schreibt: der hat Macht. Selbst derjenige, der noch gar nichts geleistet hat, bringt mit seinem Primizsegen, der doppelt und dreifach angeblich, Bewegung, Scharen des Volkes pilgern zum Primizianten. Welch eine Macht, wenn sich priesterliche Macht und die Dummheit des Kichenvolks vereinen. Aber dieses Problem kannte schon die Bibel. Und das schon massiv im Matthäusevangelium. Nur hört man davon nie etwas von der Priesterschaft. Diese Priesterschaft, die wir so feiern, will ja zurückgehen in die Zeit Jesu. Aus dem Mund Jesu hört man: Die Schriftgelehrten und Pharisäer sitzen auf dem Lehrstuhl des Mose. Alles, was sie euch sagen, sollt ihr tun und befolgen! Aber verhaltet euch nicht so, wie sie sich verhalten. (Mt 23,1-12). Wer sind diese Pharisäer und Schriftgelehrten? Es sind die führenden Leute der Tempelkirche und später der Synagoge; also der jüdischen „**Kirche**“. Ich höre schon den Aufschrei von Papst, Bischöfen und Priester. Wir billigen noch nicht einmal den Evangelischen das Prädikat Kirche zu, so erst recht nicht den gläubigen Juden. Erst recht darf der Katholik weder dem Papst noch den Bischöfen oder Priester vorwerfen, sie seien scheinheilig. Was Jesus von der Hierarchie der jüdischen „**Kirche**“ hält, wird deutlich, wenn Jesus die Leviten und Priester an dem Zusammengeschlagene-

nen, ohne Notiz zu nehmen, vorbei gehen lässt, während ein „Ungläubiger“ ohne zu zögern hilft, er hilft sogar über das gewöhnliche Maß hinaus. (Lk 10, 30-37).

Zu der Frage nach der Einsetzung der Priesterweihe durch Jesus ist zu sagen: er hat sie nicht eingesetzt. Jesus war überzeugt, dass das Ende der Welt zu seiner Zeit gekommen ist. Davon zeugen vor allem die absoluten Worte: schlägt dir einer auf die rechte Wange, so halte ihm auch die linke hin, oder bittet dich jemand um einen Mantel, so gib ihm auch einen zweiten. Jesus hat mit keinem Wort die Einrichtung einer kirchlichen Struktur erwähnt. Zu fragen ist: Wo ist von einem Bischof dies in einer Predigt den dumm-gehaltenen-Gläubigen dargelegt worden? Äußerst spärlich wäre der Verweis auf das Wort „Tut dies zu meinem Gedächtnis“. Man sollte das Wort von Loisy ernst nehmen: Jesus predigte das Reich Gottes, gekommen ist die Kirche. Alter Christus zu sein beansprucht der Priester. Ein hehrer Anspruch. Ich habe nicht vernommen, dass die Predigt in letzter Zeit sich ausgiebig mit dem sexuellen Versagen der Priester beschäftigte. Sie hat sich auch nicht mit den Opfern und den kirchlichen flüssigen Vermögen in ihrer jetzigen, einzigen Bestimmung wie der Samariter in ihrem heiligen Buch, offen gezeigt.

- - -

Das Ehesakrament

P. Honorius Hanstein O.F.M: definiert die Ehe in seinem Buch „Kanonisches Ehe-recht“: „Die Ehe ist im Naturrecht die rechtmäßige Verbindung eines Mannes mit einer Frau zur Erzeugung und Erziehung von Nachkommenschaft.“... Materialobjekt sind die Personen, Formalobjekt ist das gegenseitige dauernde und ausschließliche Verfügungsrecht über den Leib des anderen.

Im Neuen Katechismus liest sich die Definition so: „Der Ehebund, durch den Mann und Frau unter sich die Gemeinschaft des ganzen Lebens begründen, welche durch die Eigenart auf das Wohl der Ehegatten und auf die Zeugung und die Erziehung von Nachkommenschaft hingebunden ist, wurde zwischen Getauften von Christus dem Herrn zur Würde eines Sakramentes erhoben (Zwischenbemerkung: Wo und

wem wurde das von Christus mitgeteilt? Dieses Wissen ist doch wichtig, ihr Bischöfe.).

Vergleicht man die beiden Definitionen, so finde ich kaum eine Entwicklung seit 1958 bis 2005.

Ich vermisse in diesen Definitionen die Empathie, das eigentliche Interesse. Das, was oben steht, mag der juristischen Sprache geschuldet sein. Die Ehe ist wesentlich mehr, sie ist an erster Stelle angestrebte, alles umfassende Liebe, ein ständiges Suchen, den anderen zu verstehen. Die Ehe ist vor allem ein Spiel, das die Grenzen des Alltags sprengt, ist ein Spiel, das den Leib des anderen in seiner Schönheit spielerisch erobert; ist der Ort wo zwei Menschen im gemeinsamen Orgasmus die Unbegrenztheit des Lebens erahnen. Die Ehe ist der Ort, an dem das Ich sich nicht ängstlich abschließt, sondern sich in den anderen fallen lässt. Die Ehe ist der Ort, wo auch der Wunsch entstehen kann, dieses erlebte Glück Kindern weiterzugeben. Statt sie durch kirchliche Definitionen unter Druck zu setzen. Zölibatäre bleiben hierbei vor der Tür. Sie haben einfach keinen möglichen Zugang zu dieser Wirklichkeit der Liebe.

Und wie reden Bischöfe über die Ehe? Sie haben nur wenige Worte um die Ehe zu beschreiben: eheliche Liebe, fruchtbar sein, Verantwortung für die Schöpfung, Fleisch, für einander geschaffen. Gibt es keine empathischen, einfühlsamen Worte, um das unendlich große Geschenk der Liebe zu beschreiben?

Um die Gefährdung der Ehe zu beschreiben, fallen den Bischöfen unendlich viele Worte ein: Zwietracht, Herrschsucht. Untreue, Eifersucht, Hass. Bruch- Unordnung. Die Unordnung, die sich in diesen Begriffen spiegelt, leiten die intelligenten Bischöfe von der sogenannten Ursünde ab. Sie scheinen immer noch nichts von Charles Darwin und den Mythen der Erschaffungen gehört zu haben. Die Doktorwürde haben fast alle Bischöfe und Kardinäle.

Wann wird man in der katholischen Kirche auf die Stimme des erwachsenen und gebildeten Menschen hören, statt den Zölibatären zuzuhören in Fällen, in denen sie wirklich keine Ahnung haben.

Prof. Dr. Norbert Scholl

69259 Wilhelmsfeld, den 03.05.2022
Angelhofweg 24 b

OFFENER BRIEF an Erzbischof Burger

(Stephan Burger ist Erzbischof
von Freiburg, Red.)

Sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof Burger!

Im Vorwort der Einführung in das Projekt „Pastoral 2030“ bitten Sie uns darum, uns in den Diskussionsprozess einzubringen. Sie schreiben, dass Sie offen sind für Erfahrungen und Argumente. Dieser Einladung will ich gerne nachkommen, zumal ich auch von Mitgliedern aus dem Forum daraufhin angesprochen wurde.

Ich bin inzwischen bald 91 Jahre alt. Mit großer Begeisterung habe ich den Aufbruch miterlebt, der sich durch das Zweite Vatikanische Konzil abzuzeichnen schien. Der unvergessene Papst *Johannes XXIII.* hatte die Fenster weit aufgestoßen, und es kam frische Luft in die stickigen Gemäuer der Kirche. Doch bald setzte die Restauration ein. Und mit ihr der unaufhaltsame Niedergang der Kirche, der bis heute andauert und sich vermutlich weiter fortsetzen wird. Er ist weitgehend auch eine Folge der stark restriktiven und in keiner Weise zukunfts-trächtigen Pontifikate der beiden Päpste *Johannes Paul II.* und *Benedikt XVI.* Exemplarisch seien nur genannt:

- Römische Missachtung der Ergebnisse der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, der „Würzburger Synode“ (1971-1975),
- Kirchliches Gesetzbuch, der CIC (1983), mit dem fatalen Can. 1024: „Die heilige Weihe empfängt gültig nur ein getaufter Mann.“
- „Weltkatechismus“ (1992), der die Forschungsergebnisse historisch-kritischer Bibelexegese völlig ignoriert,

- Erklärung von Papst *Johannes Paul II.*, „dass die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und dass sich alle Gläubigen der Kirche endgültig an diese Entscheidung zu halten haben“ (1994).
- Erklärung der Glaubenskongregation „Dominus Jesus“ über die Einzigartigkeit und die Heilsuniversalität Jesu Christi und der Kirche (2000),
- Aufdeckung sexualisierter und spiritueller Gewalt (seit 2010),
- Nahezu ständig steigende Austrittswelle aus der Katholischen Kirche (allein 2020 und 2021 rund eine halbe Million).

Das alles und vieles mehr ist Ihnen und Ihren Kollegen im bischöflichen Dienst bekannt. Und sie nehmen es mehr oder minder achselzuckend hin, Schuld sei eben der böse Zeitgeist.

Ich erlaube mir deswegen, für das Projekt „Pastoral 2030“ einige Anmerkungen und Vorschläge zu machen.

Gemeindeleitung durch „Laien“

Die Kirchenleitung meint, mit Zusammenlegung von XL- zu XXL- und XXXL- usw. Gemeinden etwas Zukunftsträchtiges für die Pastoral zu bewerkstelligen. „Pastoral 2030“ wirkt jedoch auf mich wie ein homöopathisches Mittel, das man x-fach verdünnt, bis schließlich keine Wirkung mehr übrig bleibt. Es sei denn, man glaubt (wider besseres Wissen?) daran. Von einer wirklichen „Seel“-Sorge kann dabei ernsthaft nicht mehr die Rede sein. Es sei denn, es werden endlich „Laien“, geeignete Frauen und Männer, auch als hauptamtliche Gemeindeleiter/innen eingesetzt, wie das in Deutschland schon seit 2019 geschieht (zuerst Osnabrück, zuletzt Mainz). Das Kirchliche Gesetzbuch, der CIC, bietet dafür die rechtliche Grundlage. „Mit der Rechtsfigur des c.517 § 2 CIC/1983 ist der universalkirchliche Gesetzgeber, entweder zu weit oder zu wenig weit gegangen“¹. Zu weit deshalb, weil er das an das Priesteramt gebundene Leitungsamt in Fülle — zwar nur

¹ Bernard Sesboué, Die Pastoralassistenten/Pastoralassistentinnen in theologischer Perspektive, in: SKZ 161 (1993), 213-219; 219.

in Ausnahmesituationen — faktisch einem Laien überträgt, auch wenn rein rechtlich dem Priester diese Funktion zugeschrieben wird, und zu wenig weit, weil das Priesteramt weiterhin an die drei Voraussetzungen gebunden bleibt: männliches Geschlecht, Weihe und Zölibat, so dass verheirateten Männern und (un)verheirateten Frauen das Priesteramt und damit das Leitungsamt in Fülle nicht übertragen werden kann“².

Zulassungsvoraussetzungen für den priesterlichen Dienst

An eine Lockerung der Zölibatsverpflichtung dürfte in absehbarer Zeit kaum zu denken sein, Obwohl sich weltweit auch immer mehr Bischöfe dafür aussprechen. Der Münchner Kardinal *Reinhard Marx* sagte in der Südd. Zeitung: „Es wäre besser für alle, die Möglichkeit für zölibatäre und verheiratete Priester zu schaffen. Bei manchen Priestern wäre es besser, sie wären verheiratet“ (SZ 03.02.2022). Auch die an der sogenannten „Amazonas-Synode“ (2020) beteiligten Bischöfe sprachen sich mehrheitlich (128 : 41) für eine Lockerung der Zölibatsverpflichtung aus und empfahlen, „die Erarbeitung von Kriterien und Verfügungen ..., um geeignete Männer, die in der Gemeinschaft anerkannt sind, zu Priestern zu weihen, wobei sie auch eine legitim gebildete, stabile Familie haben können“. Darüber hinaus forderten sie auch die Zulassung verheirateter Diakone und Frauen als Diakoninnen.

Es braucht endlich das offene Eingeständnis der Bischöfe, dass sie – allen kunstvoll zusammengedrechselten neuen „Seelsorge“-Strukturen zum Trotz - nicht mehr die pastoralen Mittel haben, um ihrer eigenen Ekklesiologie gerecht zu werden. Und das muss endlich auch in Rom deutlich werden. Änderungen sind durchaus möglich. Denn „Wir wissen alle, dass die Kirche, was sie festgelegt hat, auch verändern und abschaffen kann“ (Papst *Pius XII.*³). Die deutschen Bischöfe sollten sich ohne Scheu darauf berufen. Es wäre sehr erfreulich, wenn auch Sie, sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof, sich deutlich ohne Wenn und

Aber in dieser Richtung aussprechen würden.

Lösungs-Vorschläge

Von Bischöfen und einigen maßgebenden Theologen wurden in letzter Zeit Vorschläge zur Lösung des Problems vorgelegt. Einige davon möchte ich nur kurz erwähnen:

- *Ordination des gesamten Leitungsteams*

Bereits vor mehr als 30 Jahre wies der belgische Theologe *Edward Schillebeeckx* in seinem Buch „Das kirchliche Amt“⁴ auf die „ekklesiale“ Vorstellung von Gemeindeleitung hin, wie sie beim Konzil von Chalcedon (451) erkennbar wird. „Nur jemand, der durch eine bestimmte Gemeinde berufen wird, ihr Vorsteher und Leiter zu sein, empfängt wirklich die ‚ordinatio‘. ‚Ordinatio‘ ist eine Eingliederung oder ‚Inkorporation‘ als Amtsträger in eine Gemeinde, die einen bestimmten Mitchristen beruft und als ihren Vorsteher bezeichnet“⁵. Das Leitungs-Amt ist eine Angelegenheit der Ortsgemeinde. Daher fordert *Schillebeeckx* „im konkreten Horizont lokaler Situationen und in dem breiteren Welthorizont ... ein angepasstes und dafür ausgerüstetes amtliches Leiter- oder Begleitungsteam. In archaischen Begriffen ausgedrückt, kann man sagen: ein presbyteriales Team, wie in der frühen Kirche. Heute sagen wir dasselbe mit dem Ausdruck pastorales Team“. Dieses „pastorale Team“ muss eine „ekklesiale ‚ordinatio‘ empfangen, und zwar, konkret, in einer liturgischen Feier der Gemeinde, die sie akzeptiert: unter Handauflegung des schon bestehenden Leitungsteams der eigenen Gemeinde und der Nachbargemeinden, unter betender Epiklese der ganzen Gemeinde“⁶.

- „*virī probati*“

1970 schrieb *Joseph Ratzinger* im Blick auf die Kirche im Jahre 2000: „Die Kirche der Zukunft wird [...] auch gewisse neue Formen des Amtes kennen und bewährte

² Sabine Demel, „Priesterlose“ Gemeindeleitung? S. 75; <https://mthz.ub.uni-muenchen.de>

³ DH 3858.

⁴ Edward Schillebeeckx, Das kirchliche Amt, Düsseldorf 1981.

⁵ Ebd., 69.

⁶ Edward Schillebeeckx, Das kirchliche Amt, Düsseldorf 1981, 199.

Christen, die im Beruf stehen, zu Priestern weihen“⁷.

Das Thema „viri probati“ wurde auch von der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland in Würzburg (1971-1975) aufgegriffen. Im Beschluss „Dienste und Ämter“ heißt es: „Zur Suche nach neuen Zugangswegen zum Priestertum gehört auch die Prüfung der Frage, ob in Ehe und Beruf bewährte Männer zur Priesterweihe zugelassen werden sollen und ob die Zölibatsgesetzgebung grundsätzlich geändert werden soll. Es wird deshalb allgemein anerkannt, dass außerordentliche pastorale Notsituationen die Weihe von in Ehe und Beruf bewährten Männern erfordern können. Die Gemeinsame Synode kann aufgrund des Beschlusses der Deutschen Bischofskonferenz vom 13.4.1972 in dieser Frage keine Entscheidung treffen.“

In seiner Einleitung zum Synoden-Beschluss schrieb *Walter Kasper* vor 45 Jahren: „Wenn die Kirche in Zukunft über längere Zeit durch akuten Priestermangel gezwungen sein sollte, die Leitung vieler Gemeinden [...] Laien anzuvertrauen“, dann bleibe auf längere Sicht gar nichts anderes übrig, als viele „der Laien, die sich im Gemeindedienst bewährt haben, als viri probati für die Ordination“ zuzulassen. Und weiter, in einem Jahr mit immerhin noch knapp 200 Priesterweihen (im Jahr 2020 waren es insgesamt 56!⁸): „Die katastrophale Entwicklung im Priesternachwuchs und damit verbunden die Frage, wie der pastorale Dienst in den Gemeinden weitergehen soll, stellt sich immer deutlicher als eine Lebensfrage für die Zukunft der Kirche heraus“⁹.

Zur Enttäuschung vieler ließ Papst *Franziskus* in seinem Antwortschreiben auf die Amazonas-Synode mit ihrer Forderung nach der Weihe „verheirateter Männer“ (s.o.) diese Frage der „viri probati“ völlig

unerwähnt¹⁰. Ein etwas merkwürdiger Umgang mit einem Votum von immerhin 128 Bischöfen.

• „Leutepriester“

Im Jahr 2003 veröffentlichten der südafrikanische Bischof *Fritz Lobinger*, der Pastoraltheologe *Paul M. Zulehner* und der Dogmatiker *Peter Neuner* das Buch „Leutepriester“¹¹. Ein Jahr zuvor war von *Zulehner* in der Zeitschrift „Christ in der Gegenwart“¹² bereits ein Artikel „Pauluspriester – Korinthpriester“ erschienen. „Das Fehlen an Priestern für die Gemeinden hat zu einer weiteren höchst fragwürdigen Nebenentwicklung geführt. Immer mehr traditionell an das priesterliche Amt gebundene Aufgaben wandern zu zumeist hauptamtlichen Laien. Der kirchenrechtliche Sprachgebrauch dafür lautet, dass Laien neben dem ihnen ‚eigenen beruflichen Auftrag zur Übernahme einzelner Aufgaben des kirchlichen Amtes herangezogen‘ werden können. [...] So werden etwa in der Schweiz hauptamtliche Laiengemeindeleiter beauftragt, bei Trauungen zu assistieren, zu taufen und eine Gemeinde (faktisch) zu leiten, und das – so die listige Sprachregelung etwa in der Diözese Speyer – mit einer „Ganzverantwortung“, wengleich nicht mit einer „Letztverantwortung“ – denn diese liegt bei dem im Hintergrund wirkenden Moderator, der ein Priester sein muss.

Die Autoren setzen sich darum nicht für die Erweiterung des bisher bekannten Priestermodells um verheiratete Priester ein, sondern für die Zulassung eines anderen Typs von Priestertum, der komplementär mit den real existierenden Priestern, wie wir sie kennen, als Team zusammenarbeiten soll. *Zulehner* nennt sie „Korinthpriester“. „Inspiriert sind wir bei diesem Vorschlag durch die paulinischen Gemein-

⁷ Joseph Ratzinger, *Glaube und Zukunft*, München 1970, 123.

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200021/umfrage/priesterweihen-der-katholischen-kirche/>.

⁹ Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg/Basel/Wien 1976, 581–594.

¹⁰ Nachsynodales Apostolisches Schreiben *Querida Amazonia* von Papst Franziskus an das Volk Gottes und an alle Menschen guten Willens v. 2.2.2020; https://www.vatican.va/content/francesco/es/apost_e_xhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20200202_querida-amazonia.html.

¹¹ Paul M. Zulehner/Fritz Lobinger/Peter Neuner, *Leutepriester in lebendigen Gemeinden. Ein Plädoyer für gemeindliche Presbyterien, Ostfildern 2003*.

¹² Fritz Lobinger/Paul M. Zulehner, *Pauluspriester – Korinthpriester*, in: *Christ in der Gegenwart* 42/2002, 349–350).

deberichte. Diese kennen gleichfalls zwei Priestertypen: einen gemeindegründerisch-missionarischen Typ - Paulus selbst - und in den einzelnen Gemeinden einen gemeindeleitenden, gottesdienstvorstehenden Typ - die Presbyter etwa in Korinth. Wir schlagen daher vor, diese beiden Priestertypen ‚Pauluspriester‘ und ‚Korinthpriester‘ zu nennen¹³. Bewährte ordinierte Gottesdienstleiter aus „bewährten Gemeinden“ werden nur im Blick auf ihre eigene Gemeinde geweiht. Die lokalen „Leutepriester“ (ggf. „-priesterinnen“) arbeiten im überschaubaren Raum; herkömmliche ehe-lose „Bistumpriester“ sind in größeren Kontexten tätig und arbeiten den lokalen Netzwerkkirchen zu. Die „Leutepriester“ sind ortsgebunden, der Gemeinde verpflichtet, die sie will und sie berufen hat.

Was jetzt schon möglich wäre

- „Laien“-Predigt

Grundsätzlich sind alle Christen verpflichtet, zur Verbreitung der christlichen Glaubensbotschaft beizutragen (c. 211 CIC). Das eigentliche Recht zu predigen haben demnach allein die Bischöfe (c. 763 CIC), Priester und Diakone erhalten im Zusammenhang mit der Weihe die grundsätzliche Befugnis, zu predigen (c. 764 CIC). Die Befugnis wird jedoch lediglich „bis auf Widerruf“ erteilt. Die kirchenrechtliche Grundlage für die „Laien“-Predigt legt c. 766 CIC, der besagt, dass Laien zur Predigt zugelassen werden können. Dies soll „nach Maßgabe der Vorschriften der Bischofskonferenz“ erfolgen. In besonderer Weise sollen hauptberufliche pastorale Mitarbeiter im Predigtdienst wirken. Ausgeschlossen für „Laien“ – auch solche im hauptamtlichen Dienst – bleibt allein die Homilie, die Predigt in der Eucharistiefeier. Gemäß c. 767 CIC ist diese Teil der Liturgie selbst und damit dem Priester oder Diakon vorbehalten. Theologisch steht dahinter der Gedanke, dass derjenige, der dem „Tisch des Brotes“, der Eucharistiefeier, vorsteht, auch dem „Tisch des Wortes“ vorstehen soll, der Verkündigung und Auslegung der Schrifttexte. Nicht ganz logisch erscheint hier, dass auch ein Diakon predigen und das Evangelium vortragen darf, ohne dass er Vorsteher der Eucharistiefeier ist.

Die Instruktion „Ecclesia de Mysterio“ (15.8.1997; Art. 3 §§ 2 u.3) zählt einige Möglichkeiten auf, wie Laien dennoch an dieser besonderen Predigt beteiligt werden können (thematische Einführungen zu besonderen Anlässen, persönliche Zeugnisse, die Möglichkeit eines ‚Dialogs‘ in der Homilie). Übersehen wird, dass das sogenannte Kindermessdirektorium „Pueros baptizatos“ (1973) weiter gilt, das (verheirateten) Frauen und Männern erlaubt, in einer Eucharistiefeier eine „Katechese“ vorzunehmen und eine „Homilie“ an die anwesenden Erwachsenen zu halten auch. Auch die „Dialogpredigt“ ist nie aufgehoben worden.

Entgegen all dieser kirchenrechtlichen Vorschriften halten in vielen Gemeinden in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchaus nicht geweihte Frauen und Männer in der Eucharistiefeier, auch nach dem Evangelium eine „Homilie“. Sobald sich freilich ein „streng katholischer“ Gläubiger darüber beschwert und das nach Rom meldet, wird der Bischof oder der Pfarrer von dort vermutlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Es wäre wünschenswert, wenn Sie, sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof, aus Anlass der Neustrukturierung 2030 im Einvernehmen mit einigen weiteren Bischofskollegen, in Rom vorstellig werden könnten, dass für die Erzdiözese Freiburg und die anderen 26 deutschen Diözesen – wie bis 1988 üblich – wieder ungeweihte Frauen und Männern die Möglichkeit erhalten, während der Eucharistiefeier im Anschluss an das Evangelium eine „Homilie“ zu halten. Je mehr und einheitlicher eine Bischofskonferenz gut begründet einen derartigen Antrag in Rom stellt, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass man sich damit wenigstens inhaltlich auseinandersetzt. Weltkirchlich darf es da durchaus unterschiedliche Tempi geben.

Ökumenische Gastfreundschaft Drei Stellungnahmen

Zur Frage der Gemeinschaft von Katholiken und Protestanten bei Eucharistie oder Abendmahl gibt es drei aktuelle Texte: Ein „Votum“ des Ökumenischen Arbeitskreises

¹³ Ebd., 350.

(ÖAK)¹⁴, eine „Stellungnahme“ der Vatikanischen Glaubenskongregation¹⁵ und eine vorher verfasste, aber später veröffentlichte „Würdigung“ durch den Kontaktgesprächskreis von DBK und EKD¹⁶.

Am weitesten geht das „Votum“ des ÖAK: „Der Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen betrachtet die Praxis der wechselseitigen Teilnahme an den Feiern von Abendmahl/Eucharistie in Achtung der je anderen liturgischen Traditionen als theologisch begründet. Sie ist insbesondere in der Situation konfessionsverbindender Familien pastoral geboten. Sowohl im Blick auf den Einzelfall als auch auf die allgemeine Normgebung darf sich niemand mit den bisherigen Lösungen zufriedengeben. [...] „Der Gehalt der Feiern von Abendmahl/Eucharistie kann heute ökumenisch einvernehmlich beschrieben werden. Ihr Grund und ihr Ziel sind identisch: Wir feiern in österlicher Hoffnung das von Jesus Christus selbst gestiftete Gedächtnis seines erlösenden Lebens und Sterbens für uns in einer liturgischen Handlung, in der seine Gegenwart in der Kraft des Heiligen Geistes im verkündigten Wort und im Mahl erfahrbar und wirksam wird. Deshalb stehen Jesu Worte zu Brot und Wein (verba testamenti) im Zentrum der eucharistischen Liturgie: Christinnen und Christen verkünden den Tod Jesu, sie glauben, dass er lebt und sie hoffen, dass er kommt zum Heil der Welt. [...] Die Erfahrung spricht dafür, dass das Erleben eucharistischer Gemeinschaft in der Feier des Abendmahls auch eine Quelle der Hoffnung auf dem Weg zu

dem von Gott gewünschten Ziel ist: der vollen sichtbaren Einheit der Kirche in der Gegenwart des Reiches Gottes. Auf dem Weg dorthin können die in der Taufe sakramental bereits verbundenen Menschen in der Feier des Mahls Kraft schöpfen für die Bewährung ihres Lebensalltags sowie Ermutigung erfahren für den Dienst am Nächsten in der Welt“ (8.1; 8.2; 8.5).

Bei der Stellungnahme aus Rom handelt es sich um einen kritischen Brief mit einigen lehrmäßigen Anmerkungen, die das Votum zurückweisen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Bätzing*, meinte dazu. „Die deutsche katholische Kirche riecht für viele der Offiziellen in Rom evangelisch“. Dies sei wohl „nicht auf der obersten Ebene der Präfekten“ der Fall, aber bei Offiziellen, die keine Erfahrung mit der Kirche in Deutschland hätten. „Da sträuben sich in Rom die Nackenhaare oder man kriegt Gänsehaut.“ Es fehle die Kommunikation. Und es gebe in Rom Angst vor dem Weg der Kirche in Deutschland. „Man kann die Einheit aber auch dadurch gefährden, dass man sie mit Instrumenten hegt, die ungeeignet sind in einer Zeit und Welt, in der wir leben, mit kultureller Verschiedenheit“, warnte der Bischof. Papst *Franziskus* sage immer wieder, dass „die Kirche nicht zentral gesteuert werden“ könne und dezentral Entscheidungen getroffen werden müssten im Rahmen der katholischen Glaubenslehre und des Kirchenrechts. „Das ist der Weg, den wir versuchen.“¹⁷

Der Ökumene-Beauftragte der DBK, Bischof *Gerhard Feige* von Magdeburg, meinte zu der Stellungnahme: „Die Glaubenskongregation zeigt nur auf, was angeblich nicht katholischen Wahrheiten entspricht. Dass es auch Anfragen an die katholische Seite gibt – zum Beispiel hinsichtlich der nicht ganz stiftungsgemäßen Kommunionpraxis unter nur einer Gestalt oder weiterhin missverständlicher Formulierungen zur Opferproblematik – wird mit keiner Silbe erwähnt. Selbstkritik ist kein Thema, genau so wenig wie auch nur ein kleines anerkennendes Wort für die Überlegungen des ÖAK. Stattdessen werden wieder einmal

¹⁴ GEMEINSAM AM TISCH DES HERRN. Ein Votum des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologie (11.9.2019), Freiburg/Gütersloh 2021; [gemeinsam_am_tisch_des_herrn_ein_votum_des_ökumenischen_arbeitskreises_evangelischer_und_katholischer_theologen\(2\).pdf](https://www.gemeinsam-am-tisch-des-herrn.de/wordpress/wp-content/uploads/2021/09/gemeinsam_am_tisch_des_herrn_ein_votum_des_ökumenischen_arbeitskreises_evangelischer_und_katholischer_theologen(2).pdf)

¹⁵ Lukas Wiegmann, Glaubenskongregation erteilt deutschem Ökumene-Papier eine Absage; in Herkor 10/2020, 48; <https://www.herder.de/hk/hefte/archiv/2020/10-2020/glaubenskongregation-erteilt-deutschem-oekumene-papier-eine-absage-roemische-stellungnahme-zu-gemeinsam-am-tisch-des-herrn/>

¹⁶ „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ – Ein Votum des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen. Würdigung des Kontaktgesprächskreises (6.10.2020); <https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/gemeinsam-am-tisch-des-herrn-ein-votum-des-oekumenischen-arbeitskreises-evangelischer-und-katholi>

¹⁷ <https://www.domradio.de/artikel/wir-wollen-schritte-zur-einheit-weitergehen-bischof-baetzing-will-sich-evangelischer-kirche>

dogmatische und kirchenrechtliche Mauern höher gezogen. Wie lange will man eigentlich noch so verfahren, ohne dass Ökumene zum folgenlosen Glasperlenspiel verkommt? Viele haben schon lange keinerlei Verständnis mehr für solche Manöver und gehen sowieso ihre eigenen Wege.“¹⁸.

Der dritte Text versucht schließlich aus evangelischer und katholischer Leitungsperspektive gemeinsam zu würdigen, worin die wegweisende Bedeutung des „Votums“ liegt, merkt aber auch an, dass an wichtigen Fragen noch dringlich weitergearbeitet werden muss und deswegen beide Seiten offiziell bislang manches abweichend bewerten.

Auswirkungen auf den Ökumenischen Kirchentag Frankfurt 2021

Das „Votum“ des ÖAK zeigte eine unerwartete Wirkung. Bereits drei Wochen vor dem 3. Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt (13.-16.5.2021) bekräftigte der Vorsitzende der DBK, Bischof *Bätzing*, seinen Willen zu einer Öffnung der katholischen Eucharistiefeier für Protestanten: „Wir wollen Schritte zur Einheit weitergehen. Wer im Gewissen glaubt, was gefeiert wird in der anderen Konfession, der wird auch hinzutreten können und nicht abgewiesen“. Das sei „eine Praxis, wie sie landauf, landab gepflegt wird“ und eigentlich „nichts Neues“. Neu sei vielleicht, dass darüber gesprochen werde.¹⁹

Demgemäß boten die Veranstalter am Samstagabend vier konfessionell getrennte Gottesdienste an. luden aber Christen anderer Konfession ein, an Abendmahl oder Kommunion der jeweils anderen Konfession teilzunehmen. Die evangelische Kirchentagspräsidentin *Bettina Limperg* empfing im Frankfurter Kaiserdom die Kommunion, der Präsident des ZdK, *Thomas Sternberg*, ging in einer evangelischen Kirche zum Abendmahl²⁰. Er sagte dazu, es handele sich um eine persönliche Gewis-

sentsentscheidung – unabhängig davon, ob der Vatikan das Vorgehen als lehramtlich korrekt bewerte. „Das passiert jeden Sonntag hunderttausendfach in Deutschland“. *Sternberg* ermunterte die Christen, weiterhin und verbreitet ökumenische Gastfreundschaft zu gewähren und das auch öffentlich zu machen. *Limperg* sagte, der Empfang der Kommunion in der katholischen Messe sei für sie ein würdiger Akt gewesen. Es gebe ein gemeinsames Bewusstsein von der Gegenwart Christi im Brot.“²¹ Bei seiner Predigt im Dom betonte der Frankfurter katholische Stadtdekan *Johannes zu Eltz*: „Jesu Freundschaft zu jedem und jeder, der oder die an ihn glaubt, begründet die Freundschaft untereinander“.²²

Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie, sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof, diese Linie in der Erzdiözese Freiburg weiter verfolgen und noch intensivieren – zumal im Hinblick auf die absehbare, sich weiter fortsetzende Ausdünnung der Gemeinden mit entsprechender Reduzierung der Angebote zur sonntäglichen Eucharistiefeier. Einen hoffnungsvoll stimmenden Versuch sehe ich in dem neuen ökumenischen Kirchenzentrum in Mannheim. Hier werden Katholiken der Pfarrei St. Pius, Gläubige der evangelischen Thomaskirche sowie Mitglieder der byzantinischen Ostkirche ab sofort jeden Sonntag gemeinsam Gottesdienst feiern. Am Altar werden wechselweise Pfarrer der unterschiedlichen Konfessionen stehen. Gläubige der jeweils anderen Gemeinden sind eingeladen mitzufeiern. „Die Eröffnung der Ökumene-Kirche ist ein großer Schritt. Dass wir hier gemeinsam Abendmahl feiern können, das ist der nächste Schritt.“ So der evangelische Dekan *Ralph Hartmann* bei der Eröffnung²³.

• *Segnung homosexueller Paare*

Auch in der pastoralen Praxis in Bezug auf homosexuelle Paare scheint etwas in Bewegung geraten zu sein. Katholische Seelsorgerinnen und Seelsorger segnen homose-

¹⁸ <https://www.domradio.de/artikel/dogmatische-und-kirchenrechtliche-mauern-werden-hoehere-gezogen-oekumene-bischof-feige-zum>

¹⁹ <https://www.domradio.de/artikel/wir-wollen-schritte-zur-einheit-weitergehen-bischof-baetzing-will-sich-evangelischer-kirche>

²⁰ <https://www.domradio.de/artikel/keine-leichte-entscheidung-kirchentagsveranstalter-verteidigen-oekumenische>

²¹ <https://www.domradio.de/artikel/keine-leichte-entscheidung-kirchentagsveranstalter-verteidigen-oekumenische>

²² <https://www.domradio.de/artikel/jesu-freundschaft-zu-jedem-und-jeder-gemeinsam-am-tisch-des-herrn>

²³ <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/mannheim/erste-oekumene-kirche-mannheim-100.html>

xuelle Paare öffentlich in ihren Kirchen. Unter dem Hashtag „#liebegewinnt“ werden in mehr als 100 katholischen Gemeinden Segnungsgottesdienste angeboten. Ausdrücklich eingeladen sind gleichgeschlechtliche Paare, obwohl der Vatikan genau das verboten hat. Ein Pfarrer aus Konstanz sagte dazu: „Die Verlautbarung aus dem Vatikan war ein No-Go“. Er könne Menschen, die sich die Treue versprochen hätten, den Segen nicht verwehren. „Das geht gegen mein Gewissen.“²⁴ Segen ist nichts, was die Kirche besitzt oder wo jemand darüber verfügen kann, wer ihn bekommt oder nicht. Die Kirche hat einen Auftrag und eine Dienstleistungsfunktion, den Segen Gottes Menschen zuzusprechen und ihnen zu verschenken.

Dementsprechend stimmten die rund 215 Teilnehmer an der 3. Vollversammlung des Reformprojekts des „Synodalen Wegs“ vom 3.-5.2.2022 in Frankfurt in erster Lesung mehrheitlich einem Antrag zu, der fordert, dass die katholische Kirche homosexuelle Paare segnet. Seelsorgern, die Segensfeiern durchführen, sollen keine disziplinarischen Konsequenzen drohen. Auch Homosexuelle und zivil wiederverheiratete Geschiedene sollen ihre Beziehung von der katholischen Kirche segnen lassen können. Die Aktion #outinchurch sei ein Lichtblick in diesen dunklen Zeiten. „Änderungen der kirchlichen Grundordnung kirchlicher Arbeitsverhältnisse (GrO) sind angezeigt, die für viele, die im kirchlichen Dienst stehen, von existentieller Bedeutung sind. Es geht um eine Kirche ohne Angst – mit dem Mut und in der Freiheit des Glaubens“, so der Vize-Präsident der Vollversammlung, Prof. *Söding*²⁵. „Menschenrechte in der Kirche sind erst dann Realität, wenn es Gerechtigkeit für alle Geschlechter gibt“, mahnte die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), *Irme Stetter-Karp*, nach dem Abschluss der Beratungen am Samstag an und fügte hinzu: „Wir geben uns nicht mit Häppchen zufrieden.“ Die Synodalversammlung ruft die Bischöfe auf, in ihren Bistümern Segensfeiern offiziell zu ermöglichen für Paare, „die sich lieben und

binden wollen, denen aber die sakramentale Ehe nicht zugänglich ist oder die sie nicht eingehen wollen“²⁶.

Ich möchte Sie, sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof, sehr eindringlich darum bitten, auch in der Erzdiözese Freiburg – trotz römischem Veto - Segnungen homosexueller Paare zuzulassen und jene Seelsorgerinnen und Seelsorgern, die sie vornehmen, nicht disziplinarisch zu belangen. Sie wären nicht der einzige Bischof in Deutschland, der das tut²⁷.

- *Reform des kirchlichen Arbeitsrechts*

Es darf nicht mehr vorkommen, dass einer langjährigen verdienten und von den Eltern hochgeschätzten Erzieherin gekündigt wird, weil sie sich scheiden lassen und eine zweite Ehe eingehen will. Oder dass ein renommiertes Arzt an einem katholischen Krankenhaus seine Stelle verliert, weil er ein zweites Mal geheiratet hat.

Dementsprechend haben die deutschen Bischöfe am 27. 4.2015 eine Novelle der „Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse“ (GrO) verabschiedet. Sie gestehen darin immerhin ein, dass die Loyalitätsanforderungen in der bisher geltenden Grundordnung den Eindruck einer „rigiden Rechtspraxis“ vermittelten, der nicht der praktischen Handhabung entsprach. Aber die Bischöfe wagen nur einen halben Schritt vorwärts. Sie bewerten zwar bestimmte Verhaltensweisen im privaten Lebensbereich (Wiederverheiratungen, eingetragene Lebenspartnerschaften) arbeitsrechtlich differenzierter. Die Bedingungen, nach denen eine Kündigung in diesen Fällen in Betracht kommen soll, werden enger gefasst, aber nicht aufgegeben. Kirchenrechtlich ungültige Eheschließungen und das Eingehen von Lebenspartnerschaften bleiben weiterhin Loyalitätsverstöße. Ihre arbeitsrechtliche Ahndung wird auf schwerwiegende Fälle beschränkt – auf Konstellationen, die geeignet sind, die Integrität und Glaubwürdigkeit der Kirche zu beeinträchtigen. Mit diesen sehr allgemein gehaltenen

²⁴ <https://www.ta.geschau.de/inland/kirche-homosexuelle-101.html>

²⁵ <https://www.dbk.de/presse/aktuelles/meldung/dritte-synodalversammlung-des-synodalen-weges-in-frankfurt-am-main-eroeffnet>

²⁶ <https://www.rnd.de/politik/kirche-synodaler-weg-segnung-homosexueller-paare-und-frauen-in-aemtern-V5OHUBBDE2XJ45HFBIEBRCLH6M.html>

²⁷ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/vatikan-verbot-bischoefe-segnet-homo-paare-100.html>

Vorgaben blieb auch mit der Neufassung einer „rigiden“ Handhabung weiterhin Tür und Tor geöffnet.

Dennoch lehnte das restaurative „Forum Deutscher Katholiken“ diese Lockerungen ab. Kirchliche Mitarbeitende hätten versprochen, sich mit der katholischen Lehre zu identifizieren. „Wenn die Kirche die Erfüllung der Versprechen nicht einfordert, verrät sie ihre Sendung“, begründete der Sprecher des Forums, *Hubert Gindert*, diese Haltung²⁸.

Schon bald erhob sich daher der Ruf nach einer Reform der Reform. Das umso mehr, als weltliche Gerichte die Praxis mancher kirchlichen Arbeitgeber immer kritischer beurteilten. Eine wachsende Zahl von Gerichtsprozessen hat die Kirche schon verloren. Auch die Initiative „#OutInChurch“ fordert, das kirchliche Arbeitsrecht so zu ändern, „dass ein Leben entsprechend der eigenen sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität“ nicht zur Kündigung führt²⁹.

Konsequenterweise verlangt inzwischen das Reformprojekt des Synodalen Weges eine liberalisierte Grundordnung für die knapp 800.000 Beschäftigten im kirchlichen Dienst. Die Neufassung von 2015 gehe aus heutiger Sicht nicht weit genug. Die Letztverantwortung für die Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechts trage in jedem Bistum der Bischof und der könne sehr unterschiedlich verfahren

Zwar räumt das Grundgesetz den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften eine weitgehende Selbstverwaltung und Selbstbestimmung im Arbeitsrecht ein. Jedoch vor allem vor dem Hintergrund der Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union geraten diese Regeln in Konflikt mit dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). In Deutschland scheint das Bundesarbeitsgericht in Erfurt weitere Liberalisierungen zu wünschen, während das Bundesverfassungsgericht mit Rückgriff auf das Grundgesetz die geltenden Regeln bislang hochhält. Doch selbst wenn Karlsruhe

²⁸ <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/konservative-zu-arbeitsrechts-reform-kirche-verraet-ihre-sendung> Forum Deutscher Katholiken: Akzeptanz der Lehre weiterhin einfordern

²⁹ <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/experte-kirchliches-arbeitsrecht-steht-vor-reform>

die Kirchen weiterhin stärken sollte – viel helfen dürfte ihnen das nicht. Denn auch die neue Regierung scheint interessiert, die Unterschiede zwischen weltlichem und kirchlichem Arbeitsrecht einzuebnen.

Seit ein paar Jahren befasst sich im Stillen eine Arbeitsgruppe des Verbands der Diözesen Deutschlands (VDD) mit der Neufassung. Zuletzt gab es dazu eine größere Anzahl von kirchlichen Erklärungen – vor allem nach dem öffentlichen Bekenntnis von mehr als 100 „queeren“ Mitarbeitenden zu ihrer Lebenssituation. Während die meisten Bistümer offen ihre Sympathie mit den Betroffenen bekundeten und sich verpflichteten, ihnen nicht zu kündigen, will zumindest das Bistum Regensburg grundsätzlich an der seit 2015 geltenden Grundordnung festhalten. Eine Einigung wird für den Sommer angestrebt.

Ob und wie die Entwicklung den vor Ort für die Stellenbesetzung zuständigen Pfarrern helfen wird, bleibt ungewiss. Dem Stuttgarter Stadtdekan *Hermes* fehlen im Augenblick 50 von rund 800 benötigten Kindergärtnerinnen. Für *Hermes* ist klar: „Wir können nicht nur ans Arbeitsrecht ran, sondern müssen auch an der Lehre zur Sexualmoral kräftig etwas ändern. Ansonsten sind wir für viele als Arbeitgeber schlicht zu unsicher“³⁰.

Ich hoffe darauf, dass Sie, sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof, sich bei den entscheidenden Verhandlungen und Abstimmungen in der DBK für die gute alte, etwas liberale badische Haltung und Praxis einsetzen und einer offeneren Neufassung der GO zustimmen werden.

- *Religionsunterricht für alle im Klassenverband*

Was vor wenigen Jahren noch völlig undenkbar erschien, ist heute in vielen Bundesländern zum Alltag geworden: ein konfessionell-kooperativer Religionsunterricht. Da geht es nicht mehr um katholisch oder evangelisch (oder gar katholisch gegen evangelisch - und umgekehrt), sondern um christlich in unterschiedlicher konfessioneller Prägung, aber in ökumenischer Verbundenheit. So soll im Bundesland Nieder-

³⁰ <https://www.katholisch.de/artikel/33285-wie-geht-es-weiter-beim-kirchlichen-arbeitsrecht>

sachsen ab dem Schuljahr 2023/24 ein *christlicher* Religionsunterricht für evangelische und katholische Schülerinnen und Schüler gemeinsam erteilt werden. Er wird die zurzeit vorhandenen Formen des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts ablösen. Darüber hinaus soll er aber offen sein für alle anderen interessierten Kinder und Jugendlichen, Es handelt sich um ein benotetes Pflichtfach, das wie der bisherige konfessionell getrennte Religionsunterricht auch abiturfähig sein wird³¹.

Der Leiter der Hauptabteilung Bildung im Bistum Hildesheim, *Jörg-Dieter Wächter*, meint, dass sich aus der Schülerperspektive möglicherweise nicht viel ändern dürfte, weil die meisten von ihnen „die konfessionelle Spezifik des Religionsunterrichtes“ kaum noch wahrnehmen und als solche erkennen. „Die konfessionelle Differenz spielt im Erleben und im Leben der Menschen in unserem Bundesland immer weniger eine Rolle. Die Plausibilität, Kinder nach ihren Konfessionen zu sortieren, ist verloren gegangen“³².

Umfrageergebnisse zeigen eine gravierende Unkenntnis der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf christliche Grundaussagen. *Wächter* weist darauf hin, dass sich viel in der Begleitung des Religionsunterrichts ändern wird. „Wir werden die Fortbildungen als evangelische und katholische Kirche komplett gemeinsam machen. [...] Außerdem sollen die Lehrbücher so harmonisiert werden, dass man ein Lehrbuch hat, das von beiden Konfessionen gemeinsam zugelassen ist.“

Wächter gibt offen zu, dass die „religionsdemographische Entwicklung“ mitentscheidend war für diese Änderungen: „Wir Christen werden weniger.“ Gleichzeitig steigt der Anteil der Muslime in Deutschland rascher. Die Statistiken der letzten Jahre sprechen eine beredte Sprache. Zwi-

schen 1956 und 2019 hat sich der Anteil der evangelischen Bevölkerung in Deutschland von 50,1 auf 24,9 Prozent reduziert, der Anteil der katholischen Bevölkerung von 45,9 auf 27,2 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Muslime kontinuierlich an und wurde für das Jahr 2019 zwischen 5,3 und 5,6 Mio. geschätzt (6,3 bis 6,7% der Gesamtbevölkerung). Alle anderen Religionsgemeinschaften zusammen stellen knapp 1% der Bevölkerung in Deutschland. 38–39% der Menschen in Deutschland sind konfessionslos³³. Diese Entwicklung dürfte sich weiter fortsetzen und eher noch beschleunigen. In absehbarer Zeit könnte sich die Situation so darstellen: Christen 45 Prozent, Muslime und andere 10 Prozent, Konfessionslose 45 Prozent. Das liefe auf eine Dreiteilung des Unterrichts hinaus: Christlicher Religionsunterricht, islamischer Religionsunterricht, Ersatzfach Philosophie oder/und Ethik. Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt, dass sich die Muslime in verschiedene konfessionelle Richtungen und Minderheiten gliedern – in Schiiten, Sunniten, Aleviten, etc. – und dass es auch noch Buddhisten, Hinduisten, Juden, Orthodoxe Christen, Bahai u.a. gibt, die ebenfalls einen konfessionellen Religionsunterricht beanspruchen können, sofern eine vorgeschriebene Mindestschülerzahl erreicht ist und die entsprechenden Lehrkräfte vorhanden sind. Das bedeutet enorme organisatorische Herausforderungen für die Schulbehörden bei der Bereitstellung von hinreichend ausgebildeten Lehrkräften und für die Schulleitungen bei der Aufstellung von Stundenplänen. Im Hinblick auf das schwelende, nicht selten religiös motivierte Konfliktpotential unter den Schülerinnen und Schülern kommen weitere Probleme hinzu. Denn Religion hat nach Ansicht des Leipziger Religionswissenschaftlers *Christoph Kleine* eine „nicht zu unterschätzende Funktion als Mittel der Ab- und Ausgrenzung“. Die Abgrenzung gegen „das Fremde“ erfolgt vielfach über die Religion. Der Islam etwa gelte vielen als das Fremde schlechthin, das die eigene Kultur herausfordere.³⁴

Angesichts dieser Situation stellt sich die Frage, ob es sinnvoll und auf Dauer ziel-

³¹ Positionspapier der Kirchen: https://www.evangelische-konfoederation.de/damfiles/default/ev_konfoederation/nachrichten/Positionspapier-CRU_final.pdf-891701a2d3a19e5bc1f55d77d6af5daa.pdf; Schule und Recht (Niedersachsen): <http://www.schure.de/22410/33,82105.htm>. Inzwischen will auch der Freistaat Sachsen diese Form des Religionsunterrichts einführen: Kirchen in Sachsen erproben Kooperation beim Religionsunterricht Dresden (KNA) 6.9.2021.

³² Ebd.

³³ <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61565/kirche>

³⁴ KNA 10.09.2021.

führend wäre, in der gesamten Bundesrepublik mit enormem Aufwand einen „christlichen“ Religionsunterricht nach dem Vorbild Niedersachsens einzuführen. Ob es nicht richtiger wäre, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, sondern gleich einen Religions-Unterricht für Christen, Muslime, religiöse Minderheiten und Konfessionslose im Klassenverband für alle anzustreben. „Mit *Immanuel Kant* kann man behaupten, dass die praktische Vernunft ohne ein letztes Ideal, ein letztes Absolutes wie zum Beispiel einer letzten Gerechtigkeit nicht funktionieren kann. In ähnliche Richtung hat auch *Karl Rahner* argumentiert, wenn er von einem übernatürlichen Existential spricht. Jeder Mensch, der bei Vernunft ist, ist implizit auch auf etwas Absolutes ausgerichtet. Wer beispielsweise behauptet, dass es keine absolute Wahrheit gibt, behauptet das absolut und nimmt das Absolute zum Abstreifen selbst wieder in Anspruch.“ So der Erfurter katholische Philosoph *Eberhard Tiefensee*³⁵.

Hierzu könnte das Hamburger Modell Vorbildcharakter haben. Dort gibt es schon seit längerer Zeit einen gemeinsamen Religionsunterricht für Schüler aller Religionen – außer der katholischen. An diesem „Religionsunterricht für alle“ (Rufa) sind Aleviten, evangelische Christen, Muslime und Juden gleichberechtigt beteiligt – und künftig auch die katholische Kirche. Das Erzbistum Hamburg hat unlängst den Beitritt bei der Stadt Hamburg und den bereits beteiligten Religionsgemeinschaften beantragt. Diese haben bereits ihre Zustimmung signalisiert. Die Inhalte des „Rufa“ wurden im protestantisch geprägten Hamburg viele Jahre allein von der evangelischen Kirche bestimmt. 2019 wurde das Modell zu einem „Rufa 2.0“ weiterentwickelt, der seither gleichberechtigt von vier Religionen verantwortet wird. Alle Beteiligten dürfen eigene Religionslehrer entsenden. Die katholische Kirche hatte sich bislang nicht beteiligt, weil sie einen konfessionsgebundenen Unterricht bevorzugt. 2019 startete sie an ausgewählten Schulen ein Modellprojekt, um ihre Beteiligung zu prüfen. Das Erzbistum überzeugt an dem Modell nach eigener Darstellung vor allem, dass es sich nicht um einen neutralen, religionskundlichen

Unterricht handelt. Vielmehr soll der „Rufa“ gemäß dem Grundgesetz in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt werden. Das heißt, die jeweiligen Lehrer müssen der Religionsgemeinschaft angehören, die sie vertreten. Gegensätze zwischen den Religionen und Konfessionen sollen klar benannt werden. Bischof *Heße* deutete an, dass der Beitritt des Erzbistums im Kreis der deutschen katholischen Bischöfe teils auch mit Skepsis betrachtet wird. Für ihn sei die ökumenische und interreligiöse Zusammenarbeit im Religionsunterricht jedoch „eine dem Frieden dienende Kooperation“³⁶.

Eigentlich müsste vor allem den christlichen Kirchen an der Einführung eines solchen, den Begriff „Religion“ sehr weit fassenden und die etablierten Religionsgemeinschaften übergreifenden Unterrichts gelegen sein. Papst *Franziskus* hat wiederholt die „Evangelisation“ als wichtigste Aufgabe der Kirche von heute angemahnt. Statt sich von anderen abzukapseln, könnten die Christen in missionarisch-werbender Weise andersgläubigen und nichtgläubigen Schülerinnen und Schülern in fairem Dialog ihr Modell von Menschsein vorstellen, das Politiker so oft als das „christliche Menschenbild“ beschwören. Der ehemalige Kulturstaatsminister *Michael Naumann* sagte einmal, Hauptaufgabe der Kirchen und Religionsgemeinschaften sei es, die Gottesfrage in der säkularen Gesellschaft wachzuhalten oder sie wieder zu wecken. Ein weiter entwickeltes und den Erfordernissen von heute angepasstes Unterrichtsfach „Religionsunterricht für alle“ – oder wie immer es in Zukunft heißen wird – wäre ein geeignetes Instrument dafür.

Das grundsätzliche Problem: die „Gotteskrise“

Die vielen Probleme, deren Lösung Sie und alle Mitarbeitenden bei dem Projekt „Pastoral 2030“ angehen wollen, berühren leider kaum das viel tiefer liegende Grundproblem: die „Gotteskrise“. Dass hier die „Wurzel aller Übel“ zu suchen ist, zeigen die nahezu gleichen Austrittszahlen aus der katholischen und der evangelischen Kirche, obwohl diese von Missbrauchsskandalen (noch) nicht so stark belastet ist.

³⁵ Eberhard Tiefensee, Kirche hat eine Stellvertreterfunktion, in: Herder Korrespondenz 12/2016, 17.

³⁶ KNA aktuell, 22. April 2022; <https://www.kna.de> imprimatur, Heft 2, 2022

Bereits 1994 warf *Johann Baptist Metz* die Frage auf, ob wir uns nicht in einer tiefen „Gotteskrise“ befinden.³⁷ Wenig später kam *Michael Ebertz* zu dem gleichen Ergebnis: Alle einschlägigen sozialwissenschaftlichen Erhebungen belegen „eine Beschleunigung der Erosion des Gottesbegriffs als einer Grundkonsensformel in der Bevölkerung, eine Pluralisierung der Gottesbilder und vor allem, dass spezifisch christentümliche Gottesvorstellungen immer weniger einen gesellschaftlichen Grundkonsens abgeben können, da sie [...] nur noch von einer Minderheit mit Zustimmung akzeptiert werden.“³⁸ Auch Kardinal *Lehmann* stimmte in diese Weck- und Warnrufe ein: „Bald nach dem Konzil wurde deutlich, dass die Gottesfrage in eine grundlegende Krise kam. Das Konzil konnte noch relativ beruhigt von Gott reden und das Bekenntnis an ihn voraussetzen. Inzwischen sind alle Selbstverständlichkeiten, wenn sie es je waren, in diesem Bereich Vergangenheit. Eine schleichende Säkularisierung, die sich steigert, aber keineswegs unumkehrbar sein muss, hat auch radikal und tief das religiöse Bewusstsein erfasst. Alles kommt darauf an, stets wieder von neuem das Antlitz des lebendigen Gottes zu suchen. Darum steht eine Erneuerung der Frage nach Gott an erster Stelle aller Aktivitäten“³⁹. Neuerdings zeigen auch die beiden „Sinus“-Studien (2005 und 2013) diese Tendenz⁴⁰.

Die tradierten Glaubenssätze (Credo) und die bisher dominierende Theologie werden massiv in Frage gestellt. Ein intensives Neu-Denken der Gottesfrage, der Christologie, der Trinitätslehre, der „Erbsündenlehre“ und schließlich der Ekklesiologie sind dringend und im wahrsten Sinn des Wortes *Notwendig* geboten – eine heikle Mammutaufgabe für die beiden christlichen Kirchen – an die orthodoxe, östliche Theologie dürf-

te kaum heranzukommen sein. Der katholischen Theologie steht zusätzlich noch eine Neu-Ausrichtung der Dogmen der letzten 150 Jahre ins Haus (Unfehlbarkeitsdogma, Jurisdiktionsprimat, Mariologie).

Sicher, das kann nicht die Aufgabe des Projekts „Kirchenentwicklung 2030“ sein. Hier ist die gesamte Ökumene gefragt. Aber die nur kurz angezeigten Probleme sollten bei aller strukturellen und pastoralen Planung unterschwellig mitgedacht und mitbeachtet werden. Alle noch so gut durchdachten Strukturveränderungen und Pastorkonzepte werden letztlich scheitern oder zumindest wenig Frucht bringen, wenn hier nicht nach Lösungen gesucht wird. Wenn nicht auch bei der „Masse“ der Gläubigen behutsam, aber bewusst und gezielt ein Paradigmenwechsel eingeleitet und da oder dort versuchsweise - auch vielleicht in „offiziellen“ kirchlichen Äußerungen – zur Sprache gebracht wird (im Wortsinn!). Prediger, Theologinnen und Theologen, Religionslehrerinnen und Religionslehrer sollten nicht gleich gemaßregelt werden (wie im berühmt-berüchtigten Fall *Küng!*), wenn sie neue Formulierungen öffentlich vortragen.

Zum Schluss

Sehr geehrter, lieber Herr Erzbischof! Ich habe mir erlaubt, Ihnen eine ganze Menge Probleme vorzutragen, die mich belasten. Und viele andere, die (noch) mit der Kirche fühlen. Denen das Wohl und Wehe der Kirche am Herzen liegt. Ich tue das in der Form eines Offenen Briefes, um auch diesen Menschen von der Sorge mitzuteilen, die mich seit Jahren – und in meinem hohen Alter mehr und mehr – umtreibt. Ich bin mir bewusst, dass eine rasche Lösung – wenn überhaupt! – nicht erreichbar ist. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf. Spero contra spem.

Ich grüße Sie herzlich und wünsche Ihnen Gottes Segen und Erfolg für das Projekt „Pastoral 2030“

Norbert Scholl

³⁷ J.B. Metz, Gotteskrise. Zur „geistigen Situation der Zeit“, in: Diagnose zur Zeit, Düsseldorf 1995, 158-175.

³⁸ M.N. Ebertz, Erosion der Gnadenanstalt? Zum Wandel der Sozialgestalt von Kirche, Frankfurt 1998, bes. 117-119.

³⁹ Karl Lehmann, Hermeneutik für einen künftigen Umgang mit dem Konzil. Vortrag beim Theologischen Forum der Otto-Friedrich-Universität Bamberg am 22. Januar 2004. Daraus: 5. Blick in die Zukunft (http://www.bistummainz.de/bistum/bistum/kardinal/texte/texte_2004/konzil.html).

⁴⁰ <http://www.ksta.de/blob/view/21544776,17560427,data,Sinus-Studie.pdf>

Hermann Häring

Die Wiederkunft Christi

Zu einem Buch von Bernhard Scherger, *Jesus von Nazareth. Mein Leben, ein Schrei nach Gerechtigkeit und Liebe*,

tribution GmbH, Hamburg 2012, ISBN 978-3-347-22327-1; ISBN 978-3-347-22379-0; ISBN 978-3-347-22328-8

Wir wissen es alle: Die christlichen Kirchen vermögen es nicht mehr, wissenschaftlich und demokratisch geprägte Gesellschaften von ihrer Kernbotschaft zu überzeugen. Die Mitgliederzahlen gehen ebenso dramatisch zurück wie ein Grundwissen über die christliche Botschaft; wir sprechen von Säkularisierung. Was aber ist die christliche Kernbotschaft und was Säkularisierung? Schon der Inhalt dieser Begriffe ist umstritten, und seit über 100 Jahren wird erfolglos über diese Phänomene diskutiert. Es gelingt den Kirchen nicht einmal mehr, für eine gemeinsame Diskussionsbasis zu sorgen. So ist das gegenwärtige Christentum unversehens in eine hochkomplexe Krise geschlittert, die in Westeuropa stärker als in anderen Kulturräumen empfunden wird. Ebenso – wen würde es wundern? – ist die Suche nach den Auswegen schwierig.

I. Die ausweglose Situation

1.1 Auswege

Die einen suchen den Rückweg zur Kernbotschaft durch eine überzeugende Nachfolge. Damit haben sie in jedem Fall recht. Wo nämlich eine unglaubwürdige Lebenspraxis das Glaubenszeugnis Lügen straft, muss alle Erneuerung misslingen. Doch eine glaubwürdige Lebenspraxis reicht nicht aus. Die spezifische Motivation, also das Unterscheidende des christlichen Glaubens und anderer Glaubensgestalten bedarf einer überzeugenden Auslegung; es gibt keine Religion an sich, sondern nur konkrete Religionen.

Die anderen suchen den Rückweg zur Kernbotschaft, indem sie die biblischen Texte möglichst genau und „treu“ wiederholen. Ich denke an evangelikale, vielleicht pietistische oder charismatische Kreise. Doch tendenziell verkürzen sie die Bibel (oder zentrale Teile von ihr) zu einer distanzlosen, scheinobjektiven Beschreibung von Wirklichkeiten und Verhaltensregeln. Wenn die Bibel von sechs Schöpfungstagen spricht, dann ist die Erde eben in sechs Tagen geschaffen. Wenn von Jungfrauengeburt die Rede ist, dann muss im Sinn der Biologie von einer Jungfrau die Rede sein. Dabei sind auch die „Bibeltreuen“ alle interpretierend am Werk. Man denke etwa an die 5 Kernsätze (fundamentals), auf die sich der amerikanische Fundamentalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts geeinigt hat; alle fünf leben von ihrem Gegensatz zum gegenwärtigen Weltbewusstsein. So kommt die Bibel nur noch in gegenwarts-kritischen, polemischen Zusammenhängen zur Geltung.¹ Die Bibel wird vom Fundort religiöser Lebenserfahrungen zum normgebenden marker (Ch. Taylor), der das christliche Leben umfassend normiert, in richtig und falsch unterscheidet und faktisch aus dem Gegensatz zur kritisch reflektierenden Moderne lebt. Dieser Fundamentalismus muss noch keine Gewalt bedeuten, aber seine Grundhaltung begünstigt gewaltaffine Strukturen.

Eine dritte Gruppe entdeckt die Kernbotschaft in alten kirchlichen Traditionen, etwa in der Erbsündentheorie, der zufolge wir alle von Geburt an mit Adams Ursünde belastet sind und der Erlösung bedürfen, oder in der altkirchlichen Lehre von Jesus Christus: „Sohn Gottes, Gottes eingeborener Sohn, der aus dem Vater geboren ist vor aller Zeit, Gott von Gott, Licht vom Licht, wahrer Gott vom wahren Gott, gezeugt nicht geschaffen, eines Wesens mit dem Vater; durch ihn ist alles geschaffen“. Wer diese Kurzformeln wirklich verstehen will, muss erst einige Jahre griechische

¹ Die fünf *fundamentals* sind: Irrtumslosigkeit und Autorität der Bibel, Gottheit Jesu Christi, Jungfrauengeburt und Wunder, sein Tod für die Sünden der Menschen, seine leibliche Auferstehung und seine Wiederkunft. Hinzu kommen später eine massive Kritik an der Evolutionstheorie, eine strenge Sexualmoral, die Ablehnung der Homosexualität, sowie der Abtreibung.

Philosophie studieren. Diese hochkirchlichen Konservativen übersehen, dass ihre Formeln schon ein Übermaß an zeitgebundener Interpretation enthalten. Überhaupt verdrängt ihre harmonistische Versöhnungsformel von „Schrift und Tradition“ die Tatsache, dass zwischen Schrift und späteren Traditionen oft massive Kämpfe ausgetragen wurden, die bis heute noch nicht wirklich ausgefochten sind.²

Eine vierte Gruppe, der meine ganze Sympathie gilt, geht entschlossen den vielen inneren, oft unausgeglichenen Stimmen nach, die in den biblischen Texten selbst schon zum Klingen kommen und oft übersehen werden. Die historisch-kritische Auslegung ist vielleicht die wichtigste Methode, die zu einem umfassenden Durchbruch geführt hat, denn als erste hat sie die Eigen-dynamik und innere Mehrstimmigkeit der jeweiligen Schriften respektiert. Doch die historisch-kritische Methode wirkte als Türöffner für weitere Methoden, die sich unweigerlich dazugesellten. Hier sind sie nur anzudeuten: strukturalistische, psychologische und soziologische Auslegungen, rezeptionstheoretische und kontextuelle sowie ideologiekritische und emanzipatorische Wege. Entfalten sie mehr Überzeugungskraft?

In dieser Methodenvielfalt haben sich wichtige Ausgangspunkte geändert. Wir haben gelernt, Jesus als Menschen in seinen verschiedenen Lebensbezügen ernst zu nehmen und können überzeugender als früher die kirchenfreundliche Jenseitsfalle überwinden, die das Heil erst nach dem Tod kommen sieht. Wir tasten noch immer der Frage nach, was der „historische“ Jesus eigentlich mit Reich Gottes meint. Überhaupt können wir die christliche Kernbotschaft klarer als vor einigen Jahrzehnten in der Erinnerung an Jesus von Nazareth identifizieren, an seiner Bergpredigt und seinen Gleichnissen, in seinem Umgang mit denen, die der Hilfe bedurften. Die weitere Entwicklung der (nachjesuanischen) Botschaft beginnt schon im Neuen Testament und die jüdischen Schriften werden zur breiten Basis, auf die sich Jesus bezogen und die er kritisch-selbstkritisch ausgelegt hat.

² Leider wird dieses fruchtbare Konfliktpotential auch im aktuellen Grundsatzpapier des Synodalen Weges verdrängt und kann so die ihm gestellte Aufgabe nicht erfüllen.

Doch Hindernisse stehen auch dieser Entwicklung im Weg. Nicht zu unterschätzen ist zum einen die intellektuelle Trägheit der etablierten Kirchen, sich noch immer für die allein wahren Glaubensboten halten. Hinzukommt eine gefährliche Vielfalt der neuen Erkenntnisse. Viele (oft schon Studierende) sehen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr und spielen die Resultate gegeneinander aus. Sie fühlen sich von immer neuen Widersprüchen überrascht und werden dadurch bis ins Unerträgliche verunsichert.

1.2 Postmoderne Vielfalt

Bei dieser Schwierigkeit kann nur ein postmodernes Bewusstsein weiterhelfen, das nicht mehr die eine Wahrheit, sondern diese in der Vielfalt ihrer Äußerungen sucht. Auf der Ebene unserer Sprache und unseres Begreifens gibt es offensichtlich die eine Wahrheit Jesu ebenso wenig wie ihre einzig gültige Auslegung. Wir müssen lernen und im ständigen Gespräch bleiben: Die Wahrheit Jesu (wie die Wahrheit überhaupt) gibt es nur im gegenseitigen Dialog und in der offenen Debatte, in der ständigen Korrektur und Neuformulierung - oder eben in Erzählungen, die ohne immer neue Interpretationen überhaupt nicht zu haben sind. Hubertus Halbfas war einer der großen Wanderer durch diese labyrinthischen Wegenetze, die sich durch die Glaubenslandschaft ziehen. Er richtete die Aufmerksamkeit auf das Medium der Sprache selbst.

In den 90er Jahren erschien in den Niederlanden ein Buch mit dem rätselhaften Titel „Der Sarkophag des Wortes“.³ Im Gefolge des Philosophen Jacques Derrida (gest. 2004) spricht der Autor vom Johannes-evangelium als einem Sarkophag, in dem das WORT (= der göttliche Logos) gefangen ist, weil es eben in Worte gefasst ist, von denen ein jedes auch anders hätte lauten können. Es kann also nie eindeutig werden. Jede Formulierung, auch jede der großen johanneischen Formeln, ist von Mehrdeutigkeit umgeben. In jeder Bedeutung, die ich diesen Worten beim Verstehen begeben muss, beinhaltet der Unterschied auch einen Aufschub. Denn sobald ich eine unbestreitbare Wahrheit entdecke, bin ich

³ Patrick Chatelion-Counet, *De sarcofaag van het woord. Post-moderniteit, deconstructie en het Johannesevangelie*, Kampen 1995.

vielleicht der erste, der sie in die Welt gesetzt hat.

Doch das Prinzip von Derridas De-Konstruktion⁴ wurde nicht als eine neue Zusammenfügung, sondern als eine de-struktive Zerstörung der Glaubensbotschaft aufgefasst. In Wirklichkeit aber ist die positive Wirkung und Zielsetzung dieses Konzepts nicht zu übersehen⁵, denn ein de-konstruktives Vorgehen eröffnet Bedeutungsschichten, die einer rein historischen, logischen oder empirisch-wissenschaftlichen Interpretation gar nicht offenstehen. Diese De-Konstruktion kann und will nie die einzige wahre Deutung offenlegen, denn es gibt sie nicht; jede Bedeutung hat ihre Vorgängerinnen, zeitgenössischen Präzisierungen späteren Zuspitzungen.

Zurück zu Halbfas: Die Bedeutung zumal religiöser Symbole und Texte ist nie definitiv festzulegen, immer offen, in neuer Weise deutbar, und die Leistungsfähigkeit eines Symbols zeigt sich gerade darin, dass sie einen unerschöpflichen Schatz von Deutungen in sich trägt: Licht, Quelle, Geburt, Herz, Leben Deshalb sollten bei unseren diktatorischen Glaubenswächtern nicht diejenigen in Verruf kommen, die neue Deutungen entwickeln und prompt der Häresie verdächtigt werden, sondern diejenigen, die die Botschaft Jesu in immer demselben Sarkophag konservieren und mit demselben Etikett versehen, das vielleicht vor 1500 Jahren so formulierte wurde, heute aber Missverständnisse produziert oder auf blankes Unverständnis stößt. Hier wird Unbeweglichkeit mit Wahrheitstreue verwechselt.

Wie schwer den Kirchen diese Offenheit für neue Bilder und Sprachen, für neue Welt-erklärungen und Kirchenstrukturen fällt, lässt sich in den aktuellen Diskussionen und Prozessen des Synodalen Weges ablesen. Auch diese auf Erneuerung bedachte, von anerkannten Theologinnen und Theologen inspirierte Diskussionsgemeinschaft brachte es (noch) nicht fertig, den gebotenen Aufbrüchen einen angemessenen Freiraum zu gewähren, in dem sie sich angemessen entfalten können. Ich möchte noch einen Schritt weitergehen. Postmoderne De-

Konstruktion ist nicht mit Beliebigkeit zu verwechseln; anything goes ist nicht ihre Devise. In Sachen Erneuerung und Gerechtigkeit (die dem Juden Derrida sehr am Herzen lag) braucht es zunächst eine entschiedene und entschlossene Kritik. Was verhärtet ist, muss erschlossen und gebeugt werden.

Kommen wir zum christlichen Glaubensverständnis zurück: Mein großes Vorbild ist heute noch Rudolf Bultmann, der mit seinem Programm der Entmythologisierung einen Paradigmenwechsel von unabsehbarer Reichweite schlicht dadurch einleitete, dass er aller historischen und sprachlichen Naivität mit der Frage begegnete, was das Neue Testament für die Menschen seiner Zeit existentiell bedeutet (man nannte das existentielle Interpretation). Ganze theologische Fakultäten (dieses Mal evangelische) brachte er gegen sich auf und in Marburger Kreisen wurde er einfach „der Ketzer“ genannt. Sie sollten nicht recht behalten. Dennoch musste später auch an diesem Meisterdenker Kritik geboten sein, wie sie inzwischen auch an tiefenpsychologischen, den real existierenden Befreiungstheologien und feministischen Schriftauslegungen erlaubt ist. Das schmälert Bultmanns epochale Bedeutung nicht. Im Gegenteil, uns allen würde es guttun, uns an den Wissenschaftstheoretiker Karl Popper (gest. 1994) zu erinnern. Nach ihm ergibt sich der Erkenntnisfortschritt nicht aus Verifikationen, die versuchen, neue Positionen möglichst klar zu beweisen und unbeschädigt zu erhalten, sondern aus Falsifikationen, die die Mängel und Fehler einer Theorie ständig korrigieren und so voranbringen. In den empirischen wie in den hermeneutischen Wissenschaften kann ich nur eine definitive Wahrheit erreichen, indem ich ihr keinen definitiven Charakter zugestehe. Gemäß theologischer Sprachgebung bliebe sie ohnehin ein striktes Geheimnis. Vielleicht war es der große Irrtum der rational fixierten Moderne, dass sie den Sprachsarg, in dem sie ihre Wahrheiten vorfand, für das bare Leben hielt. Ohne Interpretation bleibt jedes Wort toter Buchstabe. Deshalb kann die Suche nach der Wahrheit nie an ein definitives Ziel kommen. Sie erfordert eine kontinuierliche Korrektur, danach eine Korrektur der Korrektur, den steten Rückbezug auf neue Erfahrungen, den ständigen Dialog mit Engagierten und Be-

⁴ Jacques Derrida, *Grammatologie*, Hamburg ³1990; ders., *Die Schrift und die Differenz*, Hamburg 2011

⁵ S. auch *Rob Plum*, *Spoken over God. Een theologische vergelijking tussen het symboolbegrip van Paul Ricoeur en Ernst Bloch*, Kampen 2005

troffenen, in denen eine Wahrheit zu einer neuen Wirklichkeit werden will.

1.3 Die Leichtigkeit des Spiels

Dies zu wissen ist tröstlich, denn es befreit uns vom apriorischen Zwang zur „richtigen“, absolut wahren Interpretation und nimmt uns die Angst vor dem Irrtum. Eine endgültige, rechtlich einklagbare Interpretation wird nur von Instanzen gefordert, die sich eine endgültige Definitionsmacht anmaßen; wir kennen sie. Wir haben dagegen die Pflicht (und das Recht), an unseren Produkten unsere bescheidenen Dosenöffner zu erproben, bis es uns gelingt, einen Lichtstrahl in den Sarkophag des Wortes zu senden. Erst nach vollbrachter Tat kann sich zeigen, ob und wie uns diese Öffnung gelingt.

Das gibt der Suche nach der jesuanischen Kernbotschaft auch die Leichtigkeit des Spiels, der denkerischen und der sprachlichen Kreativität. Die Leben-Jesu-Forschung war so ein (wenn auch überholter) Versuch, eine glaubwürdige Antwort auf die Frage zu geben: „Wer ist dieser Jesus?“. Hans Küng brachte den Jesusbericht auf die wissenschaftlich geforderte Höhe seiner Zeit, nicht indem er ihn analysierte, sondern ihn zum Schrecken der Glaubenshüter wieder auf das Niveau einer Erzählung hob. Aus soziologischer und psychologischer Sicht wurden andere Entwürfe entwickelt, teils bestätigt, teils wieder aufgegeben. Andere suchen erfolgreich den Dialog mit der Philosophie oder mit anderen Religionen, die die christlichen Vorstellungswelten ergänzen und vertiefen können. Oft wird übersehen, dass ästhetisch-literarische Formen denselben Anspruch auf Wahrheit erfüllen können. Deshalb würde sich die Anstrengung lohnen, im Laufe der Zeit unterschiedlichen Versuchen dieser Art nachzugehen und sie auf ihre Wirkung hin abzuklopfen.

II. Der Entwurf von B. Scherger

Einen originellen Ansatz habe ich in einer Publikation aus dem Jahr 2021 entdeckt. Das Buch von Bernhard Scherger⁶, über 30 Jahre Gymnasiallehrer in den Fächern Deutsch, Philosophie und Religion, hat das

⁶ Bernhard Scherger, *Jesus von Nazareth. Mein Leben, ein Schrei nach Liebe und Gerechtigkeit*, Hamburg 2021.

Scheitern der überlieferten Denkschemata und Glaubenssätze miterlebt und seine Übersetzungsversuche dem kritischen Diskurs junger Menschen ausgesetzt. Ihm ist wohl früh schon klar geworden: Das Wiederkäuen von rationalen Argumenten, die Wiederlegung der klassischen Religionskritik und die gängigen Schönheitskorrekturen an der traditionellen Dogmatik oder am Katechismus haben keine Zukunft. Er bahnte sich einen unerwartet neuen Weg, statt sich an das bewährte Schulwissen über Jesus von Nazareth und die frühe Kirche zu klammern. Selbst der strikt wissenschaftlich-historische Rückgriff auf die Ereignisse des Lebens Jesu führte ihn nicht weiter, nachdem deren Interpretationen eine endlose, oft widersprüchliche und mühsam wirkende Vielfalt erreicht hatten.

2.1 Die Fiktion der Wiederkunft

So entschied sich Scherger für eine überraschende literarische Fiktion, die deutlich (und das ist wichtig) als Fiktion erkennbar ist: Er griff die Idee des iranischen Autors Said Mirhadi (SAID) auf, der 2018 ein Büchlein mit dem Titel „Jesus von Nazareth“ veröffentlicht hat.⁷ Jesus kehrt auf die Erde zurück, um die Menschen für Liebe und Gerechtigkeit zu gewinnen. Scherger präsentiert diese Wiederkunft als einen Traum, in dem Jesus den Kirchen die Leviten liest, seine eigene Geschichte in Erinnerung ruft und die Geschichte der Kirche seiner leidenschaftlichen Kritik aussetzt.

Die Gliederung in sechs Kapitel folgt einem klassischen Schema. Nach der einleitenden Explikation des (1) Traumes als der tragenden Szenerie berichtet Jesus von (2) seiner Kindheit und Jugend in Galiläa. Es ist die Kindheit eines normalen Jungen, dem später fromme Geburts geschichten zugerechnet werden, der aber in bescheidenen Verhältnissen aufwächst, in seiner Ungeduld anderen bisweilen auf die Nerven geht, der seine vermutlich außereheliche Abstammung akzeptiert, allmählich in seine jüdische Glaubenstradition hineinwächst und von seiner Mutter stets mit großer Liebe begleitet wird, bis er später im Bewusstsein seiner eigenen prophetischen Berufung (zu der er sich noch nicht öffentlich bekennt) von seiner ratlosen Familie Abschied nimmt, die ihn nicht mehr ver-

⁷ SAID, ich, *Jesus von Nazareth*, Würzburg 2018.

steht, sondern für „von Sinnen“ hält.

Es folgt (3) das große Kapitel, in dem Jesus von seinem öffentlichen Wirken berichtet, seine prophetische Berufungsbestätigung bei Johannes dem Täufer erfährt, seine öffentlichen Erfolge und Misserfolge bedenkt und seinen Entschluss zum Weg nach Jerusalem gegen Petrus durchsetzt. Dort fordert er die Hohenpriester zu einer Entscheidung heraus. Sie lassen ihn nach der Störung der Tempelordnung verhaften und verurteilen ihn wegen Gotteslästerung zum Tod. Die römische Macht erfährt ihn als Gefahr ihrer öffentlichen Ordnung und schließt sich dem jüdischen Urteil an und richtet ihn unter schlimmsten Qualen am Kreuz hin. Wer sich in der Exegese auskennt, erkennt sofort, wie der Autor hier sorgsam unser Wissen über Jesus aufgenommen, verarbeitet und in die Ich-Perspektive übertragen hat, - Jetzt erscheint es im Modus eines wachsenden Bewusstseins, Zweifelns, Gelingens und Scheiterns.

Noch höhere Anforderungen stellen sich dem Autor (4) bei Jesu Geschichte nach seinem Tod. Mit genauem historisch-kritischem Wissen und einer ausgefeilten Kompositionskunst stellt er den Werdegang des christlichen Glaubens in seinen verschiedenen Stufen dar. Dazu gehört die allmähliche Neuorientierung der Jünger mit Hilfe der prophetischen Tradition. Dann lässt der Autor Petrus zu Wort kommen, der Entstehung und Aussagekraft der Auferstehungs- und Erscheinungstraditionen schildert. Schließlich tritt Paulus in das Zentrum des Interesses. Nach Scherger hat er die Sache Jesu besser verstanden als die Apostel vor ihm. Im Hohen Lied der Liebe greift er die jesuanische Botschaft von einem liebenden Gott auf, der sich in jedem Geschöpf offenbart. An diesem Punkt erreicht Paulus (so der Autor) ein Niveau, das die Grenzen seiner jüdischen Tradition ebenso überschreitet wie die Grenzen einer jeden anderen Religion. Warum ist ausgerechnet diese Botschaft von Gottes grenzenloser Liebe und Gerechtigkeit verworfen worden? Warum hat ausgerechnet das Volk der Juden Jesu Botschaft von Liebe und Gerechtigkeit missverstanden? Paulus findet zu folgender Antwort: „Gott selbst hat alle [Religionen] in die Verhärtung geführt, um sich aller neu zu erbarmen“ (S. 198; vgl. Röm 11,32).

2.2 Die neue Botschaft

An diesem Punkt ist der Autor bei der christlichen Kernbotschaft für unsere Gegenwart angekommen. Sein Traum wird zur Vision. Jesus musste die äußerste Erniedrigung erfahren, um sich Gott ganz überlassen und in dieser Liebe auferstehen zu können.

In diesem seinem Schicksal werden die Grenzen aller Religionen, aber auch ihre neuen Chancen offenbar. Deshalb folgt am Schluss (5) Jesu „Gerichtswort“ über die Religionen. Hier wird vor allem die ungeheure Gewalt-, Arroganz- und Schuldgeschichte des Christentums gegenüber den eigenen Gläubigen, den anderen Religionen, Kulturen und der modernen Wissenschaft aufgedeckt. Zugleich geht es um die Entlarvung der Gewaltgeschichte anderer Religionen und Ideologien.

Erst jetzt ist die (6) visionäre Zukunfts- und Friedensgeschichte aller Religionen vorbereitet, in der der Autor nicht nur die christliche, sondern eine universale, global religiöse Kernbotschaft entdeckt. Die großen Vertreterinnen und Vertreter der bekannten Weltreligionen begegnen sich zum großen und endgültigen Weltgespräch: Sie alle werden – höchst sachkundig und kunstvoll - in einen globalen Gesprächsgang verknüpft: Buddha und Abraham, Moses und Hosea, Zarathustra, Hamurabi, Elias und Mohammed, Halladsch, Afghani und Bab, Kungfutsu, Laotse und Meister Eckhart, Martin Luther King, Mohandas Gandhi und Dietrich Bonhoeffer, Augustinus und Johannes vom Kreuz, König David, Franz von Assisi, Nikolaus von Kues und Charles de Foucauld, aber auch Maria von Magdala und Elisabeth von Thüringen. Edith Stein, und Miriam, Hildegard von Bingen, Theresa von Avila, Theresa von Lisieux und Simone Weil. Inmitten dieses Chores von Zeugen steht Jesus selbst, der zusammen mit allen das Ende des allreligiösen Versagens und für alle den kommenden Frieden verheißt. Sie alle kündigen den Beginn einer großen Zeitenwende an: „Euer Gott ist schon als die geheime Liebe in Eurer Mitte“.

2.3 Ein visionärer Wurf

Ich halte dieses Buch des Autors Scherger für einen großen visionären Wurf. Auf keiner Seite wird unreflektiert dahergeredet

und die Chancen dieser literarischen Fiktion werden genutzt. Die christliche Kernbotschaft ist in ihrer Entstehungsprozesse eingetaucht und wird kontinuierlich mit ihrem Versagen konfrontiert. Glaubensüberzeugungen verlieren ihre bleierne Schwere und werden zum verbindenden Kitt der Wirklichkeit. Zum Schluss steht eine globale Friedensvision, die uns nicht kalt lassen kann.

Es ist, wie oben ausgeführt, ein möglicher Ansatz unter den vielen notwendigen Versuchen. Aber es ist auch ein Versuch, dem es nicht fehlt an wissenschaftlichem Vorwissen, religiöser Sensibilität, notwendigem Zeitbewusstsein sowie an pädagogischer Erfahrung. Man mag an die Kapitel 2 und 3 die Frage stellen, ob sie nicht noch eng an der Leine historisch-kritischer Fachdiskussionen geführt werden. Bei Kapitel 4 mögen manche die Inhalte neu koordinieren. Doch in Kapiteln 5 und 6 ist der Autor ganz bei sich und seiner Sache angekommen. Leserinnen und Leser hören überrascht eine wortgewaltige Rede nicht des toten, sondern des lebenden Christus vom Weltgebäude herab. Es ist eine Vision, die eine global religiöse Dimension erreicht. Ich kann dieses Buch nur zur gründlichen Auseinandersetzung empfehlen.

Werner Müller

Der Ukraine-Krieg und die christlichen Kirchen. Ein grober Überblick

Die christlichen Kirchen(führer) kamen nicht umhin, zu dem am 24. Februar 2022 begonnenen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine Stellung zu beziehen.

Sarkastisch formuliert, tat sich der Moskauer **Patriarch Kyrill I.** dabei am leichtesten. Er befürwortete von Anfang an vorbehaltlos den Kriegskurs Putins als „metaphysischen Kampf“ des Guten gegen das Böse aus dem Westen. Dieser Kampf recht-

fertigt all das Leid, er sieht Christus in diesem Kampf als Triumphator an der Seite Putins. Mit diesem zeigte er sich erstmals öffentlich seit Kriegsbeginn beim Ostergottesdienst in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale. Er predigte, alle Christen stünden auf der Seite des „endgültigen Sieges der Wahrheit“, egal wie schwierig ihr Alltag sei. Putin begrüßte in seinen persönlichen Osterglückwünschen an den Patriarchen die „fruchtbare Zusammenarbeit“ mit der orthodoxen Kirche, diese leiste damit einen „großen Beitrag zur Förderung traditioneller Werte in der Gesellschaft“; Ostern erwecke in den Menschen „den Glauben an den Sieg des Lebens, des Guten und der Gerechtigkeit“. Auf welcher Seite diese anzusiedeln sind, ist in seinen Augen natürlich eh klar.

Andere orthodoxe Kirchenführer haben es da schon schwerer als Kyrill. **Metropolit Epiphanius**, das Oberhaupt der 2018 gegründeten „Orthodoxen Kirche der Ukraine“, ist Kyrills Antipode und seit langem einer seiner schärfsten Kritiker. Allerdings gedachte er bisher noch in der Liturgie des russisch-orthodoxen Patriarchen, wie es in den orthodoxen Landeskirchen Brauch ist; nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine hörte er damit auf. In seinem am 26. April veröffentlichten Osterbrief forderte er die gesamte Orthodoxie auf, „die Verbrechen gegen das friedliche ukrainische Volk“ zu verurteilen, und ebenso „die Worte und Taten des Moskauer Patriarchen“. Er hat aber seinerseits die Schwierigkeit, dass seine Kirche im Gegensatz zur ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats steht und bisher nur vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel sowie wenigen orthodoxen Landeskirchen offiziell anerkannt ist; deren Mehrheit lehnt die eucharistische Gemeinschaft mit ihr weiter ab. Aber die orthodoxen Kirchen des Moskauer Patriarchats in der Ukraine und Belarus haben sich entsetzt und kritisch über den Krieg geäußert. Rund 260 Moskau unterstehende ukrainisch-orthodoxe Geistliche fordern in einem Appell ein „Internationales Kirchentribunal“; ein Konzil solle Kyrill absetzen und Russlands Krieg gegen die Ukraine verurteilen.

In einer anders gearteten zwiespältigen Situation befindet sich das Oberhaupt der

römisch-katholischen Kirche, **Papst Franziskus**. Zwar hat er den Krieg von Anfang an klar und scharf verurteilt, aber wochenlang den Aggressor nicht beim Namen genannt. In einer Friedensandacht empfahl er beide im Krieg befindlichen Länder der Fürsprache der Gottesmutter, am Karfreitag ließ er eine junge Russin und eine junge Ukrainerin gemeinsam das Kreuz tragen. Diese „ausgewogene Botschaft“, die von Hilarion, dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats und damit zweitem Mann, ausdrücklich gelobt wurde, verdankt sich der Tradition der päpstlichen Diplomatie, sich nicht auf eine Konfliktseite ziehen zu lassen, im speziellen Fall der Hoffnung, zwischen Moskau und Kiew vermitteln zu können. Diese Sicht auf den Ukraine-Krieg wird von verschiedenen (westlichen) Kritikern als unkonkret und defizitär zurückgewiesen: Das Metaphysische enthebe von der konkreten (Geo)Politik.

Franziskus beansprucht, als „Priester“ zu sprechen, nimmt aber gleichzeitig blumige politische Analysen vor, etwa wenn er das „Bellen der Nato an der Tür Russlands“ als Anlass für den Krieg Putins vermutet, wie in einem Interview mit dem *Corriere della Sera* geschehen. Andererseits distanziert er sich darin auch von Kyrill. Dieser habe ihm in einem Videogespräch Moskaus Gründe für die „spezielle Militäroperation“ vorgelegt. Franziskus Antwort: „Bruder, wir sind keine Staatskleriker und dürfen nicht die Sprache der Politik, sondern müssen die Sprache Jesu sprechen“. Und an anderer Stelle: „Der Patriarch kann sich nicht zum Ministranten Putins machen“. Daraufhin hat dieser das für den 14. Juni in Jerusalem geplante Treffen der beiden abgesagt, immerhin „in gegenseitigem Einverständnis“, und ein Kreml-Sprecher einer Reise von Franziskus nach Moskau, zu der sich dieser bereit erklärt hatte, „eine vorläufige Absage“ erteilt.

Aufs Ganze gesehen, will Papst Franziskus offenbar der Logik der Gewalt die pazifistische Logik Jesu und der Bergpredigt gegenüberstellen. Das erklärt, dass er einerseits das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung grundsätzlich nicht in Frage stellt, aber andererseits Zweifel an Waffenlieferungen an sie hat. Er setzt auf Gespräche und Diplomatie (Man muss mit allen

reden, nur nicht mit dem Teufel“, hat er wiederholt gesagt), scheitert aber dabei am Gesprächspartner. „Das Lavieren des Papstes zeigt eine allzu verständliche Hilflosigkeit angesichts eines brutalen Aggressors“ (Tilman Kleinjung, BR).

Diese Erfahrung musste auch ein Vertrauter von Papst Franziskus machen, **Kardinal Jean-Claude Hollerich**, Erzbischof von Luxemburg und derzeitiger Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenzen der EU (COMECE). Er appellierte am 8. März an Patriarch Kyrill, er solle sich für eine „diplomatische Lösung“ des Ukraine-Krieges einsetzen. Neun Tage später erhielt er von Metropolit Hilarion eine Antwort, in der statt von „Krieg“ von „dramatischen Ereignissen auf dem vielgeprüften Boden der Ukraine“ die Rede ist, und man habe ein „besonderes Gebet für die baldige Wiederherstellung des Friedens“ in die Liturgie aufgenommen.

Die **Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)** – um die protestantische Konfessionsfamilie der Christenheit in diesem Überblick nicht zu übergehen – hat bei verschiedenen Gelegenheiten und auf unterschiedlichsten Kanälen (EKD-Kirchenkonferenz, Präses Anna-Nicole Heinrich, Ratsvorsitzende Annette Kurschus, auch zusammen mit dem Vorsitzenden der DBK Georg Bätzing) allen von der unfassbaren Gewalt des vom russischen Staatspräsidenten begonnenen Krieges Betroffenen ihr tiefes Mitgefühl und ihre Solidarität („keine billige, sondern eine, die uns etwas kostet“) ausgesprochen und das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine betont. Sie unterstützt die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung von schweren Waffen. Zugleich rief sie dazu auf, nicht in eine Spirale des Hasses zu geraten, und lehnte den Ausschluss der Russisch-Orthodoxen Kirche aus dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) ab.

(Die vielen Stellungnahmen aus der EKD und dem Bereich der Konferenz Europäischer Kirchen (CEC) sind auf der jeweiligen Homepage www.ekd.de bzw. www.cec.org zu finden.)

Theo Mechtenberg

Patriarch Kyrill und Putins Vernichtungskrieg

An diplomatischen Bemühungen, Putins Krieg gegen die Ukraine abzuwenden, hat es nicht gemangelt. Der gewaltige russische Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze veranlasste die wichtigsten westlichen Politiker, Putin persönlich in Moskau aufzusuchen und vor einem Überfall auf die Ukraine zu warnen. Genutzt haben diese Visiten ebenso wenig wie die späteren zahlreichen Telefonate von Präsident Macron und Bundeskanzler Scholz, bei denen sie Putin eindringlich aufforderten, die Feindseligkeiten einzustellen und seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.

Über diese diplomatischen Initiativen ist in den Medien hinlänglich berichtet worden, nicht aber über den Versuch, den Moskauer Patriarchen Kyrill zu einer dem Frieden dienenden Intervention beim russischen Präsidenten zu bewegen, ein Versuch, der zugleich die Rolle des Moskauer Patriarchen in Putins Vernichtungskrieg in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt.

Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz appelliert an Patriarch Kyrill

Bereits vor dem Überfall auf die Ukraine appellierte der Posener Erzbischof Stanisław Gądecki in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz in einem Schreiben an die orthodoxen und katholischen Bischöfe Russlands und der Ukraine, sich zusammenzuschließen, um vereint das „Gespenst eines neuerlichen Krieges abzuwenden.“ Von Erzbischof Hilarion, dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, erhielt er kurz nach der Invasion russischer Truppen eine brüske und brüskierende Antwort: „Wenn die polnischen Bischöfe etwas Gutes tun wollen, dann sollen sie die polnischen Politiker davon abbringen, sich aggressiv zu Russland und zur Situation des gegenwärtigen Krieges zu äußern.“

Trotz dieses deutlichen Signals, sich jeglicher Einmischung zu enthalten, richtete Erzbischof Gądecki am 2. März ein persönliches Schreiben an den Moskauer Patriarchen. Darin heißt es: „Ich bitte Dich, Bruder, dass Du an Wladimir Putin appellierst, den sinnlosen Kampf mit der ukrainischen Nation aufzugeben, in dem unschuldige Menschen sterben, und in dem nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilpersonen, besonders Kinder, von dem Leiden betroffen sind. Ein einzelner Mensch kann mit einem Wort dem Leiden tausender Menschen Einhalt gebieten – der Präsident der Russischen Föderation.“ Gądecki bittet Kyrill weiter, Putin zu bewegen, „die russischen Truppen aus der Ukraine, einem souveränen Staat, zurückzubeordern.“ Er begründet dies damit, dass „es niemals einen Grund oder einen Anlass geben kann, die Entscheidung zu einer militärischen Intervention in ein unabhängiges Land, die Bombardierung von Wohnsiedlungen, Schulen und Kindergärten zu rechtfertigen.“ Angesichts der Nähe beider Nationen und ihrer christlichen Wurzeln sei dieser Krieg bar jeden Sinns. „Darf man – so fragt der Posener Erzbischof – die Wiege des Christentums auf slawischer Erde, den Ort der Taufe der Rus, vernichten?“ Und er bittet den Patriarchen darum, an die russischen Soldaten zu appellieren, an diesem ungerechten Krieg nicht teilzunehmen und Befehle zu verweigern, die – wie bereits zu sehen ist – zahlreiche Kriegsverbrechen zur Folge haben. Befehle zu verweigern, ist in dieser Situation eine moralische Pflicht.“

Der Brief blieb unbeantwortet, doch Gądecki verwies auf die Predigt, die der Moskauer Patriarch am 27. Februar, wenige Tage nach Kriegsausbruch, gehalten hat, in der er seine Sicht der Dinge in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht habe.

Eine aufschlussreiche Predigt

Am 27. Februar beging die orthodoxe Kirche den Sonntag der Vergebung. Dieser Tag, an dem die orthodoxen Gläubigen dazu aufgerufen sind, einander zu vergeben, bot eigentlich dem Moskauer Patriarchen die Gelegenheit, eine Friedensbotschaft zu verkünden. Er nutzte sie nicht. Ganz im Gegenteil gab Kyrill dem russischen Präsidenten für seinen Vernichtungskrieg geistlichen Beistand, indem er auf die Situation

in der Ukraine Bezug nahm und wörtlich sagte: „Wir begannen einen Kampf, der keine physische, sondern eine metaphysische Bedeutung hat.“ All das, was in diesem Krieg mit Händen zu greifen ist, all die schrecklichen Zerstörungen der zivilen Infrastruktur, die zerbombten Kult- und Kulturstätten, Krankenhäuser und Schulen, all die in den Trümmern zu Tode gekommenen Menschen, all das ist offenbar für den Moskauer Patriarchen von geringer Bedeutung. Was allein zählt, ist das, was hinter dem Augenschein verborgen liegt – ein Kampf gegen das Böse schlechthin. Kyrill spricht rein abstrakt von der Treue gegenüber dem Gebot Gottes und fährt dann fort, „wenn wir den Bruch dieser Gebote sehen, dann sind wir niemals mit denen einverstanden, die ein solches göttliches Recht vernichten, indem sie unter anderem die Grenze zwischen der Heiligkeit und der Sünde vermischen, ja mehr noch die Sünde propagieren.“

Als Beispiel für die Gefahr der Verletzung göttlicher Rechte wählt Kyrill ausgerechnet den teils russisch besetzten, teils heftig umkämpften Donbass, aus dem sich die Meldungen von gravierenden Menschenrechtsverletzungen der Separatisten häufen. Und er behauptet, „die Menschen dort wollen nicht, wollen prinzipiell nicht, die so genannten Werte akzeptieren, die heute von denen propagiert werden, die für sich das Recht auf Weltherrschaft beanspruchen.“

Es sei „an einem sehr einfachen und zugleich schrecklichen Test“ feststellbar, wer zu dieser bösen Welt des Westens gehört – an den „Schwulen-Paraden“. „Eben dieses vielen Menschen aufgezwungene Verlangen nach Durchführung einer solchen Parade ist der Test für die Loyalität gegenüber dieser machtvollen Welt. [...] Solange die Menschheit glaubt, die Sünde sei kein Verstoß gegen das göttliche Recht, solange sie dem zustimmt, dass die Sünde eine der Varianten menschlichen Verhaltens ist, wird dies das Ende menschlicher Zivilisation bedeuten.“ Der Krieg gegen die Ukraine – eine Rettungstat vor der westlichen Verderbnis des ukrainischen Brudervolkes.

Diese abstruse und als Rechtfertigung des russischen Überfalls auf die Ukraine zu verstehende Predigt des Moskauer Patriarchen blieb nicht unwidersprochen. Der für

seine kritische Einstellung gegenüber Kyrill bekannte Diakon Andrirej Kurajew nannte sie „die schändlichste, die als Beispiel primitiver Manipulation in die Geschichte eingeht.“

Es fehlt nicht an Beispielen für eine aktive Unterstützung des von Putin entfesselten Krieges gegen die Ukraine durch den Moskauer Patriarchen. So überreichte Kyrill während des Sonntagsgottesdienstes in der Erlöserkathedrale, als bereits ukrainische Städte zerbombt in Schutt und Asche lagen, dem Chef der in der Ukraine kämpfenden Nationalgarde, Wiktor Solotow, eine Ikone der Mutter Gottes mit den Worten: „Möge dieses Bild junge Soldaten inspirieren, die den Eid ablegen und den Weg der Verteidigung des Vaterlandes einschlagen.“ Solotow antwortete, die Ikone werde die „russischen Streitkräfte schützen und unseren Sieg beschleunigen“.

Das Oberhaupt der eigenständigen orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epiphanius, reagierte darauf mit den Worten: „Die Übergabe einer Ikone durch das Oberhaupt des Moskauer Patriarchats an den Leiter der russischen Nationalgarde und die 'Segnung' von Mördern und Halsabschneidern sonntags in der Liturgie ist ein geistliches Verbrechen“.

Eine vergebliche vatikanische Friedensinitiative

Dass Papst Franziskus zum Moskauer Patriarchen Kontakt aufnehmen würde, um das Blutvergießen in der Ukraine zu beenden, war erwartet worden. So war das Videotelefonat mit Kyrill keine Überraschung. Offenbar wollte der Papst den Patriarchen für eine gemeinsame Friedensinitiative gewinnen wollte. Dazu war allerdings Kyrill nicht bereit. Ein Vergleich der von beiden kirchlichen Oberhäuptern herausgegebenen Kommuniqués zeigt im Übrigen einen deutlichen Dissens. Während die Moskauer Verlautbarung nicht vom Krieg, sondern lediglich von einer „kritischen Situation in der Ukraine“ spricht, heißt es in dem römischen Text: „Als Seelsorger haben wir die Pflicht, allen Menschen, die unter dem Krieg leiden, nahe zu sein und ihnen zu helfen.“ Inzwischen wurden durch ein Interview des Papstes mit einer italienischen Zeitung Details des Gesprächs bekannt. So habe der Patriarch die Hälfte des

40 minutigen Gesprächs darauf verwandt, Papst Franziskus die Berechtigung des Überfalls auf die Ukraine zu verdeutlichen, worauf Franziskus entgegnete: „Bruder, wir stehen nicht in Diensten eines Staates. Es steht uns nicht zu, die Sprache der Politik zu sprechen, sondern die Sprache Christi. Wir sind Hirten desselben Gottesvolkes. Daher müssen wir Wege des Friedens suchen. Der Patriarch darf sich nicht in einen Putindiener verwandeln.“

Die in der Sache erfolglose Intervention des Papstes dürfte auf die vatikanische Position in diesem Konflikt Rückwirkungen haben. Zwar nennt Papst Franziskus auch nach dem fehl geschlagenen Videogespräch den Aggressor nicht beim Namen, aber seine Rhetorik hat sich verschärft. So heißt es in einer Stellungnahme vom 17. März: „Ströme von Blut und Tränen fließen in der Ukraine. Es handelt sich nicht um eine Militäroperation, sondern um einen Krieg, der Tod, Zerstörung und Elend mit sich bringt.“

Die „positive Neutralität“, die der Vatikan traditionell in internationalen Konflikten als Voraussetzung für eine mögliche Friedensvermittlung wahrt, steht angesichts des ergebnislosen Videogesprächs mit dem Moskauer Patriarchen und dessen unverblühte Unterstützung der russischen Invasion samt ihrer verheerenden Folgen auf dem Prüfstand. Denn in diesem Konflikt gibt es keine moralisch zu rechtfertigende Neutralität. Der von Putin vollzogene Missbrauch seiner Macht ist überdeutlich. Es ist die Aufgabe der Kirche, den Täter beim Namen zu nennen, sein Handeln zu verurteilen und Solidarität mit den Opfern, mit der Ukraine, zu beweisen. Mit der Annahme der Einladung des ukrainischen Präsidenten, ihn in Kiew zu besuchen, könnte Papst Franziskus ein Zeichen der Solidarität setzen.

Das Bündnis von Thron und Altar

Kyrill, mit Geburtsnamen Wladimir Gundajew, ist als Nachfolger von Aleksy II. seit 2009 im Amt. Zuvor war er jahrelang als Chef für die Außenkontakte des Patriarchats zuständig und wurde als solcher vom Geheimdienst als Agent „Mikchajlow“ geführt. Gemäß der Tradition der russisch-orthodoxen Kirche sprach er sich in seiner Antrittsrede für gute Beziehungen zur welt-

lichen Macht aus. Dabei gebrauchte er das Bild der Symphonie. Es dürfte wohl keine Frage sein, wer in diesem Orchester die erste Geige spielt und wer als Dirigent den Takt vorgibt.

Diese „Symphonie“ führt zudem zu einer wechselseitigen Angleichung von Thron und Altar. So ist zu fragen, was davon zu halten ist, wenn der einstige KGB-Mann Putin sich nunmehr als gläubigen orthodoxen Christen ausgibt und medienwirksam im Gottesdienst Kerzen anzündet und Ikonen küsst. Wenn er sich am achten Jahrestag der Einverleibung der Krim im Moskauer Stadion vor den jubelnden Massen der Worte Jesu bedient „Niemand hat größere Liebe als der, welcher sein Leben hingibt für seine Freunde“, um auf diese Weise seine Soldaten zu motivieren. Ein Missbrauch der Religion!

Umgekehrt erweist sich Patriarch Kyrill nicht nur als ein willfähriger Diener seines Herrn, er übernimmt auch dessen Leitungsstil, indem er jeden Ansatz eines Pluralismus in seiner Kirche unterdrückt, die Meinungsfreiheit einschränkt, Geistliche, die sich in Medien oder Blogs äußern, der Kontrolle unterzieht, keine Kritik erlaubt und von seinen Mitarbeitern absolute Loyalität verlangt. Wer aus der Reihe tanzt, der wird sanktioniert.

Beispiele für die Unterstützung des russischen Präsidenten durch den Patriarchen gibt es reichlich. Als Wladimir Putin 2012 nach vierjähriger Pause erneut die Präsidentschaft anstrebte und Massenproteste dies zu verhindern suchten, sah sich Patriarch Kyrill genötigt, Putin unter Bezugnahme auf seine imperialen geschichtspolitischen Aussagen öffentlich zu loben: „Ich muss als der Wahrheit verpflichteter Patriarch, unabhängig von politischer Konjunktur und propagandistischen Akzenten öffentlich sagen, welche bedeutende Rolle Wladimir Wladiminowicz bei der Richtigstellung der Verfälschung unserer Geschichte spielte. Dafür möchte ich ihm danken.“

Damals kam es zu einem förmlichen Kreuzzug orthodoxer Hierarchen gegen die Massen, die auf der Straße ihre Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen zum Ausdruck brachten. Die unter staatlicher Kontrolle stehenden Medien verbreiteten unermüdlich die Propaganda von der an-

geblichen Anstiftung westlicher Mächte zu einer „Farbenrevolution“, wie sie in der Ukraine 2013/14 auf dem Majdan stattfand und zur Absetzung und Flucht des russischhörigen Präsidenten Janukowytsch führte, worauf Moskau mit der Annexion der Krim und den vorerst auf die Ostukraine begrenzten Krieg antwortete. Zu all dem lieferte die russisch-orthodoxe Kirche die Begleitmusik. Einer ihrer Wortführer war unter dem Segen des Patriarchen der 2020 verstorbene prominente und einflussreiche Geistliche und Theologe Wsiewolod Czaplin, ein früher Befürworter nicht nur der Annexion der Krim, sondern der gesamten Ukraine. Er rief die enge Verbundenheit von Kirche und Staat in der Zarenzeit in Erinnerung, in der es selbstverständlich gewesen war, seitens der Kirche zu den Waffen zu rufen und die für die gerechte Sache kämpfenden Krieger zu segnen. Das sei heute nicht anders. Man müsse daher den politischen Kurs der Regierung unterstützen. Das seine militärische Macht ausbauende Russland könne immer damit rechnen, dass fertiggestellte Kriegsschiffe und die neusten Raketen von einem orthodoxen Geistlichen mit Wasser besprengt und auf diese Weise gesegnet werden.

Wie sehr Putin die politische Unterstützung durch den Moskauer Patriarchen schätzt, zeigte sich am 19. November 2021, dem Vorabend von Kyrills 75. Geburtstag, als er aus seiner Hand die höchste staatliche Auszeichnung entgegennahm, den Orden des Heiligen Andreas des Erstberufenen. Zar Peter I. hatte ihn 1698 gestiftet. 300 Jahre später hatte ihn Boris Jelzin durch Dekret erneuert, nachdem der Orden mit dem Untergang des Zarentums und dem Beginn kommunistischer Herrschaft abgeschafft worden war.

Aus Anlass der Ordensverleihung gab der Patriarch im Fernsehen ein Interview, in dem er das Russland unter Putins Führung in den höchsten Tönen pries. Und das zu einer Zeit, als sich die Gefängnisse und Straflager mit Oppositionellen füllten, die freie Meinungsäußerung unter Strafe gestellt und die Bürger- und Menschenrechte zunehmend eingeschränkt wurden. Er lobte „Russland als Führer der freien Welt und Beispiel für andere Staaten.“ Man sei stolz darauf, in einem Land zu leben, „das selbst den mächtigsten äußeren Einflüssen nicht erliegt.“

Putin hob in seiner Ansprache zur Ordensverleihung die Verdienste des Patriarchen „für die Stärkung der traditionellen Werte“ sowie für die „Wahrung unseres historischen und kulturellen Erbes“ hervor.

In seiner Dankesrede verwies Kyrill auf die großen Veränderungen, die sich in den letzten Jahren in Russland vollzogen haben und sagte: „Wir sind uns bewusst, in einem glücklichen Land zu leben“, und sprach Putin für seine „kluge Führung“ seine Anerkennung aus.

Der historische Hintergrund

Die Symphonie von Thron und Altar besitzt eine bis in die Zarenzeit zurückgehende Tradition. Und die ist für die Ukraine eine Tragödie. Denn sowohl der russische Staat als auch die russisch-orthodoxe Kirche führen ihre Existenz und ihre Identität auf die Kiewer Rus zurück. Sie sehen sich als ihre alleinigen Erben. Konkret bedeutet dies ein sich über Jahrhunderte hinstreckender Prozess der Russifizierung der Ukraine, der man den Anspruch auf einen eigenen Staat, auf eine unabhängige Kirche, auf eine eigene Sprache, auf eine eigene Kultur absprach. Und das bevorzugte Instrument dieser Russifizierung war und ist das Moskauer Patriarchat. Dem gelang es nach mehreren vergeblichen Bemühungen im 17. Jahrhundert, die Oberhoheit über die ukrainische Kirche zu gewinnen. Ende des 18. Jahrhunderts schien diese Russifizierung abgeschlossen. Sämtliche Kiewer Metropoliten waren russischer Herkunft. Die orthodoxen Verlage in der Ukraine unterlagen der Zensur. Der Versuch, die Bibel in ukrainischer Sprache herauszugeben, zog 1876 das Verbot nach sich, überhaupt Bücher in ukrainischer Sprache zu drucken und den Namen „Ukraine“ zu verwenden. Ganz selbstverständlich bedient sich denn auch Putin, der sich wie allgemein bekannt mit Vorliebe als Historiker präsentiert, der Argumentation aus der Zeit der vom Moskauer Patriarchat betriebenen Russifizierung. Es kann, so die Auffassung Putins und Kyrills, nur ein Erbe der Kiewer Rus geben, Moskau. Dass auch die Ukraine sich in ihrer Herkunft auf die Kiewer Rus beruft, darf nicht sein. Dass sie in einer kurzen Phase 1917/18 selbstständig war und seit 1991 als unabhängige Republik existiert, verstößt aus der Sicht des russischen

Präsidenten und Moskauer Patriarchen gegen den Sinn der Geschichte. Dass in ihrem Staatswappen der auf die Kiewer Rus verweisende goldene Dreizack auf blauem Grund das Zentrum bildet, flankiert vom Lemberger Löwen und einem goldgekleideten Kosaken als Symbol für die Einheit der westlichen und östlichen Landesteile, ist aus russischer Sicht eine Provokation. Wenn Kyrill in der besagten Predigt von der „metaphysischen“ Bedeutung des Krieges spricht, dann dürfte er diese Zusammenhänge mit im Blick gehabt haben.

Die Kenntnis von dieser jahrhundertelangen Russifizierung durch das Moskauer Patriarchat ist auch deswegen wichtig, um Verständnis für die Vorbereitung eines Gesetzes durch das ukrainische Parlament zu gewinnen, das jede Art von Tätigkeit der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in der Ukraine untersagt und die Konfiszierung ihres Besitzes vorsieht.

Das Interesse des Moskauer Patriarchen am Krieg in der Ukraine

Kyrills voller Titel lautet: Patriarch von Moskau und der ganzen Rus. Damit sieht sich der Moskauer Patriarch in der Tradition des Kiewer Rus, eines aus Teilfürstentümern zusammengesetztes slawisches Großreichs des frühen Mittelalters, das 988 unter dem Großfürsten Wladimir I. von Byzanz aus griechisch-orthodox christianisiert wurde. Die Patriarchen residierten zunächst in Kiew, doch 1325 verlegte Metropolit Maximus seinen Sitz nach Moskau, wo das Patriarchat in der Folge bis heute verblieb.

Der Anspruch, der sich aus dem Titel des Moskauer Patriarchen ergibt, ist allerdings gegenwärtig durch die Wirklichkeit nicht gedeckt. Denn neben der Kirche des Moskauer Patriarchats und der mit Rom verbundenen unierten orthodoxen Christen gibt es seit 1991 die von Moskau unabhängige, autokephale orthodoxe Kirche der Ukraine. Vom Moskauer Patriarchen exkommuniziert, verblieb sie zunächst ohne kanonische Anerkennung. Doch unter dem Eindruck der Annexion der Krim und dem von Russland initiierte und militärisch unterstützten Separatismus in der Ostukraine erhielt sie durch den Ehrenvorsitzenden der Orthodoxie, den ökumenischen Patriarchen Bartholomäus, die kanonische Aner-

kennung. Damit wurde die Dominanz der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in der Ukraine gebrochen, wenngleich die unabhängige ukrainische Kirche nach der Zahl der Gemeinden, wohl aber nicht der Gläubigen, in der Minderheit blieb.

Diese Entwicklung rückgängig zu machen, liegt im Interesse des Moskauer Patriarchats. Würde es Putin gelingen, die Ukraine unter seine Gewalt zu bringen, wäre damit für Kyrill die Voraussetzung geschaffen, im Einklang mit staatlichen Maßnahmen, durch Repressionen und Verfolgung, die Einheit der Orthodoxen in der Ukraine wieder herzustellen und auf diese Weise den in seinem Titel enthaltenen Anspruch einzulösen.

Es regt sich Widerstand

Doch dazu sieht es wegen der offenbar von Putin verfehlten Kriegsziele im Augenblick nicht aus. Vorerst stehen Hierarchie, Priester und Gläubige der russisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats in einem Loyalitätskonflikt. Wie kann man unter der Oberhoheit des Moskauer Patriarchats verbleiben, wenn dieser den Krieg gegen die Ukraine rechtfertigt? So hat selbst Onufry, das dem Moskauer Patriarchat unterstehende Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche in der Ukraine, die russische Invasion als „Sünde Kains“, also als Brudermord, bezeichnet. Und ein Teil der Priester dieser Kirche bekundete am 2. März in einem Schreiben an den Moskauer Patriarchen die Bereitschaft, sich aus den vom Moskauer Patriarchat vorgegebenen kirchlichen Strukturen heraus zu lösen.

Die russisch-orthodoxe Kirche steht somit keineswegs geschlossen hinter Patriarch Kyrill. Es ließen sich zahlreiche Stimmen zitieren, die den Patriarchen für seine Unterstützung des Krieges verurteilen. Es sind zwar wenige Gerechte in der Masse folgsamer oder schweigender orthodoxer Priester. Aber sie verdienen, gehört zu werden. So wie die 300 russisch-orthodoxen Theologen aus aller Welt. In ihrer Stellungnahme heißt es: „Wir weisen die Häresie einer ‚russischen Welt‘ und das – durch Zustimmung der Russisch-Orthodoxen Kirche unterstützte – schändliche Handeln der Regierung zurück, dessen Ziel die Rechtfertigung des Krieges gegen die Ukraine ist.“

Diesen Krieg ermöglichte eine niederträchtige und gewissenlose Lehre, bar jeder Begründung, zutiefst orthodoxwidrig, unchristlich und menschenfeindlich. [...] So wie Russland die Ukraine überfiel, so wurde auch das Moskauer Patriarchat, von Kyrill angeführt, für die orthodoxe Kirche zum Aggressor.“

Benutzte Literatur: Anna Łabuszewska, Nie-Boży Pomazaniec (Der ungöttliche Gesandte), Tygodnik Powszechny v. 13. 03. 2022, S. 38- 44.

Irmgard und Benno Rech

Abschied von einer Kirche, die sich als höchste moralische Instanz verstanden hat

Viele große Tageszeitungen brachten die Nachricht schon auf der ersten Seite: Der Patriarch Kyrill in Moskau, das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche, steht auf der Sanktionsliste der EU. Er wird von dem obersten Europäischen Gremium, dem EU-Parlament in Straßburg, den „Kriegsknechten“ des Kreml zugerechnet. Die EU-Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, spricht es unmissverständlich aus: „Wir wissen, wer sie sind, sie werden zur Verantwortung gezogen.“

Das Oberhaupt einer christlichen Kirche, das uneingeschränkte Vollmacht über die Gewissen von Millionen Gläubigen, Laien wie Priestern, ausübt, wird, da er Putins verbrecherischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als legitimen Krieg gegen den „verdorbenen Westen“ rechtfertigt, schonungslos ein „Kriegsknecht“ genannt. Damit geschieht das Ungewöhnliche, dass einer, der bisher aus „göttlicher Vollmacht“ immer andere zur Verantwortung gezogen hat, vor aller Welt mit der Verantwortung für einen großes Elend, Tod und Zerstö-

rung bringenden Angriffskrieg belastet und mit Strafe bedroht wird. Wie müsste es ihn schockieren, dass er aus dem Munde einer Frau gerichtet wird, die in seiner Kirche nur als Untergebene gilt und kein Mitspracherecht hat. Eine kirchliche Institution, die auf dem System von Anweisung und Gehorsam beruht und die Verweigerung von Gleichberechtigung zu ihrem Rechtsprinzip erklärt, eignet sich grundsätzlich zur Komplizenschaft mit autokratischen Diktaturen. Putin und Kyrill verbindet eine Vergangenheit beim sowjetischen Geheimdienst KGB, beide tragen in sich ein idealistisches Bild von einem autokratisch regierten Russland als Repräsentant des Guten gegenüber einer verdorbenen freien und demokratisch regierten westlichen Welt. Der orthodoxe Kirchenmann verliert sich in Hassausbrüchen gegenüber dem Westen, weil er sich in einem metaphysisch ausgeweiteten Kampf des Guten gegen das Böse sieht. Es ehrt die der Jurisdiktion Moskaus unterstellten Teilkirchen, dass sich in ihnen Widerstand erhebt, z. B. werden liturgische Gebete für den Patriarchen gestrichen, Priester widersprechen den Propagandalügen und wagen das verbotene Wort Krieg auszusprechen.

Die demokratische Welt des Westens ist durch diesen unerwarteten Angriffskrieg Russlands gegen ein politisch selbstbestimmtes Volk entsetzt und erschüttert. Dass wir in einem freien Rechtsstaat leben können, ist keine unbedrohte Selbstverständlichkeit mehr. Das Erschrecken über Reden und Handeln des orthodoxen „Kriegsknechts“ Kyrill zwingt uns quasi, neu zu fragen, welche Rolle christliche Kirchen in demokratischen Staaten aus ihrem Glauben heraus einnehmen sollten. Europa sieht sich jetzt gefordert, die Idee des freien sozialen Rechtsstaates gegenüber diktatorischen Übergriffen Russlands stärker zu verteidigen, auch militärisch.

Diese politische „Zeitenwende“ muss von einer Gesellschaft bewältigt werden, die sich durch unterschiedliche Krisen bereits bedroht fühlt. Die weltweit ausgebrochene Corona-Epidemie, die fortschreitende Naturzerstörung und die notwendig gewordenen Umstellungen der gesamten Industrie und Technik auf eine nachhaltige und stärker automatisierte Produktion, lösen Verunsicherung und Ängste aus. In dieser angespannten Situation brauchen die Men-

schen Ermutigung und Beistand, auch Trost. Doch auch die katholische Kirche verliert gerade jetzt durch die aufgedeckten Missbrauchsfälle und durch ihre Unfähigkeit, sie aufzuarbeiten, so stark an Vertrauen, dass sie wegen der wachsenden Zahl der Austritte um ihre Existenz bangen muss.

Die Kirchen müssen jetzt einsehen lernen, dass sie ihre dominante Rolle verloren haben. Die moderne freiheitliche Gesellschaft hat sich von der Beeinflussung durch kirchliche Moralvorstellungen emanzipiert. Wie das Urteil über den Patriarchen Kyrill beweist, legt sie ihre eigene moralische Messlatte an, die von ihrem Einsatz für Friede, freiheitlichen Rechtsstaat und für die Menschenrechte bestimmt ist. Die hierarchisch gelenkte katholische Papstkirche muss es sich vorhalten lassen, dass der humane Fortschritt in der modernen, emanzipierten Gesellschaft stattfindet und nicht auf ihrem Boden. Seit dem 19. Jahrhundert haben sich die Bischöfe von Rom aus antimodernistisch bestimmen lassen. Alle modernen Ideen und Strömungen gelten von vorneherein als irrtumsbehaftet, alle Kleriker mussten einen „Antimodernisteneid“ ablegen, auch die Laien werden verpflichtet, sich gehorsam dem Lehramt der Kirche zu unterwerfen. Dieses verstand sich als Hort der Wahrheit und als Verfechterin des Guten, das Böse kam immer von draußen, aus der aufgeklärten und liberal sich entwickelnden Welt. Doch gerade in dieser „bösen Welt“ keimen und entwickeln sich die für die Humanisierung so wichtig gewordenen Ideen der Menschenwürde und der Menschenrechte. Der in seiner Gesinnung zur Welt hin offene Papst Johannes XXXIII. (1958-1963) ist dann in seiner Enzyklika „*pacem in terris*“ den Schritt gegangen, auch die Kirche sozialetisch auf die „liberalen“ Menschenrechte in der Version der Vereinten Nationen (1948) zu verpflichten. Doch die nachkonziliaren Päpste, vor allem Benedikt XVI., der der heutigen Welt Standpunktlosigkeit und „Relativismus“ vorwirft, haben diese Offenheit für die Umsetzung der Menschenrechte in der Kirche aufgegeben und ihre Aufnahme ins Kirchenrecht verweigert. Die in antimodernistischer Gesinnung entstandenen Glaubenslehren gelten weiter, die Ehe- und Sexualmoral bleibt unkorrigiert, Frauen wird das Priesteramt durch Johannes Paul

II. definitiv verweigert. Reformvorhaben wie die Gleichberechtigung der Frau, die Beseitigung der priesterlichen Vorrangstellung, die Freistellung des Zölibats, die Segnung homosexueller Paare werden von der konservativen Leitung in Rom als Bruch mit der Katholizität diffamiert.

Die Zeiten einer glanzvoll gefeierten „Katholizität“ werden sicherlich nicht mehr zurückkehren. Die katholische Kirche muss sich jetzt von staatlicher Seite dazu drängen lassen, zur Aufarbeitung ihrer Missbrauchsfälle zivile Rechtshilfe anzunehmen. Moral und Recht finden sich eher in der Welt als in der Kirche. Die bisherigen Bemühungen einer eigenen Aufarbeitung entsprechen nicht den heutigen Rechtsprinzipien. Wenn sich die kirchlichen Behörden in dieser Zusammenarbeit bewähren, kann die Kirche ein offenes Selbstbild entwickeln und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Vor allem hoffen wir, dass ihr gestörtes Verhältnis zu Frauen ihr selber peinlich wird, wenn sie in der Arbeit mit Staatsanwältinnen, Richterinnen, Ärztinnen, Psychologinnen erfährt, wie selbstverständlich Frauen als Autoritäten in der Rechtsfindung einbezogen sind, und vor denen sich geweihte Männer nun zu verantworten haben. Ihre eigene ausschließlich männliche Struktur hat es nicht geschafft, eine überzeugende Moral aufzubauen, schwerstes Unrecht und schwerste Verbrechen auf Kosten der Schwächsten zu verhindern. Um sich ein angemessenes Ansehen zu bewahren, hat sie zu lange Unmoral in den eigenen Reihen geduldet und vertuscht.

Wie können wir Laien mithelfen, dass die Klerikerkirche aus ihrer verfahrenen Situation herausfindet? Den Priestern raten wir, sich zurückzunehmen und geschwisterlich empfinden zu lernen. Gottesdienstliche Feiern dürfen nicht priesterzentriert bleiben. Vor allem die Eucharistie muss als geschwisterliches Mahl ohne Machtgefälle erfahrbar werden, im gemeinsamen Brotbrechen mit dem menschenfreundlichen und heilenden Jesus, dem Gekreuzigten. Zu einer solchen Gemeinschaftsfeier ließen sich Gläubige wohl gerne wieder einladen, sie könnten darin Glaubensorientierung, Ermunterung und Trost finden.

Ida Raming

Frauenordination - Eine umstrittene, aber notwendige Reform für die katholische Kirche

In der letzten Zeit meldeten sich einige deutschsprachige Bischöfe zum Thema Priesteramt der Frau in der katholischen Kirche.

Bei einem Symposium im Vatikan sprach **Kardinal Kurt Koch**, Präsident des Päpstlichen Ökumenerates, über das katholische Priesterbild (katholisch.de, Febr. 20 22).

Er wurde auf die Berufung von Frauen zu Priesterinnen angesprochen. Koch verwies darauf, dass zwischen «Berufung und Beauftragung» unterschieden werden müsse.

Die Frage nach einer Priesterweihe von Frauen ist nach Aussage von Kardinal Kurt Koch eine «ganz schwierige Frage» im ökumenischen Dialog. Während katholische und orthodoxe Kirchen sich einig seien beim Ausschluss von Frauen vom Weiheamt, werfen ihnen evangelische Kirchen in dem Punkt ein Defizit im Kirchenverständnis vor, sagte *Koch* bei einem Symposium im Vatikan über das katholische Priesterbild.

Polarität von Frauen und Männern

Auf die Frage einer Teilnehmerin, wie er dazu stehe, wenn Frauen sich durch Gottes Geist zum Priestertum berufen fühlten, verwies Koch auf den Unterschied zwischen Berufung und Beauftragung. Gottes Geist berufe und beauftrage «alle in der Kirche, ihre besonderen Charismen zu leben». Die katholische Kirche sei aber überzeugt, «dass das geweihte Priesteramt an das männliche Geschlecht gebunden ist». Daher müsse auch vor dem Hintergrund der Polarität von Frauen und Männern sorgfältig diskutiert werden, weshalb das Amt in der katholischen und orthodoxen Kirche an das männliche Geschlecht gebunden ist.

Die Vergewisserung eines besseren Verständnisses des Priesterbildes muss laut Koch auch die Ökumene berücksichtigen. Im Verständnis des kirchlichen Amtes seien die Kirchen am weitesten voneinander entfernt; zudem müsse der betreffende Dialog mit jeder Konfession einzeln geführt werden. Zwischen katholischer und orthodoxer Kirche etwabe es fast vollkommene Übereinkunft, was die Bedeutung von Eucharistie, Amt und apostolischer Sukzession angeht. Im Verhältnis zu den Kirchen der Reformation gebe es noch sehr viel zu klären, so Koch, nicht nur mit Bezug auf die dort praktizierte Frauenordination. Zwar gebe es einen theoretischen Konsens, dass das kirchliche Amt von Gott eingesetzt sei. In der vielfach sehr unterschiedlich gehandhabten Praxis von Ordination und Beauftragung zeige sich aber eine sehr unterschiedliche Theologie.

Stellungnahme zu den Aussagen von K. Koch

Die Auffassung, dass das männliche Priesteramt durch Christus eingesetzt sei mit der Auflage, dass Frauen davon auszuschließen seien, ist unhaltbar. Jesus hat kein priesterliches Amt eingesetzt, sondern Apostel zur Verkündigung seiner Botschaft ausgesandt.

Jesus lebte in einer patriarchalischen Zeit, in der Frauen kein öffentliches Zeugnisrecht hatten, – nicht einmal vor Gericht.

Jesus hätte also keine Frauen als Apostelinnen in die Welt schicken können, weil er die damaligen patriarchalen Strukturen keineswegs hätte durchbrechen können.

Diese zeitgeschichtlichen Bedingungen werden in der Vorstellung von Kard. Koch und anderen Bischöfen, die sich für den Ausschluss der Frauen vom Priesteramt aussprechen, vollständig übersehen.

Das gilt auch für die Aussagen von Bischof G. Fürst („Die Frage der Priesterin hat Johannes Paul II. abschlägig entschieden. Die Frage nach dem Amt der Diakonin ist aber noch offen...“ (Stuttgarter Zeitung, 17.02.22).

Er hinterfragt das Schreiben von Joh. Paul II. „Ordinatio sacerdotalis“ mit keiner Silbe, obwohl es – wie längst mehrfach aufgewiesen wurde – viele theologische Fehler enthält.

Ferner wird die lange Geschichte des Ausschlusses der Frauen vom Priesteramt, worauf sich das kirchliche Lehramt auch beruft, also die Tradition der kath. Kirche in dieser Hinsicht, von beiden Theologen (*Koch und Fürst*) nicht kritisch untersucht, - sie ist voll von schweren Diskriminierungen der Frauen (die Frau sei nicht Gottes Ebenbild, habe die Sünde in die Welt gebracht und müsse daher immer unter der Herrschaft des Mannes stehen.)

Im Folgenden führe ich einige Beispiele an:

Diskriminierung der Frauen bei Kirchenvätern und Kirchenlehrern

In den Schriften der „Kirchenväter“ (Augustinus, Hieronymus, Tertullian u.a.) und der Kirchenlehrer (Thomas v. Aquin u.a.) lassen sich zahlreiche abwertende Aussagen über Frauen finden.

Exemplarisch für diese Denkweise steht der folgende Text des sog. *Ambrosiaster* (ca. 3.-4. Jh.), der den Kirchenvätern Ambrosius bzw. Augustinus zugeschrieben wurde und in das Corpus Iuris Canonici (eine Grundlage auch des heutigen Kirchenrechts) aufgenommen wurde:

„Die Frau muss ihr Haupt verschleiern, weil sie nicht Gottes Ebenbild ist. Damit sie als (Gewalt) Unterworfenen sichtbar ist und weil die Sünde durch sie ihren Anfang genommen hat, muss sie dieses Zeichen tragen und soll in der Kirche aus Ehrerbietung vor dem Bischof das Haupt nicht frei, sondern verschleiert tragen; ebenso soll sie keine Redevollmacht haben, weil der Bischof die Person Christi verkörpert. Wie also vor Christus, dem Richter, so verhalte sie sich vor dem Bischof, weil er der Stellvertreter des Herrn ist; um der Ursünde willen muss sie sich unterwürfig zeigen“ (Corpus Iuris Canonici, ed. Friedberg, I 1255f. Zur Analyse des Textes s. I. Raming: Der Ausschluss der Frau vom priesterlichen Amt – Gottgewollte Tradition oder Diskriminierung? Köln/Wien 1973, 61f).

Einen besonderen Höhe- oder besser: Tiefpunkt der Abwertung der Frau - bildet die Lehre des *Thomas von Aquin* (1225-1274) über die Frau.

Weil er als maßgebende theologische Autorität - weit über seine Lebenszeit hinaus -

bis heute anerkannt wird, sind die negativen Folgen seiner Auffassung über das Wesen der Frau besonders gravierend und bis heute im Ergebnis nicht überwunden.

Thomas übernimmt die biologische Theorie über die Zeugung menschlicher Wesen von Aristoteles (griech. Philosoph und Naturkundler).

Dementsprechend ist auch nach Thomas innerhalb der *species* Mensch der Mann der vollkommene, vollwertige Vertreter der Art (*perfectum*); das Weib das unvollkommene, minderwertige (*imperfectum*) Menschenwesen. Er behauptet eine dreifache Minderwertigkeit der Frau: eine Minderwertigkeit im Werden (biogenetische Minderwertigkeit), im Sein (qualitative M.) und im Tätigsein (funktionelle M.).

Der Mann allein ist das wirkursächliche Prinzip der Zeugung; das Ziel ist immer die Zeugung eines Knaben, also ein dem „Erzeuger“ Mann ebenbürtiges Wesen. Durch hemmende Umstände, widerliche Zufälle (*occasiones*) entsteht ein Mädchen (= Ersatzbildung der Natur: *mas occasionatus*; die Frau = ein missratener, misslungener, somit vereitelter Mann).

Nach Thomas bedarf die Frau des Mannes sowohl zur Zeugung neuen menschlichen Lebens als auch zu ihrer Leitung und Führung (*regimen*); der Mann hingegen bedarf der Frau nur zur Zeugung; denn alle anderen Tätigkeiten werden nach seinen Worten besser von Männern verrichtet (Die gleiche Ansicht vertritt auch der Kirchenlehrer Augustinus).

So wird dem Mann eine vollkommene Gottähnlichkeit zugeschrieben, die der Frau nicht in dem Maße zukommt. Thomas formuliert: *„Kommt die vernünftige Natur in Betracht, so hat sowohl der Mann wie das Weib das Bild Gottes ... Mit Bezug auf etwas Zweitrangiges aber findet sich das Bild Gottes nur im Mann und nicht im Weibe; denn der Mann ist Ursprung und Ziel des Weibes, wie Gott Ursprung und Endziel der ganzen Schöpfung ist.“*

Thomas kann sich bei diesen unerhörten Behauptungen auf 1 Kor 11,8f sowie auf Eph 5,22f berufen: *„Die Frauen seien ihren Männern untertan...“*

Die Folgerungen aus den neuen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich der Geschlechter (im Zeugungsprozess und

darüber hinaus) wurden bis heute nicht gezogen. So diente das (von Thomas) entwickelte Gegensatzpaar: aktiv (= männlich); passiv (= weiblich) sowie der Gegensatz: Geist (männlich) – Materie/Stoff (weiblich) noch weit bis in das 20. Jahrhundert - auch nach meiner eigenen Erfahrung im Theologiestudium der 50er und 60er Jahre – zur Begründung des Ausschlusses der Frau vom Priesteramt.

Wie nicht anders zu erwarten, spricht sich Thomas von Aquin dezidiert auch gegen ein Priesteramt für Frauen aus: Er argumentiert:

„Das männliche Geschlecht ... ist für den zu Weihenden durchaus notwendig, so dass, wenn eine Frau auch alles erhielte, was in der Priesterweihe getan wird, sie doch nicht geweiht wäre. Denn wie in der letzten Ölung (Krankensalbung) erfordert wird, dass der Art und Weise des Bezeichnens genügt werde, dass also der Betreffende krank sei, wird hier ebenfalls erfordert, dass der Art und Weise des Bezeichnens genügt werde, also dass die Person, welche geweiht wird, fähig sei, vorzustehen oder eine leitende Gewalt zu haben. Die Frau aber hat kraft ihres Geschlechtes den Stand der Unterwürfigkeit, und so ist sie nicht fähig, geweiht zu werden“ (zitiert nach G. Heinzelmann, Wir schweigen nicht länger! Frauen äußern sich zum II. Vatikanischen Konzil, Zürich 1964, S. 40f).

Thomas fährt fort: *„Öffentlich vor der ganzen Gemeinde zu sprechen, gebührt der Frau nicht: 1. weil sie aufgrund ihres Geschlechtes bereits dem Manne untertan sein soll, wogegen das Lehren Sache der Vorgesetzten ist; 2. weil die Gefahr droht, dass eine Frau die Hörer zur Begierlichkeit fortreißt (Thomas führt eine Bibelstelle aus dem AT als Beleg dafür an); 3. weil gemeinhin die Frauen in der Weisheit nicht vollendet sind, so dass ihnen die öffentliche Lehre nicht übertragen werden kann.“* (ebd.)

Diese Auffassung wurde von Thomas zu seiner Zeit (13. Jh.!) geäußert, als Frauen noch von Schulbildung und Studium ausgeschlossen waren!

Und heute?

Lob und Schmeichelreden von Päpsten für die Frauen – aber weiterhin keine gleichen Rechte!

Für uns heutige Menschen ist es daher unfassbar, dass die verantwortlichen Amtsträger im Vatikan, die die Lehre der röm.-katholischen Kirche auslegen und verkünden (sollen), über die Auffassung des Thomas von Aquin hinsichtlich des Ausschlusses der Frau vom Priesteramt im Ergebnis bis heute nicht hinausgekommen sind!

Die Päpste (Johannes Paul II., Benedikt XVI. und auch Papst Franziskus) haben wiederholt die „gleiche Würde“ der Frau, ihren hohen Wert mit blumigen, überschwänglichen Worten betont; aber daraus folgern sie keineswegs auch die „gleichen Rechte“, d.h. ihren Zugang zu allen kirchlichen Ämtern und Diensten!

In seinem *Brief an die Frauen* (29. Juni 1995) verspricht **Papst Johannes Paul II.** gegenüber den Vereinten Nationen: *„Auch die Kirche will ihren Beitrag zur Verteidigung der Würde, der Rolle und der Rechte der Frauen anbieten“* (...). *„Die Kirche möchte der Heiligsten Dreifaltigkeit Dank sagen für das 'Geheimnis der Frau' ... für das, was das ewige Maß ihrer weiblichen Würde ausmacht.“* Mehrfach preist der Papst den „Genius der Frau“. Er räumt zwar ein: *„Wir sind leider Erben einer Geschichte enormer Konditionierungen, die zu allen Zeiten ... den Weg der Frau erschwert haben, die in ihrer Würde verkannt ... oft ausgegrenzt und sogar versklavt wurde.“* *Der Papst bedauert „aufrichtig“, „wenn es dabei ... auch bei zahlreichen Söhnen der Kirche zu Fällen objektiver Schuld gekommen ist.“*

Dennoch hält er am Ausschluss der Frau vom Priesteramt unverrückbar fest, - mit folgender fadenscheiniger, unhaltbarer Begründung: *Es „ist möglich, ohne nachteilige Folgen für die Frau auch einen gewissen Rollenunterschied anzunehmen, insofern dieser Unterschied ... sich aus der besonderen Eigenart des Mann- und Frauseins ergibt... Wenn Christus ... nur den Männern die Aufgabe übertragen hat, durch die Ausübung des Amtspriestertums 'Ikone' seines Wesens als 'Hirt' und als 'Bräutigam' der Kirche zu sein, so tut das der Rolle der Frauen keinen Abbruch...“*

Papst Franziskus übernimmt weitgehend die Argumentation seiner Vorgänger, besonders von Johannes Paul II. Auch er preist den „weiblichen Genius“. Er spricht

von einem 'neuen Paradigma': „*Gegenseitigkeit in der Gleichwertigkeit und in der Unterschiedlichkeit*“; aber das „den Männern vorbehaltene Priestertum“ steht auch bei diesem Papst „nicht zur Diskussion“. Das definitive Nein gegen die Frauenordination wiederholte er auf seiner Rückreise von Schweden, obwohl er dort einer lutherischen Erzbischofin gerade begegnet war. Sein Trost für die Frauen: Die Gottesmutter Maria, eine Frau, ist „bedeutender als die Bischöfe...“

So ist das Ergebnis auch heute noch:

Unter dem Deckmantel der „Polarität zwischen den Geschlechtern“ (Kurt Koch), der sog. „Andersartigkeit“ der Frau, ihres weiblichen und angeblich so „andersartigen“ Wesens wird der untergeordnete, benachteiligte, minderberechtigte Status der Frauen in der Kirche bis heute aufrecht erhalten.

Somit haben sich die Begründungen für den fortwährenden Ausschluss der Frauen vom Priesteramt zwar geändert, aber das Ergebnis bleibt gleich: Ausschluss vom Priesteramt um des Geschlechtes willen! Das ist ein großer Skandal, ein schweres Un-Recht den Frauen gegenüber!

Der berechtigte Vorwurf gegenüber den verantwortlichen kirchlichen Amtsträgern lautet: Bis heute wurde die lange Geschichte der schweren Diskriminierung der Frauen von ihnen nicht ehrlich aufgearbeitet und damit nicht überwunden. Das ist eine Schande!

Gottes Gebot der Gerechtigkeit ruft nach Überwindung dieses schweren geisttötenden Unrechts, das den Frauen in der Kirche bis heute angetan wird, das die von Gottes heiliger Geistkraft den Frauen geschenkten Gnadengaben (vgl. 1 Kor 12, 10f) nicht zur Entfaltung kommen lässt, zum Schaden für die Gemeinden und die Kirche im ganzen!

Inzwischen hat sich der Theologe *Wolfgang Beinert* (katholisch.de, 21.02.22) kritisch zu den Aussagen von Johannes Paul II. und Benedikt XVI. in dieser Hinsicht geäußert:

„Mit dem von der Bischofsgeneration (berufen von den Päpsten Paul VI., Joh. Paul II und *Benedikt VI.*) geforderten *unbedingten Papstgehorsams* „wandte sich die Kirche jenem rückschrittlichen Antimoder-

nismus zu, der sie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geprägt hatte“. ... Der Aufbruch des Zweiten Vatikanischen Konzils sei behutsam, aber zielbewusst gedämpft und Reformen „zurückgeschraubt“ worden...

Die neue „Papsttheologie“ zeige sich besonders im „Treueid“, der ab 1998 u.a. von Bischöfen abzulegen war. Neben dem Glaubensbekenntnis gehört dazu eine besondere Verpflichtung auf das Lehramt, - auch über die verbindlichen Aussagen des Lehramts hinaus. Im Treueid muss gelobt werden, „mit religiösem Gehorsam des Willens und des Verstandes“ den Lehren anzuhängen, „die der Papst und das Bischofskollegium vorlegen, wenn sie ihr authentisches Lehramt auszuüben, auch wenn sie nicht beabsichtigen, diese in einem endgültigen Akt zu verkünden“.

Die Folge dieses Treueids sei bei gegenteiliger persönlicher Auffassung die Vergewaltigung des eigenen Gewissens (so Beinert). Das stehe im Widerspruch zur theologischen Tradition, die auch Irrtümer des Papstes hinsichtlich des Glaubens kenne ...

Die erste Voraussetzung für künftige Bischöfe sei daher die absolute Ergebenheit gegenüber den Lehren von Johannes Paul II. geworden. Dazu gehörten ein „absolutes Ja“ zur Sexual-, Ehe- und Familienmoral der Enzyklika *Humanae vitae*“ (1968), ein radikales Festhalten“ an der Zölibatsregelung (*Sacerdotalis coelibatus* 1967), eine definitive Ablehnung der Möglichkeit einer Priesterweihe von Frauen („*Ordinatio sacerdotalis*“, 1994) ...

Die Kirche bedürfe einer Reform, „die tief in ihr bisheriges Selbstverständnis, ihre Strukturen, ihre Verfahrensformen eingreift“. Das betreffe insbesondere „die Lehrpunkte der nachkonziliaren Päpste“ (so W. Beinert a.a.O.).

Ein Bischof, der sich traut, sich auf sein Gewissen zu verlassen

Ein Bischof, der sich – im Gegensatz zu den oben genannten Bischöfen - seit längerer Zeit mit überzeugenden Gründen für den Zugang von Frauen zum Priesteramt ausspricht, ist: Bischof Erwin Kräutler.

In seinem Artikel „*Roma locuta, causa finita?*“ (*Stimmen der Zeit*, März 2022, S.163-169) betont er nachdrücklich die Notwen-

digkeit der Frauenordination, auch im Hinblick auf die Berufung seiner (inzwischen verstorbenen) leiblichen Schwester Ermelinde, die bereits jahrelang in Österreich als Pastoralassistentin seelsorglich tätig war. „Immer wieder fragte sie mich“, schreibt Bischof Kräutler: „Warum, um Gottes willen, bin ich von der Priesterweihe ausgeschlossen? Nur weil ich eine Frau bin?“ - „Nun ist sie tot, aber ihre Frage brennt mir auf dem Herzen ... Warum dürfen Frauen nicht geweiht werden? Bis heute fand ich keine Antwort, die mich überzeugen könnte. Und ich weiß, es gibt keine wirklich überzeugende Antwort.“

Und zu dem Apostolischen Schreiben *Ordinatio Sacerdotalis* (1994) schreibt Bischof Kräutler: „Die These, dass der Priester, weil er in der Person Christi handelt, ein Mann sein müsse ... ist schwer zu verstehen und zu halten. Die Evangelien sind in einem patriarchalischen Kulturraum entstanden und niedergeschrieben worden, in dem die Frau eine gegenüber dem Mann unterwürfige Rolle spielte, ja geradezu als 'unmündig' behandelt wurde ...

Wir leben nun im 21. Jahrhundert und die Frau ist längst als dem Mann gleichberechtigt anerkannt ...

All die immer wieder kolportierten Argumente, dass nur ein Mann die Priesterweihe gültig empfängt und die Frau vom Wehesakrament ausgeschlossen ist, sind unverständlich und verblissen angesichts der Realität, in der wir als Kirche in Amazonien leben....“ (164f) Mindestens zwei Drittel“ der Basisgemeinden dort „werden heute von Frauen geleitet...“ (166).

Hier spricht sich ein Bischof, der auf eine lange seelsorgliche Erfahrung und Tätigkeit in Amazonien zurückblicken kann, eindeutig für den Zugang von Frauen zum Priesteramt aus.

Werden die Bischöfe, die sich immer noch dagegen aussprechen, endlich seine Worte hören und sich zu Herzen nehmen...?

Ferdinand Kerstiens

Die „Täuschung“ von Norbert Lüdecke. Eine biographisch grundierte, kritische Besprechung

Mit großem Interesse habe ich das Buch von Norbert Lüdecke gelesen: „Die Täuschung. Haben Katholiken die Kirche, die sie verdienen?“ (Darmstadt 2021). Es hat viel Aufsehen erregt, besonders bei solchen Katholik*innen, die sich noch in der Kirche für Veränderungen einsetzen. Lüdecke hält dieses Engagement angesichts der Machtverhältnisse und des Kirchenrechtes für illusionär. Das gilt nach Lüdecke auch für alle, die im „Synodalen Weg“ um Reformen in Lehre und Gesetz, um einen neuen Weg für die Kirche ringen. Das führt nicht „in eine andere, reformierte Kirche. Es wird wohl bei einem erneuten Rundweg bleiben, der im Kreis herum, aber an kein Ziel führt“ (S. 248).

Gescheiterte Reformbemühungen: auch eine Geschichte des Widerstands „von unten“

Lüdecke schildert die Reformbemühungen und ihr Scheitern seit Kriegsende. Ich war an vielen Ereignissen, die er genau schildert, beteiligt (1). Lüdecke macht sehr deutlich, wie die Bischofskonferenz immer wieder versucht hat, durch Synoden, Beratungsgremien, Gesprächsangebote, Erklärungen bis hin zum Synodalen Weg die Wogen der Kritik zu bändigen. Er dokumentiert die devote Haltung des ZdK gegenüber der Bischofskonferenz und die römischen Interventionen, die das Misstrauen Roms, auch von Papst Franziskus, gegen die deutsche Kirche deutlich machen. Er hat Recht mit der Darstellung der dogmatisch zementierten kirchlichen Machtverhältnisse. Aber dennoch hat er in der Tendenz seiner Darstellung Unrecht. Ich lese diese Darstellung „von unten“ als eine wichtige Geschichte des kirchlichen Widerstandes, die ermutigend ist.

Denn Lüdecke sieht die ganze Entwicklung als Kirchenrechtler, weniger als Theologe. Eine theologische Würdigung dessen, was Kirche heißt, vermisste ich in dem Buch. Kirche ist mehr als Kirchenrecht, Kirche ist gelebte Wirklichkeit in der Zeit und vor Ort, Kirche, das sind die Menschen, die im Glauben zusammenfinden, gemeinsam feiern, gemeinsam handeln. Das Kirchenrecht ist der schwerfälligste Teil der Kirche, gleichsam gefrorene römische Dogmatik. Es wird nur geändert, wenn die Mächtigen spüren, dass bei einem „Weiter so“ ihr Teich austrocknet. Wenn die mächtige Kirchenleitung sich nicht ändert, wird sie erleben, dass ihr die Basis wegbricht, wie das zum Teil heute in Deutschland der Fall ist. Die hektischen Reaktionen Roms auf Entwicklungen in der deutschen Kirche zeigen nur die Nervosität und Angst der Mächtigen, denen die Untertanen verloren gehen. Sie zeigen damit eben auch, wie stark die Erneuerungsbewegung in der Kirche ist.

Kirche ist mehr als Kirchenrecht, sie ist gelebte Wirklichkeit.

Manche Politisch-Mächtigen haben genau das schon erleben müssen. Ich denke dabei an die DDR und manche Militärdiktaturen in Lateinamerika. Die Bürger verweigerten einfach den Gehorsam trotz erdrückender Machtverhältnisse. Dann regieren die Regierenden am Ende nur noch sich selbst. Die Entwicklung der Kirche kommt von unten her, von den Menschen, von den Gläubigen, die sich selbstbewusst als Kirche verstehen und einfach anders leben. Dann ändert sich auch – jeweils viel zu spät – das Kirchenrecht.

Ein einfaches Beispiel zum Einstieg: Es gab vielfach Messdienerinnen, als es noch verboten war, bis die kirchliche Obrigkeit einsah, dass das nicht mehr einzudämmen war, und die Möglichkeit viele Jahre später offiziell einräumte. Denn man wollte „oben“ nicht, dass der gelebte Ungehorsam „unten“ selbstverständlich würde. Ähnliches geschieht gegen das zurzeit geltende Kirchenrecht – nicht offiziell, aber weitgehend unbeanstandet – mit der Predigt von „Laien“ nach dem Evangelium, mit der Segnung von schwulen und lesbischen Paaren, Segnung der „Zweitehe“, Kommunion für Geschiedene und Wiederverheiratete, eucharistische Gastfreundschaft zwischen

evangelischen und katholischen Gemeinden etc..

Verweigerter Gehorsam

Etliche Bischöfe sind dafür, alle Ämter für Frauen in der Kirche zu öffnen, also auch die Priesterweihe, obwohl die Päpste versucht haben und versuchen, die Nichtweihe von Frauen als unfehlbare Lehre zu verkünden. Papst Franziskus kämpft gegen den Klerikalismus, sagt aber gleichzeitig, nur ein Priester könne Gemeinde leiten, ein Widerspruch in sich. Jetzt gibt es schon in mehreren Diözesen in Deutschland Frauen in der Gemeindeleitung. Seit vielen Jahrzehnten leiten Frauen Basisgemeinden in Lateinamerika, und dortige Bischöfe fordern mindestens als ersten Schritt deren offizielle Anerkennung als Gemeindeleiterinnen, die auch taufen und der Ehe assistieren können, um die Würde dieser Menschen anzuerkennen und ihren Status in den Gemeinden zu festigen. Die Frage bleibt, wie die Kirchenleitung es verantworten will, diesen Gemeinden die Eucharistie vorzuenthalten.

Ein weiteres, wichtiges Beispiel: Die „Pillenzyklika“ von Paul VI. Lüdecke berichtet in seinem Buch davon, aber nur unvollständig. Wir haben 1968 mit einer Gruppe von Priestern in der Diözese Münster, zu denen auch Franz Kamphaus gehörte, innerhalb von sechs Wochen in den Sommerferien ein Drittel der Priester für eine Unterschrift unter einen Brief gewonnen, in dem wir an den damaligen Bischof Höffner geschrieben haben, dass wir uns in unserer pastoralen Arbeit nicht an die Weisungen dieser Enzyklika halten würden. Walter Kasper, damals Dogmatiker in Münster, sagte mir bei einem Gespräch: „Das war ein päpstliches Eigentor. Denn jetzt merken viele: Der Papst ist nicht unfehlbar. Er redet über etwas, von dem er nichts versteht. Vielleicht aber war ein solches Eigentor des Papstes nötig, um die päpstliche Unfehlbarkeit zu entmythologisieren.“ Ich verbürge mich für den (fast wörtlichen) Inhalt dieser Aussage.

Die Folge in der Breite: Die Einzelbeichte, bei der es wegen der kirchlichen Engführung im Sündenregister oft nur um die Fragen der Sexualität ging, brach zahlenmäßig zusammen. Die Enzyklika führte mit ihrer falschen Festlegung zu einer wach-

senden Emanzipation der Gläubigen von kirchlicher Obrigkeit und ihrer Kontrollmöglichkeit durch die Beichte. Die späteren Päpste haben die Lehre von „Humanae vitae“ wiederholt – machtmäßig eindeutig, aber ihre Rede geht ins Leere.

Eine weitere Entwicklung, die Lüdecke schildert: Das Verbot des Papstes für die deutsche Kirche, in der Schwangerenkonfliktberatung nach staatlichem Recht mitzuarbeiten. Papst Johannes Paul II. hat dies im Verein mit Joseph Ratzinger, dem Glaubens-Chefrichter, gegen die Gewissensüberzeugung vieler deutscher Bischöfe durchgesetzt. Damit hat er das Selbstverständnis vieler Bischöfe gebrochen, weil sie am Ende doch gegen ihr Gewissen gehorsam waren (sein mussten?). Ich zähle dieses Verhalten Roms zu dem, was man heute „Geistlichen Missbrauch“ nennt: Missbrauch des Gehorsamsversprechens zur Durchsetzung von Taten gegen das eigene Gewissen. Zudem hat der Papst damit etwas bewirkt, was völlig gegen die kirchlichen Machtverhältnisse verstieß: Männer und Frauen gründeten „Donum vitae“ als rechtlich von der Kirche und ihrer Obrigkeit völlig unabhängigen Verein, weil sie die Nächstenliebe zu bedrängten Frauen für wichtiger und evangeliumsgemäßer hielten als römische Orthodoxie. Oft haben Priester dabei mitgewirkt und die neuen Räume gesegnet.

Die kirchliche Macht gerät an ihre Grenze, wo ihr die gehorsamen Gläubigen fehlen. Die Macht bezieht sich dann nur noch auf die innerkirchliche Organisation, nicht mehr auf die Menschen. Die Beichte ist als Disziplinierungsinstrument weggefallen. Manche treten aus dieser Organisation aus und etliche davon verstehen das nicht als einen Verlust von christlichem Glauben.

Die Grenzen der kirchlichen Macht

Andere versuchen an den innerkirchlichen Prozessen der Erneuerung teilzunehmen, auch am Synodalen Weg. Ich würde sie nicht, wie Lüdecke es tut, als angepasste Illusionäre abtun, wenn es auch nicht mein Weg war und ist. Die Mitwirkenden am „Synodalen Weg“ haben kirchenoffiziell mit ihren Diskussionsbeiträgen im wachsenden Maße deutlich gemacht, dass nicht Rom oder „die“ Bischöfe Kirche sind, sondern wir

alle. Ich bin dankbar, dass es noch Menschen gibt, die sich das um des Glaubens willen antun, um einen zeitgemäßen Dienst der Kirche am Leben der Menschen zu ermöglichen. Das gilt, auch wenn manche Enttäuschung schon vorprogrammiert ist. Lüdecke übersieht in seinem Buch die große Verunsicherung vieler Bischöfe durch die Aufdeckung der sexuellen Verbrechen durch Priester und andere kirchliche Mitarbeiter*innen und die Aufdeckung der Vertuschung dieser Verbrechen durch sie selbst oder ihre Vorgänger. Die Bischofskonferenz ist sich ihrer selbst nicht mehr sicher. Einige Bischöfe stellen jetzt öffentlich die Fragen oder vertreten Positionen, die die kirchenreformerischen Gruppen spätestens seit 1968 stellen, eine Fragen- und Problemquarantäne von über 50 Jahren, die der Kirche nicht gutgetan hat und sie weiterhin beschädigt.

Die Bischofskonferenz ist sich ihrer selbst nicht mehr sicher.

Es gibt Umbrüche, wie ich sie erfahren und zum Teil auch mit engagierten Gruppen mitgestalten konnte, die von den kirchlichen Machtstrukturen nicht mehr erreichbar und deswegen auch nicht korrigierbar sind. Der von Lüdecke genannte „Rundweg“ ist also nicht geschlossen. Er hat Wege, die abzweigen. Man muss sie nur gehen, am besten mit anderen zusammen. Ich weiß, Strukturen und Kirchenrecht sind schon soziologisch nötig in einer weltweiten Organisation. Aber die Vertreter der vorhandenen kirchlichen Strukturen berufen sich dabei fundamentalistisch zu Unrecht auf die Einsetzung durch Jesus Christus, manche sogar auf „Göttliches Recht“, wenn keine rationale Begründung mehr möglich ist. In Wirklichkeit verabsolutieren sie nur irgendeinen Punkt in der zweitausendjährigen Geschichte. Jesus hat keine Kirche gegründet und keine Papstmacht installiert, sondern Gottes versöhnenden Dienst an den Menschen gelebt und weitergegeben.

Ich schließe mit dem Glückwunsch einer einfachen Frau zu meinem „Diamantenen“ Dienstjubiläum vor gut zwei Jahren: „Du hast vielen Menschen einen neuen Weg im Glauben angeboten, der nicht mit Angst und Dunkelheit drohte. Wir konnten auf Gehorsam verzichten, da wir lernten selbst

zu denken und zu fühlen, was der Glaube uns anbot.“

(Erstveröffentlichung in: feinschwarz.net. Theologisches Feuilleton, 18.12.2021.)

Ferdinand Kerstiens, geb. 1933, 1962-1975 Studentengemeinde an der Universität Münster, 1968 Promotion bei den Professoren J.B. Metz und Karl Rahner über die „Hoffnungsstruktur des Glaubens“, 1975-1998 Pfarrer in Marl. Mitarbeit in verschiedenen kirchlichen Reformgruppen. Autor zahlreicher Bücher und Artikel, auch bei *Imprimatur*.

Theo Mechtenberg

Putins Vernichtungskrieg – eine Zeitenwende

Der 24. Februar 2022 wird in die Geschichtsbücher eingehen. An diesem Donnerstag befahl Russlands Präsident Wladimir Putin eine gegen die Ukraine gerichtete „Militäraktion“. Was von ihm wohl als eine handstreichartige Operation gedacht war, das erwies sich bereits nach wenigen Tagen als ein langwieriger, von den russischen Truppen zunehmend brutal geführter Vernichtungskrieg. Bundeskanzler Olaf Scholz verlieh ihm in seiner Rede vor dem Bundestag die Bedeutung einer Zeitenwende, und der Begriff wurde sogleich von den Medien aufgegriffen. Danach wird nichts mehr so sein, wie es vordem war. Doch wie es in Zukunft sein wird, das ist noch keineswegs ausgemacht.

Als erstes Anzeichen einer Zeitenwende bedauerten reihenweise führende Politiker, dass sie sich in der Einschätzung der von Putin verfolgten Politik leider geirrt haben. Doch mit einem bloßen Bedauern ihrer Fehleinschätzung ist es nicht getan. Die in der Vergangenheit begangenen Fehler bedürfen einer Aufarbeitung. Und damit diese erfolgen kann, müssen sie als erstes in Erinnerung gerufen und analysiert werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich einige Fragen: Was waren die Gründe und Motive einer verfehlten Russlandpolitik? Warum wurden die den kommenden Krieg andeutenden Signale übersehen oder relativiert? Und schließlich, wird auf die Zeitenwende adäquat reagiert?

Der Georgienkrieg – ein erstes Signal

Dass Russland zu militärischen Aktionen bereit ist, falls ein ehemals zur Sowjetunion gehörender Staat zur Europäischen Union oder gar zur NATO tendiert, das zeigte sich bereits 2008 in Georgien. In einem Fünftagekrieg sah sich die georgische Regierung am Ende gezwungen, die Abspaltung von Südossetien und Abchasien zu akzeptieren und damit auf die Kontrolle über einen Teil ihres Territoriums zu verzichten sowie die Präsenz einer russischen „Friedenstruppe“ auf diesen Gebieten zu tolerieren. Damals erwiesen lediglich und bezeichnenderweise die Präsidenten von Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten Georgien ihre Solidarität, indem sie gemeinsam die nicht ungefährliche Flugreise nach Tiflis antraten.

Im Krieg Russlands gegen Georgien vertrat Außenminister Frank-Walter Steinmeier einen im Grunde russlandfreundlichen Kurs. So wandte er sich gegen die Verhängung von Sanktionen. „Auch in dieser ernstesten politischen Lage gilt es, einen Rest von Vernunft walten zu lassen. Wir werden über den Tag hinaus Russland als Nachbarn behalten, und es ist in unserem eigenen Interesse, zu einem normalen Verhältnis zurückzukehren“, sagte Steinmeier damals der F.A.Z.

Die Annexion der Krim

Als im Winter 2013/14 nach blutigen Auseinandersetzungen, bei denen auf dem Kiewer Majdan 100 für die Freiheit und Zugehörigkeit ihres Landes zum westlichen Europa demonstrierende Ukrainer ihr Leben ließen, Präsident Janukowytsch sich fluchtartig nach Russland absetzte, nahmen wenig später russische Militäreinheiten, getarnt in Uniformen ohne Kennzeichnung, die Krim in Besitz. Ein „Referendum“ beendete diese Aktion und bildete die Grundlage für die Aufnahme der Krim in die Russische Föderation. Dieser aggressive Akt wiegt besonders schwer, weil sich

Russland neben den anderen Atommächten USA, Großbritannien und Frankreich im Budapester Memorandum (1994) verpflichtet hat, die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine als Gegenleistung für die Übergabe ihrer Atomwaffen zu respektieren.

Die Reaktion des Westens, zumal die deutscher Politiker und Medien, hielt sich in Grenzen. Damals äußerte sich Altkanzler Helmut Schmidt in der Bildzeitung auf eine Weise, die man wohl als eine indirekte Rechtfertigung der Annexion der Krim verstehen muss: Es sei ein Irrtum anzunehmen, „dass es ein Volk der Ukrainer gäbe, eine nationale Identität.“ Es gäbe zwei unterschiedliche Landesteile, den russischen Osten mit der Krim und den stark vom polnischen Einfluss geprägten Westteil. Im Übrigen sei ja die Krim ohnehin russischsprachlich. Dass die Sprache nicht mit der nationalen Identität gleichzusetzen ist, übersieht Schmidt. Wäre dem so, gäbe es weder Österreich noch eine deutschsprachige Schweiz, sondern nur ein sie umfassendes Deutschland. Auch Gregor Gysi, um eine weitere Stimme zu zitieren, äußerte sich ähnlich. Am 13. März 2014 sagte er im Bundestag, man müsse „die legitimen Interessen Russlands auf der Krim anerkennen.“ In völliger Verkennung von Putins Plänen schlug er einen Sonderstatus der Krim vor, „mit dem die Ukraine, Russland und wir leben können“, und sah die Aufgabe der Ukraine in einer „Brückenfunktion zwischen der Europäischen Union und Russland.“ Dass erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg ein Staat einem anderen gewaltsam einen Teil seines Territoriums entrisen und damit das Völkerrecht gebrochen hat, spielte offenbar für Gysi und manch anderen deutschen Politiker keine besondere Rolle. Es ging ja alles „friedlich“ zu, es gab keine grauenvollen Bilder. Wozu also sich über den Aggressor empören? Der deutsche Außenminister Steinmeier sprach sich gegen einen Ausschluss Russlands aus der G8 aus. Man solle vielmehr zur Deeskalation beitragen und nicht zu einer Verschärfung des Konflikts. Bundeskanzlerin Angela Merkel warf Russland in ihrer Regierungserklärung am 13. März 2014 zwar vor, die Schwäche seines Nachbarstaates völkerrechtswidrig ausgenutzt zu haben, doch die schließlich gegen Russland verhängten, von der Fraktion der Linken nicht

mitgetragenen Sanktionen der EU waren kaum mehr als wenig schmerzhaftes Nadelstiche.

Angriff auf die Ostukraine

Die Annexion der Krim war nur der Auftakt zu einer gleich darauf folgenden weiteren militärischen Intervention. Autobusse mit „Touristen“, die sich in Wahrheit als russische Spezialeinheiten entpuppten, fuhren aus Russland in die Ostukraine. Sie sorgten für Unruhe unter der Bevölkerung, aus der sich ein förmlicher Krieg entwickelte, der scheinbar von ukrainischen Separatisten geführt wird, aber erst durch das militärische Engagement Russlands möglich wurde und bereits über acht Jahre andauert. Inzwischen wurden zwei prorussische Republiken, Donezk und Lugansk, gebildet, die wohl bald in die Russische Föderation integriert werden sollen.

An Bemühungen, diesen Konflikt zu lösen, hat es nicht gemangelt. In Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag der Landung alliierter Truppen in der Normandie vereinbarten Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine entsprechende Gespräche. Bis 2022 gab es insgesamt 10 Verhandlungsrunden im Rahmen des so genannten Normandie-Formats. Das dürftige Ergebnis waren ein Gefangenenaustausch und die Vereinbarung eines äußerst brüchigen Waffenstillstandes.

Zum besonderen Streitpunkt wurde die am 9. Dezember 2019 beschlossene, Russland deutlich entgegen kommende Steinmeier-Formel. Nach ihr sollten die beiden „Republiken“ einen Sonderstatus erhalten. Über ihr weiteres Schicksal sollte eine von der OSZE beobachtete Wahl entscheiden. Die Ukraine war dazu bereit, wenn Kiew zuvor die Kontrolle über diese Gebiete zurück erhalten würde, was Russland entschieden ablehnte. Es bedarf wohl keiner besonderen Phantasie, um sich vorzustellen, was bei einer solchen „Wahl“ unter den Bedingungen einer faktischen Besatzung herausgekommen wäre.

Die Russlandversther

Angeführt von Exbundeskanzler Gerhard Schröder, der Putin einen „lupenreinen Demokraten“ nannte, tummelten sich in all den Jahren in den talk-shows die „Russlandversther“ und beeinflussten die öf-

fentliche Meinung. Als die Krim bereits in die Russische Föderation integriert und der Krieg im Osten der Ukraine im vollen Gange war, feierte Schröder als Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom in St. Petersburg mit seinem Freund Putin seinen 70. Geburtstag. Er vor allem hat von Anfang an die umstrittene Ostsee-Pipeline Nord-Stream 2 mit eingefädelt und propagiert. Er vor allem trägt dafür die politische Verantwortung, dass Deutschland in einem solchen Ausmaß vom russischen Gas abhängig ist, dass sich die jetzige Ampelkoalition nicht in der Lage sieht, unverzüglich ein von der EU gegen Russland zu verhängendes Energieembargo zu befürworten, sondern dies für Deutschland erst nach Monaten für möglich hält.

Einige Namen seien genannt, die in den talk-shows als Russlandverstehler besonders hervortraten: Der russlandfreundliche Lobbyist Alexander Rahr, der sich den Anschein eines außenpolitischen Experten gibt, die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz, der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der SPD-Politiker Matthias Platzeck, einst Brandenburger Ministerpräsident und jahrelanger Vorsitzender des deutsch-russischen Forums, sowie die Politikerin der Linken, Sahra Wagenknecht, die der Ukraine „Säbelrasseln“ vorwarf und die Amerikaner bezichtigte, sie wünschten sich den Krieg förmlich herbei. Und dies zu einem Zeitpunkt, als Putin seine Militärmacht bereits an der Grenze zur Ukraine konzentriert hatte. Sie alle zeigten Verständnis für Putins Weltansicht, betonten das „Recht Russlands, seine Sicherheitsinteressen wahrzunehmen“, sprachen von der „besonderen deutschen moralischen und historischen Verantwortung gegenüber Russland wegen der im Zweiten Weltkrieg verübten gewaltigen Verbrechen“ und vergaßen darüber, dass von diesen Verbrechen nicht nur Russen, sondern ebenso Ukrainer betroffen waren.

Sie alle übernahmen in Bezug auf die Ukraine die Narrative russischer Propaganda von ihrer angeblichen tiefen Spaltung in einen russischen Ost- und einen nationalistisch-neonazistischen Westteil. Und sie beriefen sich immer wieder darauf, die NATO habe im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands auf eine Osterweiterung ausdrücklich verzichtet. Dabei

hat kein Geringerer als Gorbatschow wiederholt erklärt, es habe im Verlauf der 2-plus-4-Gespräche keine derartige westliche Zusage gegeben. Es konnte sie im Übrigen nicht geben, denn zu dem Zeitpunkt gehörten die später in die NATO aufgenommenen Oststaaten noch zum Warschauer Pakt.

Die deutsche Russlandpolitik

Die deutsche Ostpolitik erfuhr unter den von Bundeskanzler Willy Brandt geführten Regierungen (1989-1974) einen Strategiewechsel. Ihr Architekt war Egon Bahr (1922-2015), der bereits in seiner Rede am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing für die Überwindung eines Konfrontationskurses geworben und vorge schlagen hatte, die Mauer des Kalten Krieges durch ein Ausloten gemeinsamer Interessen durchlässig zu machen, und dies in der Hoffnung, dass auf diesem Weg am Ende die Wiedervereinigung Deutschlands möglich würde. Dabei war ihm klar, dass die „Voraussetzungen zur Wiedervereinigung nur mit der Sowjet-Union zu schaffen“ sind, nicht gegen, nicht ohne sie. Am Ende seiner Rede prägte er für seine Gedanken die Formel „Wandel durch Annäherung“, die fortan zum Leitmotiv bundesdeutscher Ostpolitik wurde.

Diese Strategie erwies sich als durchaus effektiv, doch nicht ihr allein kommt das Verdienst der Wiedervereinigung zu. Es gab auch ihr Gegenstück, eine „Annäherung durch Wandel“, wie sie durch die polnische „Solidarność“ erfolgreich praktiziert, von den Ideologen eines „Wandels durch Annäherung“ indes als eine gefährliche Störung ihrer Konzeption kritisiert wurde. Und es gab das erstarrte sowjetische System, das dringend Reformen benötigte, wie sie Gorbatschow unter den Leitworten „Perestroika“ und „Glasnost“ in Angriff nahm, wobei diese allerdings zur Auflösung der Sowjetunion führten.

Diese Strategie eines „Wandels durch Annäherung“ wurde, wenngleich in Abwandlung, nach dem Ende der Sowjetunion beibehalten. Nun hieß die Formel „Wandel durch Handel“ bzw. „Wandel durch Verflechtung“. Man wollte Russland auf diese Weise in ein europäisches Sicherheitssystem einbinden, womit Kriege – wie man glaubte – auf unserem Kontinent unmöglich würden.

So kam es denn zu einer speziellen Verflechtung im Energiebereich. Russland liefert Kohle, Öl und insbesondere Gas, und die Milliarden, die wir dafür zahlen, nutzt Russland für die Modernisierung seiner Wirtschaft. Dass sie offenbar vor allem für militärische Aufrüstung verwendet wurden, das sah man nicht oder wollte es nicht sehen. Die Konsequenz ist, dass wir uns energiepolitisch von Russland abhängig gemacht haben und, wie die Ampelregierung nunmehr betont, aus dieser Abhängigkeit nicht so schnell herauskommen. Im Klartext bedeutet dies, dass wir aufgrund dieser Russlandpolitik Putins Vernichtungskrieg gegen die Ukraine mitfinanzieren.

Das eindrucksvolle Symbol dieser gescheiterten Politik ist das ehrgeizige deutsch-russische Projekt Nord Stream 2. Der damalige polnische Außenminister Sikorski hatte es als eine Neuauflage des Hitler-Stalin-Paktes kritisiert, weil es über die Köpfe Polens hinweg und zum Schaden Polens beschlossen wurde. Nord Stream 2 macht schließlich die Gaszufuhr über die Ukraine und Polen überflüssig und erweist sich damit als politisches und nicht als ein rein wirtschaftliches Projekt, wie die deutsche Seite nicht müde wurde, zu betonen.

Putins Ukraineverständnis

Es war in den 1980er Jahren. Wir saßen am Abend einer Tagung zu Dritt zusammen, zwei Professoren der Moskauer Akademie der Wissenschaften, der eine ein Russe, der andere ein Ukrainer, und ich. Wir sprachen über dies und jenes, doch bald wurde die Ukraine zum beherrschenden Thema. Der Russe behauptete, sie besäße keine nationale Identität, ihre Sprache sei nichts anderes als ein russischer Dialekt, und ein Anrecht auf eigene Staatlichkeit komme ihr nicht zu.

Der ukrainische Professor widersprach vehement. Er verwies auf die reiche Kultur seines Landes, die trotz der Russifizierungsbestrebungen seit der Zarenzeit das Bewusstsein seiner Landsleute bestimme. Überzeugen ließ sich sein russischer Kollege nicht.

Diese Szene ist insofern aufschlussreich, als sie verdeutlicht, dass dieses antiukrainische Vorurteil offenbar unter Russen weit verbreitet ist, so dass Putin darauf zurückgreifen kann und auch zurückgreift. Doch die Verhältnisse haben sich seit den

1980er Jahren grundlegend verändert. Seit Dezember 1991 ist die Ukraine ein unabhängiger, souveräner und international, auch von Russland, anerkannter Staat, der seit gut 30 Jahren existiert. Was damals ein rein theoretisches Streitgespräch war, erscheint heute in der Gestalt eines von Putin befohlenen Angriffskriegs mit dem Ziel, frühere Zustände wiederherzustellen. Dass der russische Präsident dieses Ziel von Beginn seiner Herrschaft an verfolgt hat, das belegt seine mehrfach wiederholte Aussage, das Ende der Sowjetunion sei „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“. In der Ukraine, in den baltischen Staaten sowie in Polen wurde man hellhörig. Aus diesen Ländern wurden Stimmen laut, die vor der potentiellen Gefahr russischer Aggression warnten. Gehör im Westen fanden sie nicht. Sie wurden als Überreaktion abgetan oder gar als Ausdruck einer Russenphobie kritisiert.

Und Putin hat nicht nur von dieser „Katastrophe“ gesprochen, er hat auch immer wieder in seinen Äußerungen durchblicken lassen, dass es eine von Russland unabhängige Ukraine nicht geben darf. So konnte eigentlich seine Rede an sie Nation vom 21. Februar 2022, kurz vor Beginn der Feindseligkeiten, keine Überraschung sein. Darin heißt es u. a.: *„Die ukrainischen Machthaber haben von Anfang an - das möchte ich unterstreichen - wirklich vom ersten Augenblick an, ihre Staatlichkeit auf die Verleugnung all dessen aufgebaut, was uns verbindet. Sie haben versucht, das Bewusstsein und das historische Gedächtnis von Millionen Menschen in der Ukraine, von ganzen Generationen zu manipulieren. Kein Wunder, dass in der ukrainischen Gesellschaft extremer Nationalismus aufkam, der rasch die Gestalt von aggressivem Russenhass und Neonazismus annahm. So erklärt sich auch die Mitgliedschaft ukrainischer Nationalisten und Neonazis in Terrorbanden im Nordkaukasus, die immer lauter Territorialforderungen an Russland erheben.*

Auch äußere Kräfte haben dazu beigetragen. Sie haben mit Hilfe eines verzweigten Netzes von NGOs und Geheimdiensten in der Ukraine ihre eigene Klientel geschaffen und ihre Leute an die Macht gebracht. Man muss verstehen, dass die Ukraine im Grunde nie eine gefestigte Tradition einer eigenen authentischen Staatlichkeit hatte.

1991 machte sie sich daher daran, mechanisch fremde Modelle zu kopieren, die weder mit der Geschichte noch mit der ukrainischen Wirklichkeit etwas zu tun haben. Die staatlichen politischen Institutionen wurden permanent neu zugeschnitten, immer so, dass es den entstehenden Clans zum Vorteil gereichte, deren materielle Interessen denen des ukrainischen Volks entgegengesetzt waren. Der ganze Sinn der sogenannten Entscheidung für die westliche Zivilisation, den die oligarchische Staatsführung der Ukraine getroffen hat, bestand und besteht daher nicht darin, die besten Voraussetzungen für allgemeinen Wohlstand zu schaffen, sondern darin, dem geopolitischen Gegner Russlands unterwürfig zu Diensten zu sein, um so jene Milliarden von Dollar abzusichern, die diese Oligarchen dem ukrainischen Volk geraubt und auf westlichen Bankkonten versteckt haben.“ Und mit diesem die Realität verfälschenden Ukraineverständnis rechtfertigt Putin im Hinblick auf den russischsprachlichen Donbass mit gleicher Verlogenheit den brutal geführten Angriffskrieg: „Das Ziel der russischen Spezialoperationen ist es, die Menschen zu schützen, die acht Jahre lang vom Kiewer Regime misshandelt und ermordet wurden. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren“, sagte Putin in einer Fernsehansprache. Diese von Unwahrheit, Unterstellungen und Verleumdung geprägten Aussagen verdienen keinen Kommentar.

Eine ungewisse Zukunft

Welche Zukunft uns die Zeitenwende beschert, ist ungewiss. Vermittlungsbemühungen und Sanktionen, so hart sie auch sein mögen, haben bisher nicht dazu geführt, dass der Krieg gestoppt oder gar Frieden geschaffen wurde. Daran wird sich auch im weiteren Kriegsverlauf nichts ändern. Auch Putins weltweite Ächtung durch demokratische Länder wird ihn global nicht isolieren können, gibt es doch genug Staaten, die offen oder im Stillen zu ihm halten. So geht dieser verbrecherische Krieg vorerst weiter. Die Zahl der Opfer, die bereits jetzt schon zigtausend Tote beträgt, wird ebenso weiter steigen wie die der Millionen ukrainischer Flüchtlinge, die mit ihrem Hab und Gut auch ihre Heimat verloren haben. Mehr und mehr kommen die

von der russischen Soldateska begangenen Kriegsverbrechen ans Licht. Schon werden Stimmen laut, die fordern, den russischen Präsidenten als Kriegsverbrecher vor dem Internationalen Haager Gerichtshof zu verklagen.

Dauer und Ausgang dieses verheerenden Krieges sind kaum vorhersehbar. Tapferkeit und Heldenmut der Ukrainer allein werden nicht reichen, diesen Krieg für sich zu entscheiden. Westliche Waffenlieferungen helfen zwar, doch ein militärisches Gleichgewicht der Kräfte dürften sie wohl kaum herstellen. Und welche schweren Waffen darf man liefern, ohne Kriegspartei zu werden? Hier erweist sich die deutsche Politik besonders vorsichtig und zögerlich. Nicht Putin, wohl aber Kanzler Scholz markierte die rote Linie, die mit der Lieferung von Panzern überschritten würde. Überschreite man sie, dann drohe ein Atomkrieg. Diese rote Linie wurde von Scholz, wohl auf Druck aus den eigenen Reihen sowie von anderen NATO-Partnern, am Ende doch überschritten, ohne dass ein Atomkrieg ausbrach. Entsprang nach all dem seine Warnung einer ernststen Sorge oder war sie bloße Angstmache, eine kalkulierte Politik, um bei allem Bekenntnis zur Ukraine die gestörte Beziehung zu Russland nicht gänzlich aufs Spiel zu setzen? Nachdem Putins Versuch, Kiew einzunehmen, gescheitert ist, besteht sein jetziges Ziel darin, mit einer Großoffensive die gesamte Ostukraine unter seine Kontrolle zu bringen. Würde ihm dies gelingen, könnte er – nun im Gewand eines Friedensengels – einen Waffenstillstand als Voraussetzung für Friedensverhandlungen anbieten. Doch was wäre das Ergebnis? Was seine Armeen gewaltsam erobert haben, wird er nicht wiederhergeben. Und Präsident Selenskyj wird den Verlust eines Großteils seines Landes nicht akzeptieren. So könnte der Krieg noch lange dauern und das Sterben kein Ende finden.

Was wird, sollte die jetzige Großoffensive ebenso scheitern wie der Versuch, Kiew einzunehmen? Was wird, sollte die Ukraine am Ende siegreich sein? Was wird, sollten sich Putins Armeen genötigt sehen, sich über die ukrainisch-russische Grenze zurückzuziehen? Dann wird sich Putin nicht an der Macht halten können, dann werden die Karten neu gemischt.

Im einen wie im anderen Fall ist eine Neuausrichtung deutscher Russlandpolitik wie die der Europäischen Union unumgänglich. Im Zeichen der Zeitenwende sollte man sich bereits jetzt auf beide Alternativen vorbereiten.

Gregor Tischler

Was würde wohl Bonhoeffer heute dazu sagen?

Während der Abfassung dieses Beitrags, im Frühjahr 2022, geschahen und geschehen entsetzliche Kriegsgräueltaten, wie wir sie uns, 77 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs, in Europa nie mehr vorstellen konnten. Urheber des Grauens ist ein Diktator mitsamt seinem Regime, den man mit Recht einen Kriegsverbrecher und Völkermörder nennen muss.

Vielleicht geht es Leserinnen und Lesern ähnlich wie mir: Man wacht morgens auf und wird von Angst befallen. Was geschah heute Nacht wieder Schreckliches? Wurden wieder Städte der Ukraine ohne Rücksicht auf die Bevölkerung bombardiert? Gab es wieder Hunderte von Opfern, Gräueltaten ohne jegliche moralische Rechtfertigung? Und wie könnte man diesen entsetzlichen Krieg beenden?

Unwillkürlich kommt der Gedanke, der einzige Ausweg könnte ein sog. "Tyrannenmord" (ein missverständlicher Begriff!) sein. Da liegt es nahe, Parallelen zum 20. Juli 1944 zu ziehen, als der aus christlich-ethischen Grundsätzen Handelnde kein anderer Ausweg als die Tötung des obersten Massenmörders als gangbar erschien.

Nicht nur als Christ sollte man sich dabei an einen beeindruckenden Theologen des Widerstands, an Dietrich Bonhoeffer erinnern. Vor allem er war es, der aus seiner christlichen Überzeugung, in gewissenhafter Güterabwägung, in der gewaltsamen Beseitigung des Diktators die einzige Möglichkeit sah, die künftige Ermordung von Millionen Unschuldiger zu verhindern.

Geschichtlich Interessierte kennen wohl zumindest in Umrissen Bonhoeffers Lebenswerk: Er war schon 1933 überzeugter Gegner des NS-Regimes, war ein führender Kopf der "Bekennenden Kirche", die sich von den Hitler zustimmenden "Deutschen Christen" absetzte, gehörte zum Umfeld der Attentäter des 20. Juli und wurde auf "Führerbefehl" einen Monat vor Kriegsende im KZ Flossenbürg hingerichtet.

Nun aber, 77 Jahre später, während wir Zeugen brutalen Mordens an einer Nation werden, die im 2. Weltkrieg unermesslich viele Opfer zu beklagen hatte, kann es von besonderem Interesse sein, sich mit Werdegang, Argumentation und Urteilskraft Bonhoeffers noch eingehender zu befassen. Es erscheint wie ein glücklicher Zufall, dass schon im Jahr vor dem Ukrainekrieg eine Biographie Dietrich Bonhoeffers auf den Markt kam:

Detlef Bald, Dietrich Bonhoeffer. Der Weg in den Widerstand. Mit einem Geleitwort von Jakob Knab, WGB Darmstadt 2021, 236 S.

Auch wenn es gewiss schon zuvor zahlreiche Biographien Bonhoeffers gab, so ist doch die Lektüre dieser Neuerscheinung besonders weiterführend. Zwar fällt sie wegen des vorherrschenden akademischen Stils nicht besonders leicht, und man muss manche Stellen wohl zweimal lesen. Die Lektüre wird dadurch erleichtert, dass auf fast jeder Seite Bonhoeffer im Original zitiert und man auf diese Weise auf Zusammenhänge hingewiesen wird, die man so wahrscheinlich noch nicht kannte. Detlef Bald, Friedensforscher und ehemaliger Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, ist ein Kenner der Materie, zugleich aber auch ein Verehrer Bonhoeffers. Besonders erhellend ist die Schilderung von Bonhoeffers Bewusstseinswandel um das Jahr 1930. Denn der spätere Widerstandskämpfer und Märtyrer war keineswegs von Anfang an ein Gegner nationalistischer Ideologie. Noch im Februar 1929 predigte er - als Vikar der deutschen Auslandsgemeinde in Barcelona -, Kriege seien durchaus gottgewollt, weil sie der Größe der Nation dienen. 1930 jedoch brachte ein Studienaufenthalt in New York Bonhoeffer zu einem radikalen Wandel. Die in den USA vorherrschende Rassentrennung, die auch in den verschiedenen protestantischen Gemeinden üblich war, verursachte

bei ihm ein tiefer gehendes Verständnis der wahren Christusbotschaft: Alle Menschen sind, unabhängig von Hautfarbe oder "Rasse", gleichwertige Geschöpfe Gottes.

Konsequent wurde Bonhoeffer nun zum entschiedenen Gegner derer, die sich in den dreißiger Jahren als "Deutsche Christen" verstanden. Detlef Bald belegt überzeugend, was auch heute noch evangelische Amtsträger gerne verschweigen oder beschönigen: Die Mehrzahl evangelischer Pastoren bzw. Amtsinhaber lehnten die NS-Ideologie keineswegs ab oder unterstützten sie sogar. Hakenkreuzfahnen im Kirchenraum oder Hitlerbilder auf dem Altar waren - anders als in katholischen Kirchen - keine Seltenheit!

Geschichte scheint sich allzu oft zu wiederholen. In der Haltung des Moskauer Patriarchen Kyrill zu Putin und dessen verbrecherischen Angriffskrieg kehrt das Schema der "Deutschen Christen" in neuem Gewand zurück: Kyrill hält Putins Barbarei offenbar für die legitime Verteidigung des "heiligen" Vaterlands gegen westliche "Dekadenz und Sittenverderbnis". Und man muss leider konstatieren: Geschichtlich gesehen scheinen Protestantismus und Orthodoxie für ein Bündnis von Thron und Altar anfällig zu sein.

Doch zumindest in der Zeit des Nationalsozialismus gab es auch eine andere Seite: die "Bekennende Kirche", die der NS-Ideologie von Anfang an geistigen Widerstand leistete. Doch sie war in der Minderheit, wurde von der Reichskirche ausgegrenzt und ihrer finanziellen Basis beraubt. Martin Luther hingegen, auch das wird im Buch von Detlef Bald deutlich, wurde von den "Deutschen Christen" zum germanischen, d.h. auch antirömischen Rassenideal verklärt. Ja, er musste teilweise sogar als Kronzeuge für antisemitische Wahnvorstellungen herhalten.

Bonhoeffer bekämpfte nicht nur diese NS-Ideologie, sondern auch eine fehlgeleitete Entwicklung des sog. "christlichen Abendlandes". Bald schreibt dazu:

"... der kritische Blick in die Geschichte des Abendlandes beweise (so Bonhoeffer, G.T.), dies sei eine Geschichte der Kriege; das Abendland habe eine Kultur der Kriegführung entwickelt; diese kriegerische Politik werde vom Christentum mitgetragen und unterstützt; der Westen akzeptiere das Tö-

ten anderer Menschen und die Zerstörung der Natur; Eroberungen und Kolonialismus seien das letzte Beispiel dafür - alles zudem im Zeitalter der Maschine grenzenlos" (S. 214).

Detlef Bald nimmt noch einen anderen, heute aktueller denn je erscheinenden Zusammenhang in den Blick: Christsein verlangt nach Ökumene. Aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus folge, so Bald, die Verpflichtung, gemeinsam das Böse zu bekämpfen - während sich im Lauf der Geschichte leider immer wieder Menschen, die sich selbst als Christen verstanden, gegenseitig bekämpften. Wem fiel heute da nicht das Moskauer Patriarchat ein?

Bonhoeffer, der am 9. April 1945 im oberpfälzischen KZ Flossenbürg erhängt wurde, war, wie ich meine, eine bedeutende Gestalt. Um das größte Unrecht zu verhindern, war für ihn ein Attentat auf Hitler, diese Verkörperung des Bösen, eine christliche Verpflichtung. Dabei aber ging es nicht nur um die Tötung des Diktators, sondern auch die darauf folgende Neuordnung Deutschlands durch eine Reihe von kompetenten Politikern. In Russland scheint ein solcher Kreis von demokratisch gesonnenen Männern und Frauen, die eine neue Ordnung herbeiführen können, zu fehlen.

Robert M. Kerr u. Markus Groß
Vorsitzende von Inârah

7. Symposium von Inârah zur Geschichte des frühen Islams und des Korans

Vom 4.-7. Mai führte Inârah in Trier das mittlerweile 7. Symposium zur islamischen Entstehungsgeschichte und zu den Ursprüngen des Koran durch. Der Ort war zum ersten Mal das idyllisch gelegene Robert-Schuman-Haus. Das Leitmotiv dieser Tagung wurde im gewählten Wahlspruch zum Ausdruck gebracht: „Abschied von der Heilsgeschichte“. Denn in anderen Diszip-

linen, beispielsweise den Bibelwissenschaften oder der Kirchengeschichte, ist der Unterschied zwischen Geschichtsschreibung, die sich auf belastbare Quellen stützt, und Heilsgeschichte schon lange selbstverständlich. Die Islamwissenschaft, wie sie besonders in der westlichen Universitätslandschaft mittlerweile betrieben wird, vor allem nach Etablierung von Seminaren sogenannter islamischer Theologie in manchen Bundesländern in den letzten Jahren, stellt einen intellektuellen Rückschritt dar, da sie diesen Unterschied immer noch nicht wahrhaben zu wollen scheint. Die herkömmliche, „klassische“ Erzählung, eigentlich ein Märchen, von der Koranoffenbarung an Muhammad und der nachfolgenden Islamentstehung, überhaupt ein Destillat verschiedenster, späterer und in der Regel widersprüchlicher Berichte und Beschreibungen, wird bedauerlicherweise immer noch unterrichtet und akademisch verbreitet, als wäre sie wahres Prophetenwort. Historisch-kritische Forschungsansätze bleiben in der Regel die Ausnahme. Der Sinn solcher Tagungen ist es bisher immer gewesen, die wenigen im ursprünglichen Sinne wissenschaftlich arbeitenden Kollegen und Interessierten, die anhand historisch belastbarer Quellen und einer etablierten philologischen Methode vorgehen, zusammenzubringen und ihnen ein Forum zu bieten, auf dem sie sich austauschen können.

Der Sinn der Tagung, uns ein für allemal von der islamischen Heilsgeschichte zu verabschieden, wenn es um Fragen der Geschichte (als das, was *wirklich* passiert ist) geht, basiert auf den Ergebnissen der bisherigen sechs Tagungen und den bis dato insgesamt zehn veröffentlichten Sammelbänden (abgesehen von den in *imprimatur* erschienen Beiträgen). Der Koran – nur vermeintlich „ein Buch“, stattdessen vielmehr, was einem jeden unvoreingenommenen Leser deutlich ist, eine *Textsammlung* – ist nur schwer als Wiedergabe von Offenbarungen an einen Propheten namens Muhammad vorstellbar, oder gar als das verschriftete „Protokoll eines Austausches zwischen dem Verkünder und seiner Gemeinde“, wie es immer noch aus Potsdam zu vernehmen ist. Gattungstechnisch gesehen haben wir es hier stattdessen mit einem ursprünglich christlichen Werk zu tun, vielleicht einem Lektionar in arabi-

scher Sprache, das in der Folge mehrmals von Theologen umgearbeitet wurde, da es klar unterscheidbare redaktionelle Schichten aufweist. Die von der islamischen Überlieferung behauptete Verortung des Frühislam in Mekka und Medina stellt eindeutig eine spätere, anachronistische Rückprojizierung dar. Die Sprache, die Schrift und die theologischen Inhalte weisen vielmehr auf das mesopotamische Nordarabien hin. Von Islam im eigentlichen Sinn kann erst ab dem Zeitalter der Abbasiden (ab 750 n.Chr.) die Rede sein – die Umayyaden waren noch (aus der Perspektive der damaligen chalzedonischen Reichsorthodoxie gesehen) heterodoxe bzw. häretische eschatologische Christen mit einer unmittelbaren Parusie-Erwartung. Die historische Wirkmächtigkeit des Gottgesandten Muhammad kann nicht aus den hagiographischen Fabeln der späteren Sira-Traditionen entnommen werden, die u.a. entstanden sind, um die Prophetenbiographie in den Koran hineinzulesen, wobei der jeweilige „Aufhänger“ dunkle, schwer verständliche Stellen waren. Die Autoren der erst später entstandenen islamischen Meistererzählung bieten, wie schon erwähnt, widersprüchliche Angaben; zudem ist die Tatsache auffallend, dass spätere Werke der Traditionsliteratur (ohne Quellenangaben) überraschenderweise mit viel mehr und viel detaillierteren Auskünften aufwarten. Je später eine Überlieferung, um so mehr „weiß“ sie von Muhammad und den Anfängen. Diese Schreiber, einschließlich Tabari, waren keine Historiker im eigentlichen Sinne, und obschon sie gelegentlich historische Gegebenheiten aufzugreifen scheinen (häufig bis zur Unkenntlichkeit umgestaltet) waren sie eher Moralisten, die sich zur Aufgabe machten, ihre eigene Zeit anhand einer vorgestellten Vergangenheit zu erklären. Sie schufen quasi ein „Prequel“ (eine Geschichte, die wie die Vorgeschichte einer anderen Erzählung präsentiert wird, dies aber nicht ist, aus Filmserien bekannt). Es handelt sich hierbei also um das Gegenteil einer Fortsetzung (bei Kinofilmen: „Sequel“), da die bereits bekannte Handlung nicht fortgeführt wird; vielmehr wird ihr ein zusätzlicher Teil der Geschichte vorangestellt, was literaturwissenschaftlich zur Gattung der „Backstory“ („Toile de fond“) gehört, eine für dramaturgische Zwecke dargestellte Vergangenheit der Hauptdar-

steller, die für (schon als bekannt vorausgesetzt) zentrale Handlungsweisen der Protagonisten von Bedeutung ist. Die Hintergrundgeschichte wird oft verwendet, um der Haupthandlung historische Tiefe oder Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Schwieriger stellt sich die Aufgabe herauszufinden, wie die Entstehung des Islam *wirklich* vor sich gegangen ist. Dies war die eigentliche Aufgabe aller vorherigen und auch des diesjährigen Symposions, an dem Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Ländern (Deutschland, Algerien, Belgien, Dänemark, Frankreich, dem Libanon, den Niederlanden, Polen, der Schweiz, Syrien, Tunesien, USA und Kanada) teilnahmen. Die Vorträge und Diskussionen wurden wie in allen vorherigen Tagungen auf Deutsch, Arabisch, Französisch und Englisch gehalten; aus Sicht der Erhaltung der deutschen Sprache als wissenschaftliches Medium von Weltgeltung ist positiv anzumerken, dass mehrere ausländische Teilnehmer ihre Vorträge auf Deutsch hielten. Die Eröffnungsreden am ersten Abend waren aktuellen Gegenwartsfragen gewidmet, so die des international bekannten Islamkritikers und -wissenschaftlers Ibn Warraq dem Konzept „Islamophobie“, einem Kampfbegriff, mit dem sozial und intellektuell wichtige Diskussionen bereits im Keim erstickt werden. Mit dem Einfluss historisch-kritischer Forschungen auf die gesellschaftlichen Debatten in der islamischen Welt beschäftigte sich der auch in Medien oft zu sehende deutsche Autor und Sozialwissenschaftler Ralph Ghadban. Am zweiten Tag begann dann die historische Aufarbeitung der Entstehung des Islam und die Religionsgeschichte des Vorderen Orients in der Spätantike: Was eigentlich der Slogan „Allahu akbar“ bedeutet, versuchte Volker Popp zu klären, während Gabriel Abousamra das Verhältnis der aramäischen Ahiqar-Traditionen zu dem koranischen Luqman beleuchtete. Raymond Dequin und Stephen Shoemaker zeigten, warum der heiligste Ort des Islam ursprünglich Jerusalem und nicht Mekka gewesen sein muss und verwies auf die Substrattraditionen der islamischen Pilgerfahrt. Marcin Grodzki und Otfried Weintritt besprachen danach die Probleme der Quellenlage bei der angeblichen Prophetenbiographie, der sog. Sira. Peter von Sivers bewies die bisherige Fehldatierung der *Doctri-*

na Jacobi, die oft als einer der wenigen angeblichen Belege für die Historizität des Propheten angeführt wird und stellte die dem Rabbi Simeon b. Yohai zugeschriebenen *Nitsarot* vor, die erst später entstanden sind und somit nichts über Zustände im ersten Viertel des 7. Jh. aussagen können. Der letzte Vortrag des Tages, von dem frisch promovierten Barino Barsoum gehalten, besprach die Frage, wie und warum die Traditionen um und über Muhammad, u.a. die Hadithe, erst später als Legitimationsquelle für das islamische Recht erfunden wurden. Der dritte und vierte Tag waren hauptsächlich koranischen Themen gewidmet: Daniel Brubaker stellte das von ihm initiierte und mit befreundeten Wissenschaftlern durchgeführte (Privat-)Projekt einer bisher fehlenden kritischen Ausgabe des Koran vor. Die biblischen Hintergründe der Suren 105 und 106 wurden von Bruno Bonnet-Eymard besprochen, für das Problem der sogenannten „geheimnisvollen Buchstaben“ im Koran, die am Anfang einer Reihe von Suren stehen und für die es weder in der islamischen Tradition, noch in der westlichen Islamwissenschaft eine allgemein akzeptierte Erklärung gibt, wurde von Gerd-R. Puin eine überzeugende Lösung präsentiert. Redaktionsgeschichtliche Fragen wurden von Guillaume Dye und Ebrard Da Costa detailliert behandelt, während Munther Younes erörterte, wie die späteren muslimischen Exegeten den Korantext manipulierten, um Glaubensstellungen zu rechtfertigen. Auffallende Parallelen einer arabischen Handschrift des Lukasevangeliums mit einem Hadith wurden von Samir Arbache zur Diskussion gestellt. Markus Groß besprach mögliche buddhistische Einflüsse in der islamischen Orthopraxis sowie einen Paralleltext im Koran und dem buddhistischen Tipitaka. Julien Decharneux, ebenfalls kürzlich promoviert, und Jan Van Reeth stellten den aus dem Süden (den heutigen Emiraten) stammenden christlich-aramäischen theologischen Hintergrund des Korans vor. Der Bogen zur Thematik des Beginns der Tagung wurde von Gordon Nickel geschlossen, der seinen Vortrag dem Phänomen der Verbreitung von wenig echter und viel vermeintlicher Wissenschaft auf Twitter und anderen sozialen Medien widmete.

Als interdisziplinäres Diskussionsforum fand am Abend des dritten Tages ein run-

der Tisch „zu den Ursprüngen des Korans“ statt, moderiert von Jean Claude Muller, in dem die zahlreichen Facetten des Themas debattiert wurden. Am Abend davor hatte es kein formelles Programm gegeben, stattdessen fanden die Diskussionen im Rahmen eines gemeinsamen Dinners aller Teilnehmer im Blesius Garten auf der gegenüberliegenden Moselseite statt, zu dem der durch viele wissenschaftliche Publikationen bekannte Max Otte eingeladen hatte, der sich außer seinem originären Fachgebiet auch der Förderung geistesgeschichtlicher Forschung verschrieben hat.

Allgemeine Gradmesser für den Erfolg eines Symposions sind schwer zu finden. Einer ist die Veröffentlichung von sog. „Proceedings“ und deren Akzeptanz durch die Fachwelt. Bei allen bisherigen Inârah-Tagungen wurden die Vorträge zu Artikeln ausgearbeitet, die später in Sammelbänden erschienen sind und dies ist auch dieses Mal geplant. Der Abgabetermin für alle Beiträge für den 11. Sammelband wurde auf Ende August festgesetzt, voraussichtlich also wird die ausgearbeitete schriftliche Version der gehaltenen Vorträge noch vor Jahresende erscheinen.

Daneben ist aber auch die Rolle einer solchen Veranstaltung als Forum des Gedankenaustausches zu erwähnen. Und schließlich ist ein Qualitätskriterium, ob wichtige Fragen gestellt wurden und ob und wie nach Antworten gesucht wurde. Die 7. Inârah-Tagung jedenfalls war, wie auch alle vorherigen, dadurch geprägt, dass die nicht selten lebhaften und passionierten Diskussionen bis lang in die Nacht andauerten – und wohl nicht selten auch nach Abschluss der Veranstaltung weitergeführt werden.

Werner Müller

Hubertus Halbfas gestorben

Hubertus Halbfas ist in der Nacht zum 1. März 2022 in seinem sauerländischen Geburtsort Drolshagen wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag verstorben. Ihn an-

gemessen zu würdigen ist im Abstand von ca. sechs Wochen, nach den zahlreichen Nachrufen in fast allen einschlägigen Medien, recht schwer – will man nicht lediglich wiederholen und kompilieren, was etwa „sein“ Verlag (Patmos) oder die Vertreter seines Fachs, der Religionspädagogik, über ihn geschrieben haben. Da imprimatur ihn seit langen Jahren zu seinen Abonnenten und in den letzten Jahren (wieder) zu seinen Autoren zählen durfte, seien hier nur einige persönliche, für unsere Zeitschrift spezifische Facetten angesprochen jenseits seiner allgemeinen Bedeutung: als einer der bekanntesten Religionspädagogen Deutschlands, als „Anwalt der jungen Leute“, als Vertreter einer aufgeklärten Theologie, sprachsensibler Interpret der christlichen Tradition und Kirchenkritiker; Gotthard Fuchs hat seinen Nachruf in *Christ in der Gegenwart* (11/2022) unter die großen Stichworte „Mystik und Aufklärung“ gestellt.

Vor etlichen Jahren, als der Unterzeichner dieser Zeilen noch im universitären Dienst war und Hubertus Halbfas, der damals auf dem Höhepunkt seines „Ruhms“ stand – die Halbfas-Religionsbücher waren flächendeckend in Deutschland eingeführt, die historisch ausgerichtete Religionspädagogik betrachtete und bearbeitete ihren Verfasser bereits als „Klassiker“ der neueren Religionsdidaktik –, zu einem Akademievortrag und einer Gastvorlesung an die Universität in Saarbrücken einlud, kam er mit einem Kofferraum voll Unterrichtsmaterialien (frühe Textsammlungen wie „Das Menschenhaus“, „Das Welthaus“, seine kommentierten Dia-Serien zur großen europäischen Kunst u.a.) – zum Verschenken an die Studierenden! Er war sich nicht zu schade, dabei selbst Hand anzulegen. Die beiden Vorträge fanden vor gut gefüllten Rängen statt; der evangelische Fachkollege hat mit ihm ein ausführliches Forschungsgespräch über die Genese seines hermeneutischen, symboldidaktischen Konzepts geführt. In Theorie und Praxis zeigte er sich gleichermaßen bewandert.

Wenige Zeit später kam es zu weiteren persönlichen Begegnungen, als Hubertus Halbfas bei den jährlichen Klausurkonferenzen des sog. Königsberger Kreises (wieder) auftauchte, einer Gruppe von Philosophen, Theologen, Historikern, Publizisten und sonstigen ‚Intellektuellen‘ katholischer

Provenienz, der sie aber kritisch bis skeptisch gegenüberstehen. Das passte sehr gut zu Halbfas, der *sentire cum ecclesia* mit scharfer Kirchenkritik verband. Nach den Annalen dieses informellen Kreises hatte er schon 1968 auf der zweiten Konferenz auf Burg Rothenfels zum Thema „Die Bürde des Christentums und die Zukunft der Gesellschaft“ teilgenommen. Im Jahr 2017 hielt er dort sein letztes Referat über „Die Anfänge von Religion“; zum Philosophischen Symposium des Königsberger Kreises 2021 in Bonn war er zwar angemeldet, aber schon durch seine Krankheit am Kommen verhindert.

Bei diesen Konferenzen – die dazwischen liegenden können nicht alle aufgezählt werden – hielt er sporadisch Vorträge, die das jeweilige Tagungsthema mit dem seines letzten oder aktuellen Buchs verbanden, von Büchern, die zuletzt nicht mehr nur religionspädagogischen im engeren Sinn, sondern zunehmend allgemein theologischen, religionsphilosophischen Themen gewidmet waren; aus einigen davon gingen auch Artikel für *imprimatur* hervor, z.B. „Institution – Macht – Evangelium“ (4/2015).

Apropos Institution: Die Institution katholische Kirche hat Hubertus Halbfas arg mitgespielt. Ihm wurde 1968 die Lehrbefugnis entzogen und seine akademische Laufbahn damit beendet. Schon vorher war dem 35-Jährigen von dem Kölner Kardinal Frings ein Lehrstuhl an der Pädagogischen Hochschule in Bonn verweigert worden. Und seine Existenz als freier theologischer Publizist und Religionsbuchautor wäre ums Haar durch den Entzug der kirchlichen Schulbuchzulassung durch einen anderen Kardinal vernichtet worden. Infolge dieser Auseinandersetzungen stellte Halbfas einen Antrag auf Laisierung, der sofort vom Papst akzeptiert wurde. Davon berichtete er später, wenn er überhaupt darauf zu sprechen kam, mit heiterer Gelassenheit, keineswegs verbittert.

Wer sich ein genaueres Bild von Halbfas' theologischer Statur und Kontur machen möchte, greife nochmals zu zwei Texten, die im letzten Jahr in dieser Zeitschrift erschienen sind:

Felix Senn, Säkulare Frömmigkeit. Zum Werk von Hubertus Halbfas anhand seines letzten Buchs (*imprimatur* 2/2021, 78 – 81) – worin dieses Buch als „reife Frucht

seines ganzen theologischen und religionspädagogischen Schaffens“ vorgestellt wird. (Siehe auch seine Besprechung von „Tischgemeinschaft“, dem letzten Buch von H.H. in diesem Heft S. 141). Und zu seinem letzten hier veröffentlichten Text: „Von einem versteckten Theologen, von dem die akademische Theologie keine Kenntnis nimmt“ (3/2021, 207 f). In diesem Nachruf auf den belgischen Theologen Roger Lenaers (1925 – 2021), der als „der ehrlichste, bescheidenste und kritischste Theologe, den ich kenne“, apostrophiert wird, liefert Halbfas, im Nachhinein betrachtet, in gewisser Weise zugleich ein kurzes Selbstportrait. Die Parallelen sind unübersehbar. Seine eigene Autobiographie unter dem Titel „So bleib doch ja nicht stehen. Mein Leben mit der Theologie“ (2015) zeigt dies in vielen Details – und dass er bis zuletzt, bis zur Verschlimmerung seiner Krankheit im letzten Sommer, buchstäblich nicht stehen blieb. R.I.P.

Theo Mechtenberg

Władysław Bartoszewski – polnischer Patriot und Freund der Bundesrepublik Deutschland

Freunde vergisst man nicht. Man gedenkt ihrer über ihren Tod hinaus. Das gilt im persönlichen Leben, und es gilt in der Geschichte der Völker. Einer der als polnischer Patriot ein Gedenken verdient, ist der am 14. April 2015 verstorbene Władysław Bartoszewski. Am 19. Februar 2022 wäre er 100 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass beschloss der polnische Senat am 26. November 2021, das Jahr 2022 Władysław Bartoszewski zu widmen, „dem großen Patrioten, dessen Credo für das für Polen bedeutsame Engagement zugunsten der Zukunft der demokratischen Republik Anerkennung verdient“, wie es in dem Senatsbeschluss heißt. Vorgesehen sind zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen.

Freund der Bundesrepublik Deutschland

Eine gleiche Wertschätzung sollte Władysław Bartoszewski auch in Deutschland zu teilwerden. Als erster Pole in der Geschichte deutsch-polnischer Beziehungen und als Außenminister seines Landes hielt er 1995 zum 50. Jahrestag des Kriegsendes vor den versammelten Abgeordneten des Deutschen Bundestags und Bundesrats eine von ihnen mit einer minutenlangen standing ovation bedachte Rede. Er zeichnete nicht nur ein schonungsloses Bild vom Leiden der Polen unter deutscher Gewaltherrschaft, er nannte auch die von Polen mit zu verantwortende Vertreibung der Deutschen ein „Übel“, wenngleich ein geringeres im Vergleich zu dem, was sein Volk erlitten hat. Und er betonte, dass Deutsche und Polen nur gemeinsam eine Zukunft haben.

In der Rede findet sich ein Passus, der Aufschluss über das Selbstverständnis von Bartoszewski gibt: „Die Erfahrungen dieser wenigen furchtbaren Jahre, das Wissen um die Konzentrationslager, die Folterstätten und Gaskammern haben für mich ein für alle Mal die Entscheidung für meinen weiteren Lebensweg mit sich gebracht: gegen Hass, gegen Diskriminierung von Menschen, aus welchen Gründen auch immer -- im Blick auf Rasse, Klasse, Nationalität oder Religion --, wie auch gegen intellektuelle Gewalt, wozu die Lüge in der Geschichte gehört und der Mangel an Toleranz gegenüber Andersdenkenden.“

Jahre zuvor wurde Bartoszewski 1986 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Die Laudatio hielt der mit Bartoszewski freundschaftlich verbundene Professor Hans Meier. Er erinnerte an eine Frage, die er einmal Bartoszewski gestellt hatte: „Wie kam es, dass Sie nicht Rache suchten, dass Sie nicht als Verfolgter zum Verfolger wurden?“ Bartoszewski habe geantwortet, er sei durch glückliche Umstände am Leben geblieben, und das verpflichte ihn, „anderen zu helfen“.

Ein Leben bestimmendes Erlebnis

Bartoszewski ist als Sohn einer gut situierten Familie in Warschau aufgewachsen, wo er 1939, kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen, sein Abitur machte. Er kannte die damalige, von Teilen der Kirche unterstützte antisemitische Atmosphäre. Er wusste um die Ausgrenzung der Juden, die

als Studenten im Hörsaal in eigens für sie bestimmten Gettobänken Platz nehmen mussten, und er kannte den Aufruf „Kauft nicht bei Juden“, den die Nazis am 1. April 1939 für sich übernahmen. Im von Deutschen besetzten Warschau mangelte es daher an der nötigen Solidarität mit den Juden, die ersten Opfer deutscher Willkür.

Auf diesem Hintergrund ist ein Vorgang von Ende September 1939 bezeichnend. Die deutschen Ordnungskräfte griffen wahllos Passanten auf, die sie für Juden hielten, um sie zur Beseitigung vom Aufstand übrig gebliebener Barrikaden zu zwingen. Bartoszewski sah, wie Männer eine Medaille der Gottesmutter unter dem Hemd hervorholten und, von Panik erfasst, erklärten, keine Juden, sondern Christen zu sein. Man ließ sie daraufhin laufen. Bartoszewski dachte „Bei Gott, was für eine Schweinerei. Diese Leute distanzieren sich bereits von den Juden. Sie halten sich für etwas Besseres, weil sie die – übrigens jüdische – Gottesmutter verehren, die Mutter Jesu, Miriam aus Nazareth“. Er, 17jährig, den man seiner großen Nase wegen für einen Juden halten konnte, ließ sich festnehmen und beseitigte gemeinsam mit den gedemütigten Juden unter deutscher Aufsicht die Barrikaden der Stadt. Mitunter erwächst Heldenmut aus Scham.

Aus Todesnot gerettet

Mitte Dezember 1940 befand sich Bartoszewski als Häftling Nr. 4427 in der Hölle von Auschwitz. Und es schien, dass, gerade einmal 18jährig, sein junges Leben dort zu Ende gehen würde. Beim Morgenappell brach er ohnmächtig zusammen. Im Lagerkrankenhaus stellte man eine schwere Lungenentzündung fest. Zwei polnische Häftlingsärzte überlegten, ob man ihn bei der geringen Chance, ihn retten zu können, aufnehmen solle. „Schade um den Platz bei all den vielen Kranken. Er wird nicht überleben.“ Man nahm ihn doch auf, und Bartoszewski wurde gesund. Und er hatte das seltene Glück, nach gut zwei Monaten entlassen zu werden.

Berufen zum Zeugen der Wahrheit und Helfer der Leidenden

Die Auschwitzerfahrung stürzte Bartoszewski in eine Glaubenskrise. Was er dort erlebt hatte, widersprach allem, was seinem

Leben bisher durch die familiäre Erziehung, durch Schule und Kirche die Prägung gab. In seiner inneren Not wandte er sich, zwanzigjährig, an den in intellektuellen Kreisen hoch geschätzten Priester Jan Zieja. Und der erklärte ihm, sich mit der Frage herumzuquälen, warum ausgerechnet er gerettet wurde, andere aber umkommen, mache keinen Sinn. „Gott wollte, dass du lebst. Wozu? Was meinst du? Nicht dazu, dass du dich selbst bemitleidest, sondern dazu, dass du Zeuge der Wahrheit bist. Dass du weißt, dass es dieses schreckliche Böse gibt und zugleich gewiss bist, dass es das Gute geben muss. Wir sind von Unglücklichen und Leidenden umgeben. Denen musst du helfen.“ Aber wem, fragt Bartoszewski. Und Zieja antwortet: „Weißt du um das, was im Getto geschieht?“

Bartoszewski wurde zu einem Zeugen der Wahrheit. Man kannte ihn als einen, der Klartext redete, der, auch später als Diplomat, keine faulen Kompromisse einging. Und obwohl ihm der Ausbruch des Krieges und die Okkupation nicht erlaubten, ein Studium aufzunehmen, wurde Bartoszewski zu einem der bedeutendsten Historiker jener Schreckenszeit. Das bekannteste seiner rund 500 Bücher ist wohl die Chronik der besetzten polnischen Hauptstadt „1859 Tage Warschau“.

Während der Okkupation wurde Bartoszewski Mitbegründer von „Zegota“, einer geheimen Hilfsorganisation zur Rettung von Juden. Der Staat Israel ehrte ihn für sein Engagement als „Gerechten unter den Völkern.“

Am Ende seines Lebens wertete Bartoszewski das Beichtgespräch mit Jan Zieja als eine Stunde innerer Befreiung: „Es war eine große Gnade, die mir zuteilwurde. Dafür bin ich Gott dankbar. Nicht nur für meine Errettung, sondern für Ausrichtung meines Lebens, die ich nicht durch Erleuchtung oder Offenbarung erfuhr, denn die wurden mir nicht zuteil, sondern durch Gott nahe Menschen.“

Aktiv im Widerstand

Mit den Jahren nahm der deutsche Terror in Warschau zu und erreichte im Herbst 1943 einen Höhepunkt. Wer sein Haus verließ, wusste nicht, ob er wieder heimkam. Er konnte willkürlich verhaftet und erschossen werden, wie es einem engen Freund von Bartoszewski erging. Mit dem

Terror wuchs auch der Hass auf die Deutschen. Sich ihm zu entziehen, ist nicht leicht, wenn einem täglich Folter und Tod drohen.

Bartoszewski gehörte zu dieser Zeit zur geheimen „Front der Wiedergeburt Polens“, ein Kreis um den Priester Jan Zieja. Er traf sich in Privatwohnungen und diskutierte, ob ein Christ die Deutschen hassen darf. Wo verläuft die Grenze zwischen notwendigem Kampf und blinder Rache? Schließlich gab es Deutsche wie den Münsteraner Bischof Graf von Galen, der sich unmissverständlich den Nazis entgegenstellte, oder die Geschwister Scholl, die ihren Kampf gegen das Naziregime mit dem Leben bezahlen mussten.

Die „Front der Wiedergeburt Polens“ gab auch die Untergrundzeitschrift „Prawda“ (Wahrheit) heraus. Bartoszewski gehörte zur Redaktion. Sie veröffentlichte das Gedicht einer zum katholischen Glauben konvertierten Jüdin. Es ist ein einziges Flehen, Gott möge sich der schrecklichen Leiden der Polen erbarmen; doch es endet mit der Zeile „Komm zu Hilfe, Herr, den Frauen und Kindern in der Feuersbrunst Hamburgs.“

Wie jeder Angehörige der im Untergrund kämpfenden AK (Heimatarmee) hatte auch Bartoszewski seinen Eid geleistet: „Im Angesicht des Allmächtigen Gottes und der Allerheiligsten Jungfrau Maria lege ich meine Hände auf dieses Heilige Kreuz, das Zeichen des Leidens und der Erlösung, und schwöre dem Vaterland, der Polnischen Republik, treu zu sein, unbeugsam ihre Ehre zu achten, und mit aller Kraft, bis zum Opfer meines Lebens um ihre Befreiung aus der Unfreiheit zu kämpfen. Dem Präsidenten der Polnischen Republik und den Befehlshabern der Heimatarmee werde ich bedingungslos gehorchen und Geheimnisse ungebrochen wahren, was immer mich auch treffen mag. So mir Gott helfe.“ Während des Warschauer Aufstands war Bartoszewski für die Kommunikation zwischen den einzelnen Verbänden zuständig. Falls er in den Kämpfen sterben würde, sollten auf seinem Grabstein lediglich der Name und die Aufschrift „AK-Soldat“ zu lesen sein.

In kommunistischer Haft

Am 14. Dezember 1949 ist Bartoszewski auf dem Weg zu einer Theateraufführung.

Ein Mann spricht ihn an: „Herr Bartoszewski? – Ja. – Dann kommen Sie bitte mit. – Wohin? – Zu uns, ins Ministerium, für einen Augenblick.“

Aus dem Augenblick wurden gut sechs Jahre. Zwei Jahre Untersuchungshaft mit ständigen Verhören. Dann der Prozess mit absurden Beschuldigungen. Schließlich das Urteil. Acht Jahre Freiheitsentzug wegen Spionage für eine ausländische Macht.

Im Gefängnis traf Bartoszewski mit der Elite des polnischen Untergrundstaates zusammen. Das bot die Gelegenheit zu Vorträgen und Diskussionen. Und es gab auch deutsche Häftlinge, Gestapoleute, die eine langjährige Haftstrafe abzusetzen hatten. Für Bartoszewski die Chance, in Gesprächen mit ihnen nicht nur seine deutschen Sprachkenntnisse zu verbessern, sondern auch aus der Sicht des Feindes Informationen zum Kriegsgeschehen und zur Okkupation zu erhalten, Material, das ihm für seine späteren historischen Forschungen von Nutzen war.

Am Tag seiner Verhaftung war Bartoszewski 27 Jahre alt. Mit 33 Jahren verließ er, lungenkrank, die Haftanstalt. Gesundheitlich ist er stark angeschlagen, doch geistig und moralisch ungebrochen. Er ist nicht einmal wegen der verlorenen Jahre verbittert. Denn für Bartoszewski war es keine verlorene Zeit. „Im Grunde haben mir die Kommunisten einen Dienst erwiesen, indem sie mich einsperrten. Ich war ein junger Mensch, und wäre ich in Freiheit verblieben, dann hätte ich auch irgendwie leben müssen. Und ich wäre des Öfteren gezwungen gewesen, kleine oder auch größere Kompromisse einzugehen. Doch nach meiner Inhaftierung hatte ich lediglich ein Dilemma: Über die Kollegen in der Zelle zu berichten oder nicht. Nachdem ich erklärt hatte, dass ich nicht berichten werde – gestaltete sich mein Alltagsleben ganz einfach.“

Übrigens hat Bartoszewski auch später, nach dem Ende des Kommunismus, keinen Namen der auf ihn angesetzten 56 Inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit preisgegeben, und dies aus Rücksicht auf deren Kinder und Kindeskinde.

Die Zeit des Kriegsrechts

Ende der 1970er Jahre spitzte sich die soziale und politische Lage in Polen zu. Die Regale in den Geschäften gähnten vor Lee-

re. Es kam zu einer Versorgungskrise. Streiks brachen aus. Lech Wałęsa, ein einfacher Arbeiter, forderte die Kommunisten heraus. Er gründete die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“, die mit ihren 10 Millionen Mitgliedern einen beträchtlichen Machtfaktor darstellte und mit ihren demokratischen Forderungen auf einen Systemwandel hinarbeitete. Um die Macht der kommunistischen Partei und Regierung zu sichern, verhängte General Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht. Noch in der gleichen Nacht kommt es zu umfangreichen Verhaftungen führender Vertreter der „Solidarność“ und ihrer Berater, darunter auch Władysław Bartoszewski. Proteste aus dem Ausland erreichten schließlich seine Freilassung. Aus Westberlin erhielt er eine Einladung zu einem durch ein Stipendium finanziell abgesicherten Aufenthalt. Er nimmt das Angebot an, und die kommunistischen Behörden erlauben die Ausreise.

Bartoszewski nutzt die Jahre des Kriegsrechts, in denen in seiner Heimat das gesellschaftspolitische Leben erstickt wurde, um im Westen als Anwalt für ein unabhängiges, freies Polen zu werben und zu wirken. Er hält zahllose Vorträge, lehrt an drei Universitäten, knüpft Kontakte bis in die höchsten politischen und kulturellen Kreise. In einem dem DDR-System gewidmeten Seminar beklagt er das geringe Interesse der Studenten für ihre Altersgenossen jenseits der Elbe. Und er zeigt sich überzeugt, dass sie noch die Wiedervereinigung erleben werden. Wegen dieser Prognose gilt Bartoszewski unter den Studenten bei all seiner Beliebtheit als ein naiver Träumer.

Im diplomatischen Dienst

Im europäischen Umbruchjahr 1989 ist Bartoszewski 67 Jahre alt, also in einem Alter, in dem andere ihren wohl verdienten Ruhestand antreten. Er aber beginnt seine diplomatische Karriere. Nach den von den Vertretern der „Solidarność“ gewonnenen halbfreien Wahlen übernahm der einstige Oppositionelle Tadeusz Mazowiecki die Regierungsgeschäfte. 1990 erhielt Bartoszewski von ihm die Einladung zu einem halbstündigen Gespräch: „Wir trinken Tee, unterhalten uns über persönliche Dinge. So vergingen zwölf Minuten. Ich nahm meine Uhr zur Hand, legte sie vor mich hin und

sage: - Hör, Tadeusz, Du hast wenig Zeit, erlaub mir also, Dir einen Vorschlag zu machen. Ich komme gerade aus Deutschland zurück. Die Ludwig Maximilian Universität verlängert den Vertrag mit mir. Ich könnte Dir irgendwie helfen, z. B. durch informelle Kontakte zu den Christdemokraten... Daraufhin blickt mich Mazowiecki verwundert an: - Du sollst eigentlich nach Wien gehen. Wozu? – Weil man über den dortigen Botschafter empört ist, denn er ging in Danzig gegen die Solidarność vor.- Wir müssen ihn abberufen. Und Du musst die Botschaft übernehmen. Ich sage: Aber ob ich mich überhaupt darin auskenne? Und er schaut mich, wie es seine Art ist, traurig an. – Kenne ich mich etwa aus?“ So begann Bartoszewskis Karriere als Diplomat, zunächst als Botschafter in Wien, dann als Außenminister, schließlich als Sonderbeauftragter für internationale Beziehungen.

Halb im Spaß, halb im Ernst hatte Bartoszewski Gott gebeten, als ein aktiver Mensch zu sterben. Und er starb an einem Freitag, nachdem er Anweisungen für die kommende Woche herausgegeben, die Papiere geordnet, die Kanzlei des Premiers verlassen hatte und nach Hause heimgekehrt war.

Quelle: Marek Zajaz, Dziesięć punktów zwrotnych (Zehn Wendepunkte), Tygodnik Powszechny v. 20.02.2022, S. 59-63.

Offener Brief des Senats und Rektorats der Katholischen Universität Lemberg vom 23. März 2022 an die christlichen Gemeinschaften in der Welt

Mit Beginn der neuen Phase des gegenwärtigen russisch-ukrainischen Krieges erkennen die Ukrainer ihre Geschichte als unauslöschlich in die Seiten der Heiligen Schrift, in die verwickelten Geschehnissen der biblischen Geschichten eingeschrieben.

Für Putins Regime gilt: „Dämonengeister, die Wunderzeichen tun, schwärmten aus zu den Königen der ganzen Erde, um sie zusammenzuholen für den Krieg am großen Tag Gottes, des Herrschers über die ganze Schöpfung“ (Offb. 16,14), und sie fanden ihre Hoffnung im Sieg Davids gegen Goliath (Offb. 17, 1-52).

Der durch Leiden und Tod hervorgerufene Schmerz, die Bitterkeit wegen der Gleichgültigkeit mancher Weltpolitiker, aber auch die Dankbarkeit denen gegenüber, die uns zu Hilfe eilten, das sind die Gefühle, die heute die ukrainische Nation durchlebt. Gleichzeitig ist sie überzeugt, dass aus diesem Opfer, das die ukrainischen Soldaten und die Zivilbevölkerung heute erbringen, eine neue Ukraine hervorgeht. Genau das kann man aus den Worten des Göttlichen Opferlammes folgern: „Seht, ich mache alles neu“ (Offb. 25,5).

Die biblische Dimension des gegenwärtigen russisch-ukrainischen Krieges verändert das Angesicht unseres Planeten. Heute zerbricht die nach dem II. Weltkrieg entstandene gesamte globale Sicherheitskonzeption. Dieser Riss geht durch das ganze Arsenal an internationalen Verständigungen, an Institutionen der Sicherheit und Mechanismen für die Aufrechterhaltung des Friedens. In einem einzigen Augenblick verlieren bestimmte Berufskarrieren und weltanschauliche Orientierungen, an die wir uns gewöhnt haben, ihren Sinn. Jüngste Axiome büßen ihre zweifelsfreie Eindeutigkeit ein und werden zu Theoremen, die eines neuerlichen Beweises bedürfen. Alle diese den geopolitischen status quo treffenden Erschütterungen erlebt auch die ökumenische Christenheit. Als Folge des unverhüllten Heidentums der Äußerungen des Moskauer Patriarchen, der die brutalen Grausamkeiten der russischen Soldateska rechtfertigt, geriet das gesamte Korpus der zwischenkirchlichen Beziehungen ins Wanken.

All jene „berufsmäßigen“ Ökumeniker sind ohne jedes Schamgefühl, die auf einen Wink Moskaus hin selbst bei den geringsten Vorfällen den Ukrainern einen angeblichen Bruch der Religionsfreiheit jener Orthodoxen vorwerfen, die in der eucharistischen Gemeinschaft mit dem Patriarchen verblieben. Dabei rechtfertigte das Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche selbst die Morde und Gewalttaten an eben

diesen russisch sprechenden Orthodoxen, deren Seelen für viele Jahre Schaden nehmen.

Nun hören wir Stimmen von Kirchenführern aus der ganzen Welt, die dazu aufrufen, dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten und menschliches Leben zu retten. Wir sind den Theologen verschiedener Bekenntnisse dankbar, die die Kriegstreiber und die von ihnen verübten Grausamkeiten verurteilen. Zugleich können wir jedoch andere Stellungnahmen nicht mit Schweigen übergehen, hinter denen sich allzu oft Angst vor einer Beschädigung des „ökumenischen Dialogs“ verbirgt – Angst, den Schuldigen beim Namen zu nennen. Verzweifelte Versuche, einen kleinen Rest des weltchristlichen status quo zu bewahren, wobei schöne Worte die bittere Wahrheit von der Ablehnung der Einheit und ihrer Zerstörung verschleiern.

Man wünscht sich eine möglichst schnelle Verständigung der „verfeindeten Brüder“ und die Rückkehr zu einem „Dialog um jeden Preis“, zu den hinter den Kulissen abgesprungenen Ritualen eines Austausches der Höflichkeiten, die uns schon zur Gewohnheit geworden sind, zur Rettung des eigenen hierarchischen Status und der Karrieren sowie zur Beruhigung des eigenen Gewissen.

All dies ist menschlich verständlich, doch unter dem Aspekt der Vorsehung – unnützlich. Der jetzige Augenblick verlangt von den Kirchen eine prophetische Stimme, frei von Angst und Ideologie. Wir wollen von ihren Lippen nichts von „tiefer Beunruhigung wegen des Krieges“ hören, denn das ist die Sprache der Diplomatie. Wir wollen die bedeutsamen Worte der Wahrheit hören, die Jesus heute gesagt hätte, der uns mit seiner Haltung lehrte, dass man sich in Gott betreffenden Fragen der Wahrheit nicht entziehen darf. Denn nur eine solche Sprache kann als Sprache des Glaubens gelten. „Wer das Leben gewinnen will, wird es verlieren; wer aber das Leben um meinetwillen verliert, wird es gewinnen“ (Mt 10,39).

Im gleichen Widerspruch zum Evangelium steht die Gleichsetzung der Leiden, welche die ukrainischen und die russischen Krieger erfahren. Erstere verteidigen ihr Land, letztere plündern ein fremdes. Die russischen Kriegsverbrecher, die Geburtskliniken zerstören, auf Alte und Kinder schießen, Frauen vergewaltigen, zu Marodeuren

werden und sich ihrer „Eroberungen“ rühmen, sind keine „Bedauerungswürdige“. Die Leiden der ukrainischen und russischen Soldaten gleichzusetzen, das mag zwar der Ideologie der political correctness entsprechen, nicht aber dem Evangelium, das immer auf Seiten der Opfer steht.

Eben darum sind wir überzeugt, dass für die Welt die Zeit gekommen ist, Stellung zu beziehen, und das sowohl auf der politischen wie auf der geistigen Ebene. Man kann nicht weiterhin über den satanischen Charakter des Kremlregimes hinwegsehen, das Hass säht, unverhohlen lügt und grausame Kriege führt. Das sind neue Ausgeburten jener Macht, vor der die Gottesmutter in Fatima warnte, und diese Macht muss die juristische und moralische Verantwortung tragen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine darf nicht damit enden, dass all jene, die diese Taten verübten, weiterhin als voll berechnete Mitglieder der Weltgemeinschaft betrachtet werden.

Ebenfalls unzulässig ist es, dass die Führung des Moskauer Patriarchats die moralische Verantwortung verweigert und dazu noch die juristische, Putins Regime moralische Unterstützung gewährt und den von Putin entfesselten Krieg rühmt. Angesichts der schrecklichen Grausamkeiten der russischen Soldaten in der Ukraine sagte ausgerechnet der Moskauer Patriarch: „Es kann bezüglich unserer Krieger kein Zweifel bestehen, dass sie in ihrem Leben einen äußerst guten Weg wählten.“ Aufgabe der christlichen Ökumene ist es, ihm zu verdeutlichen, dass der Weg dieser Krieger wie sein persönlicher Weg ins Verderben führt. Wenn die christliche Welt will, dass die russische Orthodoxie moralisch gesundet und sie die Welt an ihren reichen Schätzen wahren Glaubens samt seiner Tradition teilnehmen lässt, dann muss sie sich bewusst sein, dass es dazu nicht kommt, es sei denn, Hierarchie und Gläubige leisten Buße. Die Ökumeniker der Welt sollen erkennen, dass der Vergleich zwischen der Ideologie einer „russischen Welt“ und der nazistischen Ideologie vollauf berechtigt ist. Daher muss die zur „Reichskirche“ gewordene Russisch-Orthodoxe Kirche ebenfalls die Schande auf sich nehmen wie zu ihrer Zeit die deutsche evangelische Kirche. Denn der Friede Gottes ist die Frucht der Entsa-

gung des Bösen und der göttlichen Versöhnung.

Daher rufen wir im Namen der gesamten Gemeinschaft der Ukrainischen Katholischen Universität die christlichen Führer zu einem bekennenden und prophetischen Wort auf; gebietet dem Bösen Einhalt! Wir können es nicht zulassen, dass das Dunkel der Finsternis und des Todes Generationen ukrainischer Jugend zu verschlingen beginnt, denen wir den Glauben an das Gute, die Wahrheit und die Barmherzigkeit vermittelt haben. Lassen wir es nicht zu, dass sie an diesen Werten zweifeln und helfen wir ihnen, die Morgenröte zu erblicken: „Die Nacht ist vorgerückt, der Tag ist nahe. Darum lasst uns ablegen die Werke der Finsternis und anlegen die Waffe des Lichtes“ (Röm 13,12). Die gegenwärtigen Blutopfer der Ukraine müssen zu einem Augenblick des Kairos werden, von dem die Erneuerung der Erde ihren Anfang nimmt!

Lutz Lemhöfer: Crime time

Mit Witz und Chuzpe auf Mörderjagd

Rezension: Michel Bergmann: Der Rabbi und der Kommissar. Du sollst nicht morden. Heyne-Taschenbuch. 288 Seiten. 11 €

Ruth Axelrath ist ein Mitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt. Die 80jährige hat als Kind das KZ Auschwitz überlebt, einschließlich einiger Menschenversuche des früheren Frankfurter Uni-Assistenten Josef Mengele. Groß geworden ist sie danach bei einem Onkel in Frankfurt. Hier hat sie auch geheiratet und ist mit ihrem ersten Mann Julius Rosengarten reich geworden. Der zweite, aktuelle Ehemann Max Axelrath hat sie vermutlich eben wegen des Geldes geheiratet. Das glaubt sie jedenfalls mittlerweile und will deshalb ihr Testament

ändern und anschließend zu ihrer in Israel lebenden Tochter ziehen, um dort den Rest ihres Lebensabends zu verbringen. Der Gemeinderabbiner Henry Silberbaum wird in die Pläne eingeweiht, weil sie auch die Jüdische Gemeinde betreffen.

„Ich bin vermögend, das ist kein Geheimnis. Gut, ich habe durch die Coronakrise einiges verloren, wer nicht? Ich hatte mehrere Monate Mietausfall, aber es ist noch so viel übrig, dass ich der Gemeinde eine Million spenden kann, für eine Bibliothek. Eine moderne. Mit Computern und Video und so, was man heute braucht. Für die Jugend. Bildung ist das Wichtigste, was wir den jungen Menschen geben können. Sie soll ‚Ruth-und-Julius Rosengarten-Bibliothek‘ heißen. Und deshalb bin ich hier, damit Sie das schon mal vorab wissen.“ – (...), Was wird aus Ihrem Mann, wenn Sie weggehen? – „Wir haben einen Ehevertrag. Max war zwar bitter gekränkt, aber es war eine gute Entscheidung, wie man jetzt sieht. Unser gemeinsames Konto hat er nämlich inzwischen ziemlich geplündert. Aber ich habe ein Haus in der Kaiserstraße und dadurch ein regelmäßiges Einkommen. Meine Vermögensverwalterin liegt mir seit Monaten in den Ohren, eine Stiftung in Liechtenstein zu gründen, wegen steuerlicher Vorteile. Aber ich habe mich entschlossen, das nicht zu tun. Mein gesamtes Vermögen werde ich meiner Tochter Miriam vermachen. Max wird bis zu meinem seligen Ende Wohnrecht in meiner Villa haben, damit er vernünftig leben kann, mit seiner kleinen Rente muss er dann auskommen. Und Extravaganzen wie den Maserati oder Golfreisen, die muss er sich selbst verdienen. Ansonsten soll er eben wieder Mini fahren und sich in seine Kunstgalerie setzen und auf Kunden warten, so wie früher.“ – Der Rabbi schaut die Frau ernst an, dann sagt er: „Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen. Und für die Spende.“ (S. 23f)

Aber dann kommt alles anders. Zweieinhalb Wochen nach diesem Gespräch meldet sich der aktuelle Ehemann von Frau Axelrath, weinend. Seine Frau sei in der Nacht überraschend verstorben. Der herbeigerufene Notarzt bescheinigte ihr ein „aktuelles Herzversagen bei bekannter Insuffizienz.“ Die vom Ehemann alarmierte Anwältin und Vermögensverwalterin der Verstorbenen, Frau Siemer, hatte nicht den eigentlichen

Hausarzt, sondern den gerade amtierenden Notarzt angerufen. Alles scheint auf den ersten Blick recht normal zu sein – so wie der Tod einer herzkranken 80jährigen eben nicht unnormale erscheint. Aber einer wird misstrauisch: der Rabbi, der eigentlich nur zur Vorbereitung der jüdischen Beerdigung gerufen wurde. Er tut auch, was da zur Vorbereitung nötig ist. Zugleich versucht er aber dem Verdacht nachzugehen, bei diesem Tod sei es eben doch nicht normal zugegangen. Es sind kleine Einzelheiten, die ihn misstrauisch machen. Wieso ist nicht der vertraute Hausarzt gerufen worden, sondern der immer eilige Notarzt? Wieso hat das lebensrettende Nitrospray unter dem Bett gelegen? Wieso lag die für die Nacht bestimmte Banane auf einem für Fleisch reservierten Teller? Warum versucht der Ex-Ehemann mit allen Mitteln, die aus Israel herbeigerufene Tochter daran zu hindern, die Verstorbene nach Israel zu überführen und dort beizusetzen? Und warum versuchen der Ex-Ehemann und die Anwältin mit allen Mitteln zu verhindern, dass zur Beseitigung von Zweifeln eine Obduktion stattfindet?

Klar ist: Die geplante Testaments-Änderung ist nicht mehr formell und notariell beglaubigt zustande gekommen. War das vielleicht dem Ex-Ehemann und der Vermögensverwalterin so wichtig, dass sie beim überraschend schnellen Ableben nachgeholfen haben? Womöglich mit Hilfe des Herzspezialisten, den auf Betreiben der Anwältin die Verstorbene seit einiger Zeit konsultiert hat? Der Rabbi jedenfalls wittert ein Komplott und schafft es mit seiner speziellen Mischung von Penetranz und gewinnender Freundlichkeit, alle möglichen Leute in die Überprüfung seiner Vermutungen einzuspannen. Nicht zuletzt den knurrigen Kommissar Robert Berking von der Mordkommission, den der Rabbi im Zuge einer eher bizarren Episode auf dem Jüdischen Friedhof kennengelernt hat. Jetzt lässt er sich vom Rabbi immer wieder dazu bringen, rechtliche Schritte einzuleiten, um zu überprüfen, was der Rabbi vermutet. Und worüber einige Frauen der Jüdischen Gemeinde schon länger genüsslich tratschen, wie Rabbi Henrys Mutter gern erzählt:

„Soll ich dir sagen, was die Leute reden? – Ich kann's mir denken. Frau Axelrath ist an gebrochenem Herzen gestorben, weil ihr

Mann sie betrogen hat.‘ – ,Genauso ist es, Henry, Liebling. Und willst du auch wissen, wer die Schikse ist? Es ist nur eine Vermutung, aber es könnte was dran sein.‘ – ,Nu? – ,Die Anwältin. Ihre Vermögensverwalterin.‘ – ,Was du sagst. Woher weißt du das?‘ – ,Frau Levin hat es erzählt, und die weiß es von Frau Rotgold, und die hat die gleiche Putzfrau wie die Axelrath.“ (S. 83)

Der Ermittlungseifer des Rabbi stößt aber nicht überall auf Begeisterung. Vor allem nicht in der Gemeinde, bei der er angestellt ist. Der Rabbi ist ja nicht Leiter der Gemeinde, sondern der Rechtsgelehrte und Fachmann für theologische Fragen. Die Leitung hat der Gemeinderat mit dem Gemeindedirektor Friedländer an der Spitze. Und den treibt die kriminalistische Leidenschaft des Rabbi zur Weißglut. *„Wer sind Sie? James Bond?‘ Friedländer ist außer sich. Er tigert in seinem Büro umher, während der Rabbi in einem Sessel sitzt und seinen Arbeitgeber beobachtet. ,Habe Besseres zu tun, als jeden Tag irgendwelche Brandbriefe dieser Anwältin zu beantworten. Hier, Mail von heute...‘ Er liest laut vor: ,...möchten wir Sie bitten, Ihren Mitarbeiter, Rabbi Silberbaum, zu veranlassen, sich aus dem anstehenden Rechtsstreit um den Nachlass meiner Mandantin, der verstorbenen Ruth Axelrath, herauszuhalten. Als Angestellter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts steht es ihm nicht zu, sein Amt für private Rachefeldzüge zu missbrauchen. Aufgrund seines Fehlverhaltens wurde meine Mandantin nach Israel überführt. Er beeinflusst weiterhin die Tochter der Verstorbenen und zwingt sie und uns in eine juristische Auseinandersetzung, die man mit etwas gutem Willen hätte vermeiden können. Wir fordern Sie dringend auf, Rabbiner Silberbaums unbotmäßiges Verhalten zu rügen, gegebenenfalls zu sanktionieren, ansonsten sehen wir uns gezwungen, gegen Ihre Gemeinde und den Rabbiner juristisch vorzugehen!‘ Friedländer schaut Henry über den Rand seiner Brille an. ,Nu? Sagen Sie was.‘ – ,Die kann uns gar nichts, die Tante. Und das weiß sie auch. Ich habe als Privatmann einige Nachforschungen unternommen.‘ – ,Warum, um Himmels willen?‘ – ,Weil etwas an der Sache stinkt. Was nach dem Tod von Frau Axelrath passiert, ist nicht okay.‘ – ,Nicht okay! Nicht okay! Was hat das mit Ihnen zu*

tun? Er bleibt vor Henry stehen und spricht dabei weiter. ‚Mir gefällt auch vieles nicht, aber was nützt es, sich deshalb in Schwierigkeiten zu bringen? – ‚Ist es Ihnen gleichgültig‘, wirft der Rabbi ein, ‚ob die Gemeinde die versprochene Bibliothek erhält oder nicht? (...) Friedländer kommt nah an ihn heran und flüstert laut: ‚Natürlich! Wäre wunderbar gewesen, wir hätten die Bibliothek bekommen, keine Frage, aber stellen Sie sich vor, die Öffentlichkeit, die Medien kriegen davon Wind: ‚Jüdische Gemeinde kämpft mit allen Mitteln um eine Million!‘ ‚Juden schrecken nicht vor Unterstellungen und Lügen zurück!‘ ‚Rabbiner als Rächer!‘ Das ist Jud Süß 3.0!‘ Der Rabbi muss lächeln. Das bringt seinen Boss wieder auf Touren. ‚Das scheint Sie zu amüsieren! Sage Ihnen noch was: Unterlassen Sie Ihre Nachforschungen sofort! Hören Sie auf, sich einzumischen!‘ Damit setzt er sich an seinen Schreibtisch und fügt an: ‚Sehen Sie das als eine Abmahnung! (...) Henry! Geben sie mir Ihr Wort, dass Sie damit aufhören!‘ Der Rabbi dreht sich um: ‚Ich kann nicht wegsehen, wenn sich unter meinen Augen Unrecht ereignet. Darum geht es: Gerechtigkeit.‘ – ‚Gerechtigkeit! Pathetischer Schmus!‘ Der Rabbi hebt den Zeigefinger und sagt: ‚Gerechtigkeit erhöht ein Volk. Salomon 14.34.‘ (S.157ff)

Denn das ist die andere Seite des Rabbi, der sich gern so flapsig gibt: Wenn er etwas ernst nimmt, dann aber auch richtig. Und den biblischen Auftrag zur Gerechtigkeit, den nimmt er sehr ernst. Und hier geht es darum, seinem Gemeindemitglied Ruth Axelrath auch nach ihrem Tod zum Recht zu verhelfen. Und dazu gehört die Aufklärung ihres Todes.

Wie das weitergeht, wird hier nicht verraten; etwas Neugier muss ja noch bleiben. Aber noch eine Anmerkung zur Typisierung dieses Buches. Es erinnert in mancher Hinsicht an die amerikanische Krimi-Reihe, die erstmals einen Rabbi zur Hauptfigur machte: Die Rabbi-Krimis von Harry Kemelman aus den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts. Vielleicht erinnern sich manche an die Titel: „Am Freitag schlief der Rabbi lang“ usw. Die waren in pädagogischer Absicht geschrieben, um den Studenten des Literaturprofessors Kemelman jüdisches Denken und Leben nahezu bringen – mit riesigem Erfolg. Bei dem heute vorgestellten Buch steht aus meiner

Sicht ebenfalls jüdisches Denken und Leben im Mittelpunkt; die Krimi-Handlung ist ein Anlass, dieses Denken und Leben zu entfalten. Wen das nicht interessiert, der wird mit diesem Krimi - alles andere als ein harter action-Krimi – wenig anfangen können. Wer aber selbst aufs Judentum neugierig ist, wird hier auf höchst vergnügliche Weise viel lernen einschließlich einer Reihe jüdischer Witze, mit denen der Rabbi nicht spart. Beispiel: „*Da ruft einer: ‚Jankel, was läufst Du so schnell?‘ Sagt der: ‚Ich muss sofort zum Arzt, meine Frau gefällt mir gar nicht.‘ – ‚Da komm ich mit‘, sagt der andere, ‚meine gefällt mir auch nicht.‘“ (S.33)* Der Autor, der Journalist, Drehbuchautor und Romanautor Michel Bergmann, stammt selbst aus einer jüdischen Familie, die im Lauf der Nazi-Jahre in die Schweiz geflohen war. Zu seinen früheren Romanen zählt u.a. die jüdische Familien-Trilogie „Die Teilacher“, die im Nachkriegs-Frankfurt spielt. Dieses Buch hier ist sein erster Krimi. Weitere sollen folgen.

Felix Senn

Hubertus Halbfas, Tischgemeinschaft. Die Mahlzeiten Jesu und was daraus geworden ist, Patmos Verlag, Ostfildern 2022, 212 S.

An den Tischsitten und -regeln kann das Funktionieren einer Gesellschaft im Ganzen abgelesen werden. Wer also eine Gesellschaft im Großen kennenlernen will, der/die muss im Grunde „nur“ die Tischsitten und Tischordnungen beim gemeinsamen Essen erforschen. Diesen Zusammenhang hat die kulturübergreifende Sozialanthropologie erhellt und macht sich zunutze. Und darauf stützt sich John Dominic Crossan in seiner Analyse der Mahlpraxis Jesu (vgl. ders., Jesus. Ein revolutionäres Leben, München 1996, 94-100; ders., Der historische Jesus, München

1994, 351-356, 450-454). Er sieht in der offenen und egalitären Tischgemeinschaft, die Jesus pflegte und von der er namentlich im Gleichnis vom Festmahl visionär und utopisch erzählte (Mt 22,1-9; Lk 14,15-24), den zentralen Kern von Jesu Reich-Gottes-Botschaft Gestalt annehmen. Wer also Jesu Vorstellung vom Reich Gottes als einer utopischen Alternative zur damaligen mediterranen – und leider bis heute fast ausnahmslos jeder – Gesellschaft konkreter verstehen will, der/die muss die Mahlpraxis Jesu und die Tischgeschichten, die Jesus erzählt hat, erforschen.

Dies ist der Ausgangspunkt des hier zu besprechenden Buches (Vorwort, 7-9). Hubertus Halbfas lässt denn auch John Dominic Crossan ausführlich zu Wort kommen (98 f), und zwar dort, wo er das Gleichnis vom Festmahl analysiert (94-99). Umso schärfer fällt der Kontrast aus, wenn im zweiten Teil des Buches die Abendmahlpraxis der frühen Christenheit und die heutige Eucharistiepraxis der christlichen Kirchen in den Blick genommen werden.

Doch vorerst wählt Halbfas einen Umweg. Er versammelt 14 Tischgeschichten ganz unterschiedlicher Provenienz und kommentiert sie. Da sind zunächst biblische Geschichten, in denen es um die Bedeutung der Gastfreundschaft geht (wie die drei Gäste von Abraham bei den Eichen von Mamre, Gen 18,1-16), oder um die wunderbare Speisung der Witwe von Sarepta in der Elija-Erzählung (1 Kön 17,8-16) und später das bereits genannte Gleichnis vom Festmahl. Es folgen eindruckliche Geschichten über Gastfreundschaft im alten Rom (Ovid, Philemon und Baucis), im mittelalterlichen Norwegen und Italien, eine Tischgeschichte aus den Märchen der Brüder Grimm (Tischlein deck dich) und schließlich Erzählungen über Tischgemeinschaft und Gastfreundschaft aus der Literatur verschiedener Länder im europäischen Raum des 20. Jahrhunderts. Mit dabei ist auch eine sehr eindruckliche Erzählung einer scheiternden Tischgemeinschaft (Durchs Glasaug‘) von Regina Ullmann, einer österreichisch-schweizerischen Dichterin, die wegen ihrer jüdischen Wurzeln 1936 aus dem Schutzverband Deutscher Schriftsteller ausgeschlossen wurde und aus Deutschland in die Schweiz zurück fliehen musste.

In diesem ersten Teil, der mehr als die Hälfte des Buches umfasst (bis S. 125), ist Halbfas ganz Religionspädagoge. Er meint, dass die hier erzählten Geschichten im Kommunion- und Konfirmandenunterricht weitergegeben werden sollten (S. 9), weil sie – ob bewusst oder unbewusst – den Kern von Jesu offener Mahlpraxis bewahrt haben und „ihre Evidenz aus sich selbst“ finden (S. 9).

Aber schnell wird dem Leser/der Leserin klar, dass es dem Autor nicht in erster Linie um diese Erzählungen geht. Alles strebt in diesem Buch auf den zweiten Teil hin, in dem der Autor das Verständnis und die Praxis des Abendmahls und der Eucharistie in den christlichen Kirchen ins Visier nimmt. Der kämpferische Begriff ist hier durchaus angebracht. Noch einmal schlägt hier laut vernehmbar das kämpferische Herz des fast 90-Jährigen. Dabei kommt nicht mehr der vermittelnde Religionspädagoge, sondern der streitbare Theologe zum Zug, der den exegetischen und bibeltheologischen Befund zu den Abendmahls-texten gegen die spätere Entwicklung in Anschlag bringt. In scharfem Kontrast zur offenen und egalitären Tischgemeinschaft Jesu profiliert Halbfas die Abendmahlsentwicklung im frühen Christentum. Schon innerbiblisch zeigen nach ihm frühe Texte, wie schnell man von der Utopie offener, niemanden ausschließender und egalitärer Tischgemeinschaft im Sinne Jesu abgewichen ist. Schon bei Paulus, von dem die frühesten neutestamentlichen Texte stammen, zeigt sich das Herrenmahl fast vollständig abgekoppelt von der Mahlpraxis Jesu. Im Schlüsseltext von 1 Kor 11,23-26 findet sich keinerlei Brücke mehr zur anstößigen offenen Tischgemeinschaft Jesu. Vielmehr ist nun bereits ein Ritual etabliert, „das sich mit einem Gedächtnis verband, sich aber nun auf die neue Gemeinschaft bezog und damit exklusiv wurde“ (138). Demgegenüber bestehen exegetisch erhebliche und gut begründete Zweifel, ob ein solches letztes Abendmahl Jesu, wie es 1 Kor 11 und später die synoptischen Evangelien als Vermächtnis Jesu schildern, überhaupt stattgefunden hat. Weder die Logienquelle noch das Thomasevangelium kennt ein solches Vermächtnismahl. Und noch die älteste Kirchenordnung um ca. 100 n. Chr., die Didache, beschreibt das gemeinsame rituelle Mahl der Jesusgläubi-

gen „ohne jeden Rückbezug auf das Paschamahl oder Jesu letztes Abendmahl und ohne Bezug zu seinem Tod“ (135). Ähnliches gilt sogar noch für den Apologeten Justin in der Mitte des 2. Jahrhunderts. Nimmt man hinzu, dass das späte Johannesevangelium die Abendmahlstradition *bewusst* ausklammert (148, Hervorhebung bei Halbfas!) und das Mahl nur als „Anlass für die Fußwaschung und die sich anschließenden Gespräche“ sieht, dann könnte sich darin eine Rückbesinnung auf Jesus zeigen – mit dem Hinweis, „dass alle Eucharistiegemeinschaft nichts nützt, wenn sie sich nicht in gegenseitigem Dienst und gegenseitiger Liebe bewährt“ (150).

Übrigens arbeitet Halbfas hier en passant die politische Brisanz der Johannesdarstellung heraus: „Wenn man von Kaiser Caligula berichtet, er habe römische Senatoren bewusst gedemütigt, indem er sie zwang, ihm, dem Kaiser, die Füße zu waschen, so erscheint hier der umgekehrte Gestus bei Jesus... Das sich darin ausdrückende Gottesverständnis wird mit dieser symbolischen Szene neu bestimmt. Die mit Gott – auch heute noch – verbundenen Vorstellungen von Herrschaft und Allmacht unterliegen einer Umkehrung der Werte, die – konsequent verfolgt – jeder Herrschaft von Menschen über Menschen die religiöse Legitimation entzieht.“ (149)

Aber es kommt noch ärger. In der schon angeklungenen Verknüpfung des letzten Abendmahles mit dem Tod Jesu und dessen Heilsbedeutung, welche ebenfalls bereits von Paulus in 1 Kor 11, 25f. vollzogen wird, mutiert die „ursprünglich prophetische(n) Symbolhandlung zum urchristlichen Sakrament“ (152). Die dabei mitgesetzte Bedeutung des Todes Jesu als eines Sühnopfers sieht Halbfas zu Recht als Rückschritt gegenüber der innerbiblisch-prophetischen Kritik an der Opfertheologie. Vor diesem Hintergrund kommt Halbfas zum Schluss, „dass die kirchliche Sühnopfertheologie und die sich darauf gründende Eucharistielehre der Verkündigung Jesu nicht entsprechen“ (161). In der Folge entwickelte sich das Abendmahl bzw. die Eucharistie immer mehr zur Messe, in der der Priester – wobei es in den frühchristlichen Gemeinden keine Priester gab; „der frühchristliche Presbyter ist ein ‚Ältester‘ oder ‚Vorsteher‘, aber deutlich *kein Priester*“ (163) – die Passion Jesu als Sühnopfer

sakramental nachvollzog. Damit waren Tür und Tor geöffnet für die späteren Motiv- und Seelenmessen, die Messstipendien, die mittelalterlichen Hostien- und Blutwunder, die Transsubstantiationslehre des 4. Laterankonzils, das magische Sakramentenverständnis und ein komplett überhöhtes Priesterbild. Statt des gemeinsamen Erinnerungsmahls entwickelte sich ein Klerusgottesdienst mit dem Volk in reiner Zuschauerrolle (168). Hostienverehrung, Anbetung des „allerheiligsten“ Altarssakraments und Fronleichnamsprozessionen waren die Auswüchse davon.

Vor solchem Hintergrund fordert Halbfas das Ende der Priesterkirche. Begriffe wie Priester und Weihe seien aufzugeben. Ein bedenkliches magisch-mirakulöses wie auch dualistisches Denken sei damit verbunden (174f). Auch der Kampf um die Priesterweihe der Frauen finde „an einer bereits erledigten Front“ (176) statt. Es gehe darum, das Priestertum selbst von Jesus her konsequent in Frage zu stellen.

Und vor allem müsse das Erbe Jesu zurückgewonnen werden: die Mahlpraxis Jesu, die offene und egalitäre Tischgemeinschaft, die niemanden ausschließt und keine Über- und Unterordnungen kennt. Wahrhaft eine Herkulesaufgabe! Und es ist ungewiss, ob das Christentum und die Kirchen diese Neubesinnung und Umkehr je schaffen und dadurch nochmals an Glaubwürdigkeit gewinnen und sich aus der Erschöpfung erholen können (205).

Natürlich hat ein Rezensent am Ende der Lektüre stets noch Wünsche offen. So hätte ich es begrüßt, wenn die beiden Teile des Buches enger ineinander verzahnt wären. Bisweilen unterschätzt Halbfas auch die heutige Exegese und Theologie, z. B. wenn er ziemlich apodiktisch behauptet, bis zum heutigen Tage würden Exegese und Theologie einen inneren Zusammenhang zwischen der Tischpraxis des historischen Jesus und dem „letzten Abendmahl“ nicht wahrnehmen (S. 143 – Dass das Lehramt diesen Zusammenhang partout nicht sehen will, steht auf einem anderen Blatt!). Und ich habe vermisst, dass bereits heute im liturgischen Kontext die Eucharistie anders gefeiert und gedeutet werden kann und auch wird – ohne Bezug zum problematischen Sühnopferdenken und in deutlicher Aufnahme der jesuanischen Mahlpraxis – z. B. der sogenannten „wunderbaren Brotver-

mehrung“: Im gebrochenen, will sagen: im geteilten Brot und nur dort ist Jesus und damit Gott selber mitten unter uns gegenwärtig. Brotbrechen bzw. Brotteilen ist das zentrale sakramentale Zeichen der Eucharistie. Dafür gibt es inzwischen passende Hochgebete, die jegliche sühnetheologische Abirrung vermeiden. Und es gibt Entwürfe und konkrete Initiativen zu Agapefeiern, die den Kern der jesuanischen Mahlpraxis und des „letzten Abendmahles“ organisch verbinden, niemanden vom gemeinsamen Mahl ausschließen – und dabei ganz ohne Priester auskommen. Solche hoffnungsvollen Entwicklungen führen weiter angesichts des leider zutreffenden Befunds von Halbfas. Schließlich wäre ich dem Verlag dankbar gewesen, wenn er bei allen Zitaten in Fußnoten die genauen Belege beigebracht hätte. – All das wäre „nice to have“ gewesen, nicht mehr. Das Buch ist jedoch auch so ein großer Gewinn und ein Notwendiger Denkanstoß und Handlungsimpuls für die christlichen Kirchen – für die katholische zumal, aber keineswegs nur für sie allein! Nun ist Hubertus Halbfas am 1. März 2022 verstorben (siehe den Nachruf von Werner Müller in diesem Heft S. ...). Wenige Tage danach ist das hier besprochene Buch druckfrisch erschienen. So ist es gleichsam zu seinem Vermächtnis geworden. Man spürt fast auf jeder Seite – und vor allem im zweiten Teil – das Herzblut, mit dem Halbfas es geschrieben hat. Jetzt hat sein Herz leider endgültig aufgehört zu schlagen. Sein Vermächtnis aber bleibt und damit die eindringliche Warnung, das Erbe Jesu und dessen Reich-Gottes- und Mahlpraxis nicht zu verraten.

Felix Senn, Dr. theol., geboren 1955 in Uzwil, Dozent für systematische Theologie und freier Referent, Ausbilder mit eidgenössischem Fachausweis. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2020 war er über 20 Jahre lang Studienleiter und Bereichsleiter für Theologische Grundbildung – zuerst bei theologiekurse.ch, ab 2016 beim Theologisch-pastoralen Bildungsinstitut TBI in Zürich. Von ihm stammen u. a. folgende Bücher: *Der Geist, die Hoffnung und die Kirche. Pneumatologie, Eschatologie, Ekklesiologie* (Studiengang Theologie, Bd. VI,3), Zürich 2018; *Verantwortet glauben. Fundamentaltheologie* (Studiengang Theologie, Bd. V), Zürich 2016. -

Felix Senn hat bereits in Heft 2/2021, S. 78 ff. Halbfas' vorletztes Buch «Säkulare Frömmigkeit» besprochen. Dort wurden leider Informationen zum Autor vergessen – was ein aufmerksamer Leser zu Recht moniert hat. Wir bitten um Entschuldigung. (Red.)

Personen – Fakten - Trends

Polens katholische Kirche hilft ukrainischen Flüchtlingen

Bereits in den ersten Wochen des Krieges suchten gut 2,5 Millionen Ukrainer, zumeist Frauen mit Kindern, Schutz in Polen. Sie aufzunehmen und ihnen humane Lebensbedingungen zu garantieren, stellt Polen vor große Herausforderungen. Führend in der Flüchtlingshilfe ist vom ersten Kriegstag an die katholische Kirche. Zwei diesem Zweck gewidmete Sonntagskollekten erbrachten die Summe von 32 Millionen ZŁ. Die Pfarrer riefen die Gläubigen zu Spenden auf, Diözesen und Klöster stellten Wohnraum zur Verfügung. Die Gemeinden versandten 200 000 Pakete mit jeweils 18 Kg Lebensmitteln und Hygieneartikeln.

Hilfe im großen Stil leistet die Caritas. Allein bis Mitte März gingen 147 Transporter und 180 Busse mit Hilfsgütern in Höhe von 25 Millionen ZŁ. auf die Fahrt in die Ukraine. An den Bahnhöfen der größeren Städte stehen Tag und Nacht freiwillige Helfer der Caritas bereit, um die ankommenden Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen, Nachtlager und Aufnahme in Familien zu vermitteln und über die Aufnahmemodalitäten zu informieren.

Der für die Migration zuständige Rat der Bischofskonferenz bemüht sich um eine effektive Koordinierung der kirchlichen Ukrainehilfe. In einem Kommuniqué dankte er für das „authentische Zeugnis einer wahren humanitären und christlichen Haltung“ den ukrainischen Flüchtlingen gegenüber. Wohl um keinen Verdacht von Proselytismus aufkommen zu lassen, ver-

wies er ausdrücklich darauf, dass es bei der Aufnahme von Flüchtlingen „unzulässig ist, sich von rassistischen, nationalistischen oder religiösen Überlegungen leiten zu lassen.“ Und er warnte „vor der Ausnutzung des Flüchtlingsdramas für den politischen Kampf.“ (Th. M.)

Bei einem Treffen ihrer Kontaktgruppe haben sich die **deutschen und polnischen Bischöfe** für eine Unterstützung der Ukraine „in ihrem Verteidigungskampf gegen die russischen Truppen“ und für weitere Hilfen für ukrainische Geflüchtete ausgesprochen, wie am 28. April von der DBK bekannt gegeben wurde.

Sturm im Bistum Speyer

Der Bischof von Speyer **Karl-Heinz Wiesemann** hat am Freitag, 13. Mai 2022, den Rücktritt seines Generalvikars **Andreas Sturm** (47) mit großem Bedauern und sofortiger Wirkung angenommen und ihn von allen priesterlichen Aufgaben entbunden, Zuvor hatte Sturm mitgeteilt, dass er aus dem Dienst der Diözese ausscheiden und künftig als Priester in der Altkatholischen Kirche tätig sein will. Seinen Schritt, um den er eineinhalb Jahre gerungen habe, begründete er damit, dass er die „Hoffnung und Zuversicht“ verloren habe, dass die römisch-katholische Kirche sich wirklich wandeln kann. Er erlebe zwar, dass viel Hoffnung in laufende Reformprozesse, wie z. B. den Synodalen Weg, gesetzt wird, er könne diese Hoffnung aber nicht mehr „ehrlich und aufrichtig mittragen und verkünden, weil ich sie schlichtweg nicht mehr habe“. Ausschlaggebend für Sturm sind dabei nach eigener Aussage, erstens das Ausmaß des Missbrauchs in der katholischen Kirche, die überproportional hohen Fallzahlen, die durch die MHG-Studie offenbar wurden, sodann der Umgang mit Frauen in seiner bisherigen Kirche und schließlich der Pflichtzölibat. Er räumte ein, diesen verletzt zu haben, was aber für seinen Schritt nicht entscheidend sei. Andreas Sturm, der 20 Jahre im Bistum Speyer gewirkt hat, vor allem als Jugendseelsorger, dann als Pfarrer und Dekan in St. Ingbert (nahe dem Erscheinungsort von imprimatur!), seit 2018 als Generalvikar, galt als Erneuerer und Vertreter einer jüngeren Generation von Geistlichen. Bischof

Wiesemann dankte ihm ausdrücklich für seine Arbeit („Sturm hat viel Positives in unser Bistum eingebracht“) und ernannte den bisherigen Regens Markus Magin (57) zu seinem Nachfolger. Diözesane Gremien äußerten ebenfalls Bedauern und zugleich Dank an den ehemaligen Diözesanpriester. Für Mitte Juni ist ein Buch von Andreas Sturm im Herder-Verlag angekündigt, in dem er nähere Auskunft über seinen Schritt geben will: ***Ich muss raus aus dieser Kirche. Weil ich Mensch bleiben will – Ein Generalvikar spricht Klartext.*** Laut Verlagsankündigung "keine Abrechnung, aber eine schonungslose Bilanz und ein Eingeständnis von Scheitern, auch persönlichem". Imprimatur behält sich vor, dieses Buch zu besprechen – und sucht unter seinen Leser/innen Interessierte dafür.

Un-seligster Pater Kentenich

Anfang Mai hat der Trierer Bischof Stephan Ackermann bekannt gegeben, dass das Verfahren zur Seligsprechung von Pater Josef Kentenich (1885 – 1968), dem Gründer der Schönstatt-Bewegung, ausgesetzt wird. Diese Entscheidung ist mit der römischen Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungen besprochen und der internationalen Schönstatt-Bewegung mitgeteilt worden. Dieses Verfahren wird seit 1975 im Bistum Trier geführt, weil P. Kentenich am 15. September 1968 in dem zum Trierer Sprengel gehörenden Schönstatt/Vallendar gestorben ist.

2020 war durch Recherchen der Kirchenhistorikerin Alexandra von Teuffenbach bekannt geworden, dass mehrere Schönstatt-Schwester den Gründer der Gemeinschaft des systematischen Machtmissbrauchs und in einem Fall auch des sexuellen Missbrauchs bezichtigt haben sollen. Damit wurde deutlich, dass „die bisherigen Betrachtungsweisen im Rahmen des Seligsprechungsverfahrens nicht ausreichend waren“, so dass sich Ackermann genötigt sah, dieses auszusetzen und, auf der Basis der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts in der Missbrauchsaufarbeitung, die Klärung der Vorwürfe einer unabhängigen, interdisziplinär besetzten Untersuchungskommission zu überlassen. Darüber hinaus müssen die Vorwürfe eines amerikanischen Bürgers, er sei von Pater Kentenich in den

Jahren 1958 bis 1962 sexuell missbraucht worden – dieser musste sich nach einer Visitation durch den Trierer Weihbischof Bernhard Stein von 1951 bis 1965 auf Geheiß des Vatikans in Milwaukee/USA aufhalten, war aber von Papst Paul VI. rehabilitiert worden – überprüft werden; ein anwaltliches Gutachten aus dem Jahr 2021 kam zu keinem eindeutigen Ergebnis.

Ackermann dazu: „Keine Seligsprechung, wenn Vorwürfe nicht entkräftet sind!“ Zugleich weist er darauf hin, dass mit der Aussetzung des Verfahrens noch kein Urteil über Leben und Werk Kentenichs gefällt ist, und auch nicht über das vielfältige Wirken der Schönstatt-Bewegung insgesamt.

Aber wie es aussieht, wurde die Seligsprechung von Pater Kentenich „aufs ewige Eis gelegt“, wie der *Trierische Volksfreund* vom 4.5.2022 befand.

Vermischtes zur Missbrauchsthematik

Seit dem 1. April 2022 ist **Kerstin Claus** (52) neue Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBKSM). Sie trat die Nachfolge von Johannes-Wilhelm Rörig an, die erste Unabhängige Beauftragte war ebenfalls eine Frau, Christine Bergmann. Als selbst von Missbrauch Betroffene – durch einen Pfarrer der bayerischen Landeskirche - und bisher schon Mitglied im Betroffenenbeirat und Nationalen Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen will sie die Betroffenenperspektive stärker in die Aufarbeitung einbeziehen, u.a. durch die Einrichtung von Betroffenenbeiräten auf Landesebene und die Verpflichtung für Institutionen jeder Art zur Entwicklung eigener Schutzkonzepte. Außerdem möchte sie ihr Amt, das bisher bei der Bundesregierung angesiedelt ist, gesetzlich verankern, so dass eine Berichtspflicht gegenüber dem Parlament entsteht. Der Schutz der ca. 14 Millionen Kinder und Jugendlichen in Deutschland müsse dringend verbessert werden, wozu Claus schon verschiedene Maßnahmen angegangen ist. Ihre Masterarbeit an der TU Kaiserslautern schrieb die verheiratete Mutter von zwei Kindern und Grünen-Politikerin in Rheinland-Pfalz über die „(Un)Möglichkeit von

Aufarbeitung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Kontext Kirche“ (2020).

Einen personellen Wechsel wird es auch im Amt des Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) geben. Der bisherige Beauftragte, seit 2010, der Trierer Bischof **Stephan Ackermann** hat am 12. Mai angekündigt – was in den Medien bisweilen fälschlicherweise als „Rücktritt“ bezeichnet wurde -, die Aufgabe zur Herbstvollversammlung der Bischöfe abzugeben. Dabei soll die „personelle Verantwortungsstruktur“ neu und breiter aufgestellt werden; eine entsprechende Neukonzeption des Aufgabenbereichs ist seit September 2021 in Arbeit. Der DBK-Vorsitzende Georg Bätzing danke Ackermann bereits für seinen unermüdlichen Einsatz, den er noch bis zum Herbst fortführen wird. Kerstin Claus (siehe oben) betonte, die Ernennung Ackermanns sei 2010 ein wichtiges Signal gewesen, das so deutlich damals von keiner anderen Institution gekommen sei. – Wenn im Herbst d.J. das neue Konzept und die neue „personelle Verantwortungsstruktur“ vorgestellt wird, wird imprimatur genauer darüber berichten.

Neues gibt es auch von der von der DBK Anfang 2021 eingerichteten **Kommission für Anerkennungsleistungen** (UKA) zu berichten. Diese Kommission, die die Höhe der Zahlungen an Betroffene von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche festlegt und in die Wege leitet, legte im Februar ihren ersten Tätigkeitsbericht (für das Jahr 2021) vor. Darin werden folgende Zahlen mitgeteilt: 1565 Betroffene stellten einen Antrag, 80% davon waren Männer, 20 % Frauen. Beschieden wurden jedoch nur 616 Fälle, 949 Fälle warten noch darauf. Insgesamt sprach die UKA Anerkennungsleistungen in Höhe von 12,9 Millionen € zu, wobei 3,5 Millionen mit bereits im Voraus geleisteten Zahlungen verrechnet wurden. Damit sind die Zahlungen an Missbrauchsoffer seit Einrichtung der UKA deutlich gestiegen: für die 10 Jahre von 2011 bis 2020 waren es lediglich 11,5 Millionen €, nun in dem einen Jahr 2021 immerhin 9,4 Mio. Das erklärt sich daraus, dass die DBK den Höchstbetrag der Anerkennungsleistungen, orientiert an der staatlichen Höhe des Schmerzensgeldes, von 5.000 auf 50.000 angehoben hat, in

„Härtefällen“ auch darüber hinaus. Laut dem Tätigkeitsbericht der UKA sprach sie in 47 von 616 Fällen Zahlungen von mehr als 50.000 € zu, in sechs Fällen sogar über 100.000 €. Den größten Anteil (267 von 616 Fälle) machen Anerkennungsleistungen bis 10.000 € aus. Die UKA-Vorsitzende Margarete Reske sagte, dass sich die Zahlungen im „oberen Bereich“ bewegen, was staatliche Gerichte in solchen Fällen an Schmerzensgeld zusprechen, wie es auch in der Verfahrensordnung festgeschrieben ist.

Der Betroffenenbeirat der DBK kritisierte den Bericht scharf, nicht nur im Stil („Der Jahresbericht eines börsennotierten Wirtschaftsunternehmens könnte nicht nüchterner und distanzierter sein“, und als zu wenig transparent), sondern auch inhaltlich: die Zahlungen seien zu niedrig, es fehle auch an einer „kritischen Reflexion“ des zugrunde liegenden Regelwerks.

Die UKA wies diese Kritik zurück. "Die pauschale Wertung, durch die Entscheidung der UKA werde 'weder das tatsächlich erlittene Leid wiedergespiegelt, noch eine genügende, wertschätzende Anerkennungsleistung erbracht', nimmt die professionelle und engagierte Arbeit der Unabhängigen Kommission nicht zur Kenntnis". Die DBK teilte mit, dass sie am bestehenden Verfahren festhalten wolle, hat aber einige Verbesserungen (u. a. Personalausstattung der UKA) zugesagt. In Gesprächen, in die auch die Deutsche Ordensoberenkonferenz (DOK) einbezogen war, konnte keine Einigung über die Höhe der Leistungen erzielt werden. Von Insidern ist zu erfahren, dass die Orden durch noch höhere Leistungen finanziell überfordert wären.

Fundsachen

„**Vorfreude auf den Untergang**“ - so titelte das Trierer Anzeigenblatt *Wochen Spiegel* in seiner Ausgabe vom 6./7. Mai 2022. Eine genaue Lektüre ergibt, dass weder der Untergang der Stadt Trier gemeint ist – die besteht bekanntlich seit mindes-

tens 4075 Jahren, da sie laut Trebeta-Legende 1300 Jahre vor Rom gegründet wurde:

ANTE ROMAM TREVIRIS STETIT ANNIS MILLE TRECENTIS /PERSTET ET ÆTERNA PACE FRVATVR. AMEN.

(„753 – Rom schlüpft aus dem Ei“, haben wir schon in der Volksschule gelernt; ebenso, dass 753 plus 1300 plus 2022 exakt 4075 ergibt.)

Ebenso wenig kann der Untergang der katholischen Kirche gemeint sein, siehe Matthäus 16,18: „Du bist Petrus und auf diesen Felsen werde ich meine Kirche bauen und die Pforten der Unterwelt werden sie nicht überwältigen“. Ein Schriftbeweis, wie wir sodann in den ersten Semestern des Theologiestudiums gelernt haben. Ergo müssen wir den Untergang der Kirche nicht befürchten.

Aus aktuellem Anlass würde man sich wünschen, dass Putins Imperium gemeint ist. Dafür gibt es aber, Stand heute, noch keine sicheren Indizien.

Aber „Imperium“ führt auf die richtige Spur: Am 25. Juni wird in Trier die Ausstellung „Der Untergang des Römischen Reichs“ eröffnet. Und darauf ist die Vorfreude schon sehr groß, besonders bei allen Arten von Kulturschaffenden. Denn durch das vielfältige Kulturprogramm, das die Landesausstellung in drei Museen begleitet, dürfen sie die nach der Corona-Flaute dringend notwendige Beschäftigung erwarten.

Dass das Thema Untergang auch von der heiteren Seite betrachtet werden kann, zeigen das Theaterstück „Das ist das Ende“ von der Schmit-Z-Family, die szenische Lesung „Römerzoos on Äbelbaumstje“ (deutsch etwa: Römerstreit und Apfelbaumtee = Viez) und eine Open-Air-Aufführung des Monty-Python Films „Das Leben des Brian“ – nach Auffassung mancher ernstzunehmenden Religionspädagogen, Exegeten und Filmexperten der beste Jesus-Film überhaupt. Die Assoziation „Untergang der Kirche“ ist also doch nicht so ganz abseitig! Man darf gespannt sein, welche der ca. 200 Theorien über den Untergang des Römischen Reiches, die in der Wissenschaft diskutiert werden, in der Ausstellung bewahrheitet wird. Kommet und seht!



Benno Rech

Die Glosse

Lieber Joseph,
der Stephan Mayer – Du weißt, der bayerische CSU-Generalsekretär - der wo, weil er sein uneheliches Kind verleugnen gewollt und sich vorm Alimentezahlen drücken gewollt hätt, zurücktreten gemusst hat-, der also hätt sich „von“ schreiben können, wenn er einen Posten bei der Katholischen Kirch anstatt bei Deiner hypermoralischen CSU gehabt hätt. Dann nämlich hätt er Hilfe bei der Suche nach einem Ausweg bekommen, denn die Kirch selbst hilft beim Verleugnen und Vertuschen von hinderlichen Kindern. Du unterstellst mir gewerkschaftliche Voreingenommenheit! Joseph, dann lies das „Süddeutsche Zeitung Magazin“ vom 18. März 2022. Dort steht als Aufmacher „Vater unser“ und als Untertitel: „Wenn ein katholischer Pfarrer ein Kind zeugt, muss er auf sein Amt verzichten – oder aufs Kind.“

Dann weiter im Vorspann: „Über zerrissene Familien und eine Kirche, die vieles unternimmt, um solche Fälle zu vertuschen.“ Und die Tageszeitung kümmert sich mehr um das Leid von den betroffenen Kindern und Frauen als wie unsere Kirche. Ja die Kirchenleitung schafft erst das volle Elend, indem dass sie versucht, mit allen Mitteln den Schein zu wahren, und dabei, für die Rettung des Ansehens vom Zölibat „gnadenlos vorgeht“. Sowas bringt einen katholischen Gewerkschafter wie mich auf die Palme!

Joseph, ich mache Schluss, bevor ich aus Wut über diese Inhumanität unserer Kirche außer Fassung gerate und grüße Dich herzlich

Dein Kumpel, der
Sozi-Sepp

P.S.: Joseph, wunderst Du Dich noch, wenn die Gläubigen zu Tausenden der Kirch den Rücken kehren und abhauen!
